



Plenarprotokoll

78. Sitzung

Donnerstag, 31. Januar 2008

Leukämiefälle in der Elbmarsch müssen aufgeklärt werden.....	5643	Ursula Sassen [CDU].....	5645, 5656
Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Ab- geordneten des SSW Drucksache 16/1819 (neu)		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5647, 5655
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/1830		Dr. Heiner Garg [FDP].....	5649
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5643	Lars Harms [SSW].....	5651
		Olaf Schulze [SPD].....	5653
		Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	5654
		Wolfgang Kubicki [FDP].....	5654
		Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Fa- milie, Jugend und Senioren.....	5657

Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 16/1819 (neu) und 16/1830 an den Sozialausschuss....	5659	Aktionsbündnis gegen den Alko- holmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen	5696
Bericht zur Situation des UK S-H ..	5659	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1726	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1820 (neu)		Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Fa- milie, Jugend und Senioren.....	5697
Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	5659, 5674	Frauke Tengler [CDU].....	5698
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5662	Peter Eichstädt [SPD].....	5699
Niclas Herbst [CDU].....	5664	Dr. Heiner Garg [FDP].....	5700, 5704
Jürgen Weber [SPD].....	5667	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5701
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	5670	Lars Harms [SSW].....	5702
Lars Harms [SSW].....	5672, 5681	Beschluss: Überweisung an den Sozi- alausschuss zur abschließenden Beratung.....	5704
Dr. Johann Wadephul [CDU].....	5677		
Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	5678	Gesunde Ernährung in Kinderta- gesstätten und Schulen und Grund- versorgung von Kindern	5704
Dr. Heiner Garg [FDP].....	5680		
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5682	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1727	
Beschluss: Antrag Drucksache 16/ 1820 (neu) durch Berichterstat- tung der Landesregierung erledigt.	5683	Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Fa- milie, Jugend und Senioren.....	5704
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schles- wig-Holsteinischen Schulgesetzes (Schulgesetz - SchulG)	5683	Heike Franzen [CDU].....	5706
Gesetzentwurf der Fraktion BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1715		Siegrid Tenor-Alschauky [SPD]..	5707
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 16/1800		Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	5708
Sylvia Eisenberg [CDU], Bericht- erstatteerin.....	5683	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5709
Wilfried Wengler [CDU].....	5684	Lars Harms [SSW].....	5710
Detlef Buder [SPD].....	5686	Beschluss: Überweisung an den Sozi- alausschuss und den Bildungsaus- schuss zur abschließenden Bera- tung.....	5711
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	5688		
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5690	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Amts- ordnung	5711
Anke Spoorendonk [SSW].....	5692	Gesetzesentwurf der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/1812	
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen.....	5694	Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss.....	5712
Beschluss: Verabschiedung in der Fassung der Drucksache 16/1800..	5696		

Berufung des Verwaltungsrates der Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten	5712	Leseförderung	5713
Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/1795		Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/1586	
Beschluss: Annahme.....	5712	Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 16/1784	
Wahl eines Mitgliedes der Parlamentarischen Kontrollkommission des Verfassungsschutzes	5712	Sylvia Eisenberg [CDU], Bericht-erstatte-rin.....	5713
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD Drucksache 16/1808		Beschluss: Antrag Drucksache 16/1586 mit Zustimmung der Antragsteller für erledigt erklärt.....	5713
Beschluss: Annahme.....	5712	Norddeutsche Nordsee-Hafenkooperation	5713
Ersatzwahl für den Richterwahl-ausschuss	5712	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1325	
Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/1828		Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 16/1788	
Beschluss: Annahme.....	5712	Hans-Jörn Arp [CDU], Bericht-erstatte-r.....	5713
Auswirkung des Stillstands der Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel auf den Landeshaus-halt	5712	Beschluss: Annahme des Antrages in der Fassung der Drucksache 16/1788.....	5713
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1793 (neu)		Entlastung des Landesrechnungs-hofes Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2005	5713
Beschluss: Annahme.....	5712	Bericht zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 16/1790	
Wirtschaftliche Effekte der Erneuerbaren Energien für Schleswig-Holstein	5712	Günter Neugebauer [SPD], Be-richterstatte-r.....	5713
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1804		Beschluss: Erteilung der Entlastung für das Haushaltsjahr 2005.....	5714
Beschluss: Annahme.....	5712	Transparenz bei EU-Agrarsubven-tionen	5714
Schutz personenbezogener Daten in der europäischen Zusammenar-beit im Bereich Polizei und Justiz...	5712	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1562	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1805		Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses Drucksache 16/1807	
Beschluss: Annahme.....	5713		

Klaus Klinckhamer [CDU], Berichterstatter.....	5714	
Beschluss: Ablehnung des Antrages Drucksache 16/1562.....	5714	
Kinder- und Jugendgesundheitsbericht für Schleswig-Holstein.....	5714	* * * *
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1517		Regierungsbank:
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 16/1814		Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident
Siegrid Tenor-Alschausky [SPD], Berichterstatterin.....	5714	Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen
Beschluss: Kenntnisnahme des Berichtes Drucksache 16/1517.....	5714	Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa
Schleswig-Holstein soll Vorreiter in der palliativmedizinischen Versorgung werden.....	5714	Lothar Hay, Innenminister
Antrag der Fraktionen von FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/357 - Teil A		Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 16/1815		Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Siegrid Tenor-Alschausky [SPD], Berichterstatterin.....	5714	Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren
Beschluss: Antrag Drucksache 16/357 - Teil A - mit Zustimmung der Antragsteller für erledigt erklärt.....	5715	* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie sehr herzlich. Erkrankt sind die Abgeordneten Monika Schwalm, Sandra Redmann, Konrad Nabel und Ulrike Rodust. Ebenfalls erkrankt und heute nicht anwesend ist der Abgeordnete Manfred Ritzek, der gestern auf dem Heimweg in sein Hotel von einer Veranstaltung, auf der viele von uns waren, niedergeschlagen worden ist. Er ist im Krankenhaus, aber nicht in Lebensgefahr. Das ist schon eine besondere Situation.

Beurlaubt ist Herr Finanzminister Rainer Wiegard.

Auf der Besuchertribüne darf ich herzlich begrüßen Schülerinnen und Schüler sowie ihre Lehrkräfte von der Hans-Brüggemann-Realschule aus Bordschholm und von der Städtischen Handelslehranstalt aus Flensburg. - Seien Sie uns sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Leukämiefälle in der Elbmarsch müssen aufgeklärt werden

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1819 (neu)

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1830

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile für den ersten Antragsteller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen im Interesse der betroffenen Menschen die Ursachen für die gehäuften Krebserkrankungen in der Elbmarsch im **Raum Geesthacht** aufklären. Das ist nicht einfach. Wir stellen uns dieser Aufgabe trotz der Schwierigkeiten, auf die ich in meiner Rede eingehen werde. Ich gehe davon aus, dass das immer noch konsensual im ganzen Haus gesehen wird, auch wenn wir es jetzt mit zwei Anträgen, einen von der Opposition

und einen von der die Regierung tragenden Koalition, zu tun haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eines vorwegschicken: Ich finde es unglücklich, dass diese Debatte immer im Zusammenhang mit der Frage behandelt wird, ob wir unsere Energiebereitstellung mit Atomkraft machen sollen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Dieser Aspekt spielt zwar fachlich eine Rolle, aber er gehört in diesem Zusammenhang hinten an. Ich brauche das auch nicht, um meine Forderung nach dem Atomausstieg zu begründen. Ich mache darauf aufmerksam, dass ich das seit 1996 sage. Das ist auch die Sichtweise der Fraktion, obwohl wir in diesem Zusammenhang die **neue Studie** über die **Leukämiehäufung** im Umfeld von atomtechnischen Anlagen nicht außer Acht lassen wollen. Aber lassen Sie uns das unabhängig von der atompolitischen Energiedebatte miteinander diskutieren.

Zwischen Dezember 1989 und Mai 1991 erkrankten in der näheren Umgebung des **Atomkraftwerkes Krümmel** auffällig viele Kinder an Leukämie. Neun Fälle wurden damals gemeldet. Seitdem kamen weitere Fälle dazu. Wir haben es hier objektiv mit einem sogenannten Cluster, einer Häufung von Leukämien, zu tun, wie es so weltweit an anderer Stelle nicht zu beobachten ist.

Es wurden umfangreiche Untersuchungen eingeleitet, um die Ursachen zu klären. Expertenkommissionen wurden eingesetzt, sowohl von der niedersächsischen Landesregierung als auch von der schleswig-holsteinischen Landesregierung. Aufgabe der **Expertenkommissionen** war es, Empfehlungen für die Durchführung von Maßnahmen, Untersuchungen, von Bodenproben, Messungen, demografische Studien, und so weiter zu formulieren. Es handelte sich um Expertenkreise, die die Landesregierung und Ministerien beraten. Die Untersuchungen wurden nach Erteilung eines Auftrages durch das verantwortliche Ministerium von einem externen Institut durchgeführt.

Die Expertenkommissionen haben ihre Ergebnisse in einem jahrelangen Prozess vorgelegt. - Ich überspringe hier einmal einiges. - Ende November 2004 beendete die Expertenkommission Leukämie Schleswig-Holstein ihre Arbeit. In ihrem Abschlussbericht heißt es: Wir haben das Vertrauen in die Landesregierung verloren.

Es gab einen Konflikt. Die Experten meinten, noch weitere Ursachen erforschen zu müssen. Das Ergebnis war jedenfalls widersprüchlich. Dasselbe

(Detlef Matthiessen)

gilt auch für das Ergebnis auf niedersächsischer Seite.

Diese widersprüchlichen Ergebnisse wurden zunächst einmal beiseite gelegt, bis wieder **neue Fälle** in dem Gebiet auftauchten, die uns dann Anlass gaben, noch einmal in eine Betrachtung einzusteigen. Es gab einen Bericht unserer Landesregierung, es gab einen ähnlichen Bericht in Niedersachsen und es gab noch einmal eine zweitägige Expertenanhörung im **Niedersächsischen Landtag**, an der alle Kollegen teilgenommen haben, die im Sozialausschuss beziehungsweise in ihren Fraktionen mit der Befassung dieses Themas beauftragt waren. Wir haben das Ergebnis auch hier im Hause noch einmal diskutiert.

Nun war es so, dass die dortigen Ergebnisse, obwohl sie von einem hohem Niveau und - wie ich fand - von dem großen Bemühen auf allen Seiten um eine neutrale Annäherung an dieses komplexe Thema geprägt waren, trotzdem voller Widersprüche waren. Letztlich sind wir Volksvertreter und haben nur uns in begrenztem Umfang in radiologische Feinmessungsmethoden einzuarbeiten. Es wurde dort eine Methodendebatte geführt.

Sodann wurde von der grünen Fraktion im Niedersächsischen Landtag ein Antrag eingebracht und von allen Fraktionen im Niedersächsischen Landtag mitgetragen und das **Bundesamt für Strahlenschutz** gebeten, einen externen Fachfragenkatalog zur Evaluierung der Anhörungsergebnisse zu erarbeiten und mit den Experten im Nachgang aufzuarbeiten.

Diesen Schritt finden wir logisch. Daher schlagen wir dem Hohen Haus vor, unserem Antrag zuzustimmen und der Arbeitslogik des Niedersächsischen Landtages zu folgen. - Ich weiche - Sie merken das - von meiner vorbereiteten Rede auch aus dem Grunde ab, weil wir es auch mit einem **Antrag der Koalition** zu tun haben, auf den ich im Folgenden eingehen möchte.

Meine Damen und Herren, ganz verstehen kann ich es nicht. Ich fände es sinnvoll, die widersprüchlichen Ergebnisse der Expertenanhörung durch einen extern erarbeiteten und fachlichen Fragenkatalog zu überprüfen. Insofern wundern wir uns, dass die Große Koalition mit einem eigenen Antrag kommt und nicht das Gespräch zugunsten eines gemeinsamen Antrags gesucht hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich möchte auf diesen Antrag eingehen. - Es steht dort, im Rahmen der Anhörung - gemeint ist die Expertenanhörung am 11. und 12. April im Sozialausschuss des Niedersächsischen Landtages - wurde gefordert, dass weitere Untersuchungen erforderlich sind. Erst einmal möchte ich anmerken, dass es sprachlich eine wagemutige Formulierung ist, aber davon abgesehen ist das - so glaube ich - nicht das Ergebnis der Anhörung im Niedersächsischen Landtag gewesen.

Es bestand vielmehr eine gewisse Ratlosigkeit aufseiten der Experten. In den Reihen der Abgeordneten der CDU saß immerhin ein Atomphysiker und darüber war ich ganz glücklich, weil er sehr gute Fragen gestellt hat.

Aus meiner Sicht ist das nicht das **Ergebnis der Expertenanhörung** im Niedersächsischen Landtag. Vielmehr wollen wir mit dem Fragenkatalog des BfS den **weiteren Untersuchungsbedarf** fachlich sauber erarbeiten. Sie antizipieren hier, dass dieser Untersuchungsbedarf besteht. Des Weiteren schreiben Sie, dass weitere Bodenbeprobungen und deren Untersuchungen mit der Landesregierung von Niedersachsen abzustimmen sind. Mir ist nicht bekannt, dass die niedersächsische Landesregierung plant, solche Bodenbeprobungen vorzunehmen, die dann abzustimmen seien.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

In Ihrem Antrag findet sich nicht wieder, ob die Große Koalition weitere Bodenbeprobungen will. Es ist vielmehr ein etwas schwammiger Antrag in der Formulierung. Ich wäre dankbar, wenn Sie das klarstellen könnten.

Damit ist auch die Frage der Kosten verbunden. Das heißt: Welches Ministerium oder welche Behörde ist in der Begleitung dieser Untersuchung verantwortlich? Offensichtlich gibt die Große Koalition darauf eine Antwort. Denn in Ihrem Antrag steht: Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Modellregion zur Aufklärung der Zusammenhänge zu bestimmen. - Ich vermute also, dass die Kosten nicht vom Landeshaushalt getragen werden sollen. Also, wenn wir weitermachen wollen, müssen die nächsten Untersuchungsschritte hart begründet sein. Dies sage ich auch in Verantwortung für den öffentlichen Haushalt, der diese Untersuchungen finanziell zu tragen hat.

Ich bin dafür - das will ich noch einmal für meine Fraktion erklären -, dass wir weitermachen. Dies muss allerdings mit der nötigen Qualität in der Erarbeitung weiterer Schritte erfolgen.

(Detlef Matthiessen)

Ich möchte abschließend noch auf einen Umstand aufmerksam machen, der diese Materie so schwierig macht. Wir können aufgrund der Fallzahlen hervorragend begründen, dass wir es mit einem **Cluster** zu tun haben, das weltweit einmalig ist. Die Fallzahlen sind einerseits sehr beängstigend und andererseits sehr beeindruckend. Insofern gehört unsere Solidarität den betroffenen Eltern und den Menschen in der Umgebung, die sich selbstverständlich ängstigen. Allerdings - das muss man gleichzeitig sagen - sind die Fallzahlen so klein, dass sie einen kausalen Zusammenhang im Rahmen einer statistischen Betrachtung nicht zulassen. Das ist ein Widerspruch, in dem wir objektiv betrachtet stecken.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns weitermachen. Wir werden unseren Antrag zur Abstimmung stellen. Wir werden uns beim Antrag der Koalition aus den von mir genannten Gründen der Stimme enthalten. Das bedeutet allerdings nicht, dass wir nicht die Gemeinsamkeit dieses Hohen Hauses in dieser Frage weiterhin anstreben würden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen und erteile für die CDU-Fraktion der Frau Abgeordneten Ursula Sassen das Wort.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Matthiessen, ich bin Ihnen außerordentlich dankbar für Ihre einführenden Worte. Denn Sie haben eingangs klargestellt, dass Sie diese Diskussion von der Diskussion über das Atomkraftwerk trennen wollen. Ich hatte nämlich bei Ihrer Pressemitteilung vom 10. Dezember einen anderen Eindruck. Von daher danke ich Ihnen nochmals. Da sind wir uns einig.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir nie gesagt!)

Am 11. und 12. April 2007 habe ich mit Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages an der **Anhörung** im Sozialausschuss des **Niedersächsischen Landtages** teilgenommen. Namhafte Experten und Institute haben über ihre Untersuchungen zur Häufung von Leukämiefällen in der Elbmarsch berichtet. Ich bin der niedersächsischen Landesregierung und auch der Vorsitzenden des Sozialausschusses, Frau Gesi-

ne Meißner, an dieser Stelle sehr dankbar dafür, dass sie ein solch emotionales Thema in sachlicher und der Bedeutung angemessener Atmosphäre stattfinden ließen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich habe das Protokoll der Anhörung noch einmal überflogen. Erneut stellte sich bei mir das beklemmende Gefühl der Anhörung wieder ein: So qualifiziert und mit Zahlenmaterial und Formeln unterlegt die Vorträge auch waren, konnten sie bei mir nicht den Eindruck vermitteln, der **Ursache des Leukämieclusters** in der Elbmarsch wirklich ein Stück näher gekommen zu sein. Dies bestätigen auch die Redebeiträge der Kollegen des Niedersächsischen Landtages vom 12. Dezember 2007, und zwar parteiübergreifend.

Umso richtiger ist die Forderung des Niedersächsischen Landtages: Leukämiefälle in der **Elbmarsch** müssen geklärt werden. Bürgerinnen und Bürger in der Elbmarsch dürfen nicht alleingelassen werden. - Dieser Aussage schließen wir uns gern an.

Der vorliegende Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und des SSW ist eine Kopie des parteiübergreifenden niedersächsischen Antrages, den wir sehr begrüßen. Er fordert mittels eines klar strukturierten Fragenkatalogs unter der Beteiligung des Bundesamtes für Strahlenschutz als Moderator die Aufarbeitung der aus der Anhörung gewonnenen Erkenntnisse und Thesen.

Nach meinem Eindruck mangelte es bei einigen Ergebnissen der in Hannover angehörten Experten an der Vergleichbarkeit der Standards und Methodik, was insbesondere im Zusammenhang mit der Untersuchung der sogenannten **PAC-Kügelchen** offenkundig wurde.

Das ZDF hatte seinerzeit in sensationeller Weise von Funden angeblich radioaktiver Kügelchen berichtet und mit einer nicht sorgfältig recherchierten Reportage in unverantwortlicher Weise zu noch größerer Verunsicherung der betroffenen Bevölkerung beigetragen.

Die Ergebnisse der von Professor Dr. Mirnov vorgenommenen Untersuchungen wurden von anderen Wissenschaftlern auch wegen der Messmethoden angezweifelt. Die radioaktiven sphärischen Objekte, also klitzekleine Kügelchen, wurden von einem anderen Experten als Flugasche bezeichnet.

Angesichts der widersprüchlichen Auffassungen und Messergebnisse ist die vom Niedersächsischen Landtag beschlossene vertiefte fachliche Bewertung und Aufarbeitung der Anhörung sinnvoll.

(Ursula Sassen)

Ich kann allerdings keinen Sinn darin sehen, den niedersächsischen Antrag zu kopieren und nun in Schleswig-Holstein etwas beschließen zu wollen, was in Niedersachsen am 12. Dezember 2007 mit den Stimmen aller Fraktionen bereits auf den Weg gebracht wurde. Ein solcher Antrag aus Schleswig-Holstein wäre überflüssig. Meine Fraktion geht davon aus, dass **Niedersachsen** und **Schleswig-Holstein** in dieser überaus wichtigen Angelegenheit weiterhin kooperieren werden und Schleswig-Holstein über den Verlauf des geplanten Expertengesprächs unterrichtet wird oder dass die gesundheitspolitischen Sprecher aus Schleswig-Holstein und Hamburg dazu eingeladen werden.

Unser vorliegender CDU-SPD-Antrag geht einen Schritt weiter: Die Anhörung hat gezeigt, dass wir immer noch im Trüben fischen und weitere Untersuchungen folgen müssen. Diese jedoch primär auf Bodenproben und Radioaktivität zu konzentrieren, führt nach unserer Auffassung in eine Sackgasse.

Daher halte ich auch die viel zitierte epidemiologische Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken - das ist die KiKK-Studie - aus Dezember 2007 für problematisch. Diese Studie wurde im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz vom Deutschen Kinderkrebsregister in Mainz durchgeführt. Im 5-km-Umkreis um die Reaktoren wurde im Untersuchungszeitraum von 1980, also seit Bestehen des Kinderkrebsregisters, bis 2003 festgestellt, dass 37 Kinder an Leukämie erkrankt sind. Im statistischen Durchschnitt wären 17 Fälle zu erwarten gewesen. Etwa 20 Neuerkrankungen werden also allein auf das Wohnen in diesem Umkreis zurückgeführt.

Auch wenn die **KiKK-Studie** aussagt, dass in Deutschland ein Zusammenhang zwischen der Nähe der Wohnung zum nächstgelegenen Kernkraftwerk und dem Risiko, vor dem fünften Geburtstag an Krebs beziehungsweise an Leukämie zu erkranken, beobachtet wird, kann diese Studie keine Aussage darüber machen, durch welche biologischen Risikofaktoren diese Beziehung zu erklären ist.

Die **Exposition** gegenüber **ionisierender Strahlung** wurde weder gemessen noch modelliert. Obwohl frühere Ergebnisse mit der aktuellen Studie reproduziert werden konnten, kann aufgrund des aktuellen strahlenbiologischen und epidemiologischen Wissens die von deutschen Kernkraftwerken im Normalbetrieb ermittelte ionisierende Strahlung grundsätzlich nicht als Ursache interpretiert werden. Ob Confounder, Selektion oder Zufall bei dem beobachteten Abstandstrend eine Rolle spielen, kann mit dieser Studie nicht abschließend geklärt

werden. Es ist kein Wunder, dass diese Studie auch bei entschiedenen Gegnern der Kernkraft Ratlosigkeit verursacht und erhebliche Kritik an der Methodik hervorgerufen hat. Ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen, dass mich eine alte Dame häufig angesprochen hat. Sie sagte, dass sie bereits 1959 Zeitungsberichte darüber gelesen hat, dass in der Elbmarsch Kinder erkrankt seien. Allein das macht schon deutlich, dass wir auch ganz woanders suchen müssen.

Unser Antrag verfolgt das Ziel, alle Erkenntnisse und Möglichkeiten aufzugreifen, um den **Ursachen der Häufung** ein Stück näher zu kommen. So werden auch die Ergebnisse des Forschungsprojektes des Hamburger Uni-Klinikums Eppendorf zu der Frage, ob Kinderleukämie durch bestimmte Erbanlagen gefördert wird, einfließen. Die Ergebnisse dieser Studie sind allerdings nicht vor Mitte dieses Jahres zu erwarten. Wir hoffen, dass die Bundesregierung unserer Forderung folgen wird, das **Elbmarschgebiet als Modellregion** zur Aufklärung der Zusammenhänge zu benennen. Es sind schon der Vergangenheit von Niedersachsen und Schleswig-Holstein sehr umfangreiche Untersuchungen durchgeführt worden. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen nicht irgendwo in den Schubladen liegen bleiben. Vielmehr sollen sie ebenso wie die Ergebnisse der Anhörung in Niedersachsen mit als Grundlage für die Entscheidung über die weitere Vorgehensweise herangezogen werden. Mit unserem Antrag, weitere Untersuchungen durchzuführen - -

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Lesen Sie unseren Antrag noch einmal genau durch! Wenn Sie ihn nicht gelesen haben, dann haben Sie jetzt die Absicht vernommen. Wir werden auf der Grundlage der Ergebnisse weitere Untersuchungen initiieren und die Bürgerinitiative mit einbeziehen. Damit wollen wir ein Zeichen setzen, Misstrauen und Verunsicherung abbauen und einen weiteren Beitrag zur Erforschung der Leukämiefälle in der Elbmarsch leisten. Ich appelliere an alle Verantwortlichen und Betroffenen, sich an einer sachlichen und ideologiefreien Aufklärung zu beteiligen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Frau Abgeordneter Ursula Sassen. - Für die SPD-Fraktion hat nun der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer einen Blick auf die Homepage der Bürgerinitiative Leukämie in der Elbmarsch wirft, dem wird es schwerfallen, sich diesem Thema und diesem Problem zu entziehen. Dort kann man etwas über die betroffenen Kinder und Jugendlichen erfahren. Dort bekommen abstrakte Zahlen und Fakten einen Namen und eine Geschichte. Christoph, Nils, Sönke und viele andere Namen; sie alle sind an Leukämie erkrankt. Es sind erschütternde Schicksale, und es sind doch keine Einzelschicksale, denn zu auffällig und zu deutlich ist die Häufung. Seit 1989 sind in der Elbmarsch und in Winsen 21 Kinder an Leukämie erkrankt. Vier von ihnen sind gestorben. Ein Kind, das stirbt, wird zum Mittelpunkt der Welt. Die Sterne und Gefilde sterben mit ihm. So hat es ein amerikanischer Schriftsteller einmal formuliert. Das mögen manche von Ihnen für eine Parlamentsdebatte zu emotional finden, aber ohne Emotionalität geht es bei diesem Thema nicht, und es sind nicht nur die Eltern, die das so empfinden. Sie sind es aber im besonderen Maße.

Als ich noch im Sozialministerium als Pressesprecher gearbeitet habe, wurde ich einmal gefragt, ob ich mit meinen Kindern in die Elbmarsch in die Nähe eines Atomkraftwerkes ziehen würde. Ich habe das vor 15 Jahren - ich hatte drei kleine Kinder - verneint, was mir zumindest ein Stirnrunzeln des damaligen Staatssekretärs einbrachte. Meine Antwort war aber ehrlich, wenn sie vielleicht für einen Behördenvertreter auch schwierig war. Ich halte Ehrlichkeit aber für unabdingbar, wenn wir uns mit diesem Thema beschäftigen. Es ist unabdingbar, ehrlich zu sagen, hier gibt es ein Problem, ehrlich zu sagen, wir machen uns Sorgen, ehrlich zu sagen, wir haben noch keine Antwort und dann konsequent zu sein und zu sagen, wir müssen weiter an den Antworten arbeiten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darauf haben die Menschen einen Anspruch. Für die bisherigen Antworten und wissenschaftlichen Theorien gilt, was Voltaire einmal so beschrieben hat, dass es klug und weise sei, an allem zu zweifeln.

Lassen Sie mich das etwas ausführen. Ich will nicht von Behauptungen reden, jedoch von Zweifeln. Eines ist unbestreitbar, nämlich dass es eine signifikante **Häufung von Leukämie bei Kindern** in der Nähe von **Atomkraftwerken** gibt. Dies hat die

jüngste Kinderkrebsstudie noch einmal überdeutlich nachgewiesen. Je näher der Wohnort an einem Atomkraftwerk liegt, desto höher ist das Risiko für Kinder unter fünf Jahren, an Krebs - hauptsächlich an Leukämie - zu erkranken. Im Fünf-Kilometer-Umkreis erkrankten 77 Kinder an Krebs, davon 37 an Leukämie. Statistisch wären - in ausdrücklichen Anführungszeichen - nur 48 Fälle, davon 17 Leukämiefälle zu erwarten gewesen. Das heißt, es gibt 29 beziehungsweise 20 Erkrankungen mehr. Im Übrigen ist man in Großbritannien, in den USA und in Frankreich zu ähnlichen Ergebnissen gekommen.

Die generelle Häufung in der Nähe von Atomkraftwerken ist um **Brokdorf** und um Krümmel herum noch einmal besonders hoch. Diese Ergebnisse sind, obwohl in absoluten Zahlen vielleicht gering, statistisch mehr als auffällig und jedenfalls besorgniserregend. Es ist kaum begreifbar, wie die Mainzer Strahlenexpertin Professor Maria Blettner in der Bewertung der Ergebnisse die **Kausalität** zwischen Strahlung von kerntechnischen Anlagen und Leukämie bei Kindern einfach in Abrede stellen kann. Unverständlich ist mir auch die Aussage von Frau Reiche aus dem Deutschen Bundestag, sie habe den Eindruck, dass diese wissenschaftliche Studie Antipathien gegen Atomkraft schüren solle. Die Studie stellt die Fakten dar, sie macht gar keine Aussagen zur Kausalität. Das können wir nicht beweisen, aber ich füge hinzu: Vielleicht noch nicht.

Was aber besagt das wirklich, wenn der letzte wissenschaftliche Nachweis fehlt? Das Gegenteil zu behaupten, ist doch angesichts dieser Zahlen mehr als fragwürdig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bei früheren Untersuchungen mit ähnlichen Ergebnissen wurde von Wissenschaftlern wie Professor Jung nicht nur ein Zusammenhang mit Atomkraftwerken verneint, sondern es wurde geradezu so getan, als sei es gesundheitsfördernd, dort zu leben. Wie ein Minister vor diesem Hintergrund sagen kann, Atomkraftwerke seien ungefährlich, mag verstehen, wer will. Wir sind nicht mehr in den 70er-Jahren, wo eine strahlende Zukunft ohne Ironie gewünscht werden konnte. Es gab **Tschernobyl** und es gab auch **Harrisburg**, wo angeblich kaum etwas passiert ist, wo es jedoch straßenzugweise Krebserkrankungen gab. Es gibt immer wieder neue Leukämieerkrankungen von Kindern in der Nähe von Atomkraftwerken. Jeder einzelne Fall ist einer zu viel. Offensichtlich gibt es eine **Ursache**. Solange wir nicht wissen, warum es diese Häufung gibt, können und dürfen wir nichts ausschließen; schon

(Dr. Ralf Stegner)

gar nicht, wenn wir wissen, dass Strahlung die Hauptursache solcher bösartigen Krankheiten ist, auch wenn wir die konkrete Strahlungsquelle noch nicht zweifelsfrei wissenschaftlich nachweisen können.

Es ist daher gut und richtig, dass die zuständigen Ministerien den Dingen immer wieder nachgegangen sind. Es gab und es gibt regelmäßige anlassbezogene Untersuchungen von Luft, Wasser, Boden, Bodenbewuchs und Milch. Das Sozialministerium hat vieles unternommen, um diese erschreckende Häufung von Leukämiefällen bei Kindern aufzuklären. Dies gilt insbesondere für die laufende Studie zu speziellen Aspekten der Ursachenforschung. Bisher war leider alles ohne Erfolg. Dennoch können wir die betroffenen Menschen in dieser Region nicht damit abspeisen, dass wir leider nichts tun können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich glaube, dass wir einen neuen Anlauf machen müssen. Wir haben inzwischen eine fundiertere Datenbasis, wir haben auch neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu den generellen Ursachen von Leukämie. Wir haben auch einen neuen Stand der Untersuchungstechnik, wir sind immerhin eine Dekade weiter. Wir sind es den Kindern und den Eltern schuldig, hier weiterzumachen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört, uns mit den Ergebnissen des vom Niedersächsischen Landtag einstimmig beschlossenen **Expertengesprächs** zu befassen und durch erneute **Bodenbeprobungen** den unterschiedlichen Untersuchungsergebnissen aus Frankfurt und Minsk Rechnung zu tragen, Herr Kollege Matthiessen. Dazu gehört auch, weiter medizinisch zu forschen und zu klären: Was sind die Ursachen für Leukämie und wie kann die Behandlung verbessert werden? Hier sollte das Elbmarschgebiet Modellregion werden, denn die KiKK-Studie hat hier ein **Cluster** offengelegt, das weit aus den bereits erhöhten Zahlen rund um Atomkraftwerke hervortritt und das vor allem nicht abgeschlossen ist. Immer wieder treten Neuerkrankungen auf. Das ist wie ein böser Albtraum für unsere Bevölkerung und besonders für die Kinder und Eltern in dieser Region.

Ich glaube, dass wir in Schleswig-Holstein eine andere Situation und eine andere Vorgeschichte haben. Herr Kollege Matthiessen, insofern ist es mir etwas zu schlicht, den niedersächsischen Antrag einfach abzuschreiben. Wir brauchen eine schles-

wig-holstein-spezifische Fortführung der Untersuchungen, die natürlich mit Niedersachsen abgestimmt werden muss. Wir brauchen auch die Fragen, Erkenntnisse und Wünsche der Betroffenen vor Ort. Wir sollten die Forderungen der Bürgerinitiative aufgreifen. Ich verstehe nicht, wieso wir immer versuchen, die Einbeziehung der Bürgerinitiative mit weichmachenden Formulierungen versehen. Die Bürgerinitiative betreut die Familien der an Leukämie erkrankten Jugendlichen. Die Mitglieder der Initiative haben erhebliche Fachkenntnisse. Sie haben ein Recht darauf, dass wir auf ihre Ängste und Befürchtungen eingehen. Sie haben auch ein Recht darauf, dass wir versuchen, sie dorthin mitzunehmen, wo wir ihnen Ängste nehmen können: bei der Frage, wo Proben genommen werden, bei der Frage, was untersucht wird, auch bei der Frage, wer untersucht. Es ist nötig, möglichst Labore zu beauftragen, die voneinander unabhängig sind, die keiner staatlichen Aufsicht unterstehen, die vorzugsweise auch bisher noch nicht beauftragt worden sind. Ich erlaube mir als Laie wirklich kein Urteil darüber, ob die Kritik an der Güte der bisherigen Untersuchungen berechtigt ist oder nicht. Ein chinesisches Sprichwort sagt: Tiefe Weisheit wächst aus starken Zweifeln.

Ich will diese Debatte. Lassen Sie mich das ausdrücklich sagen, weil ich ahne, dass Sie mir das vielleicht vorhalten. Es geht nicht darum, die Ängste der Menschen zu instrumentalisieren oder Behauptungen aufzustellen. Deshalb rede ich nur von Zweifeln. Aber das sehe ich doch anders als der Kollege Matthiessen oder als die Kollegin Sassen. Es ist nämlich schlimm genug, dass die Atomenergie eine Form der Energiegewinnung ist, bei der ein Versagen von Menschen oder Technik, was man ja nicht ausschließen kann, fatale Folgen hat und die Jahrtausende zu bewachenden strahlenden Atom Müll hinterlässt. Tatsache ist aber auch, dass wir nicht mit Sicherheit ausschließen können, dass auch der normale Betrieb fatale Folgen haben kann.

In dieser Situation erleben wir eine Debatte - meine Damen und Herren, da trennen sich dann die Wege -, dass aus einer Mischung von Profitinteressen großer Konzerne, Technikgläubigkeit und mangelndem politischen Mut der Atomkonsens über die **Restlaufzeiten** aufgekündigt werden soll. Schlimmer noch, ausgerechnet von Steinburg in Schleswig-Holstein gehen die bundesweit ersten Initiativen aus, sogar neue Atomkraftwerke zu bauen. Das finde nicht nur ich erschreckend - und ich füge für die SPD-Landtagsfraktion hinzu -, dies wird niemals Wirklichkeit werden, solange Sozialdemokra-

(Dr. Ralf Stegner)

ten hier regieren, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Es geht nicht um abstrakte Rechtsfragen. Es gibt auch einen Punkt, wo wissenschaftliche Schlussgewissheit oder ökonomische Erwägungen enden müssen, weil die ethische Verantwortung es gebietet, im Zweifelsfall - darum geht es - für die Menschen zu entscheiden. Das sollte uns dazu veranlassen, sichere und zukunftsweisende Alternativen zur Atomenergie zu fördern und bis dahin alles zu tun, was wir tun können, um die Ursachen zu finden und den Menschen das zu geben, was sie verdient haben, nämlich dass wir ihre Sorgen ernst nehmen und nicht sagen, es sind wenige Fälle oder wir können nichts tun. Wir können so Vieles tun und wir müssen es tun, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Stegner. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Kollege Matthiessen, Respekt für Ihren Redebeitrag. Sie hätten sich das sehr viel einfacher machen können. Sie hätten mit sehr viel mehr Zuspruch sehr viel mehr am Thema vorbeireden können. Wirklich hohen Respekt dafür, dass Sie die Konsequenzen aus der Anhörung, an der wir beide teilgenommen haben - ich für einen Tag, Sie für beide Tage -, gezogen haben. Das ist übrigens auch der Grund dafür, warum sich meine Fraktion entschlossen hat, bei diesem Antrag - die Initiative ging ja von Ihrer Fraktion aus - mitzumachen, weil wir das für den richtigen Weg halten. Dass Sie das so dargestellt haben, finde ich gut; Respekt!

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist richtig, dass sich Schleswig-Holstein derzeit an einem **Forschungsprojekt am Universitätsklinikum Eppendorf** beteiligt, in dem die Ursachen der Leukämieentstehung bei Kindern untersucht werden sollen. Unabhängig vom Ergebnis dieser Studie leben die Bewohner Geesthachts und der Samtgemeinde Elb-

marsch aber weiterhin im Unklaren darüber, warum **Leukämie** lokal gehäuft als sogenanntes **Cluster** auftritt. Eine Erklärung gibt es bisher nicht. Unsere Aufgabe ist es, so lange Fragen nach den Ursachen zu stellen, bis die letzte noch offene Frage geklärt wurde.

Es ist ja nicht so, dass in den letzten Jahren nicht versucht wurde, die Ursache für diese Leukämieerkrankungen und ihr gehäuftes Auftreten aufzuklären. Sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Niedersachsen wurden seit 1990 zahlreiche Studien in Auftrag gegeben. Expertenkommissionen haben mit immer neuen Ansätzen versucht, den Ursachen auf den Grund zu gehen. Selten wurde eine Region so untersucht, wie es in Geesthacht und in der Samtgemeinde Elbmarsch der Fall war. Allen möglichen Theorien wurde nachgegangen, ohne dass es befriedigende Antworten gab.

Wie wenig man noch über die Ursachen weiß, hat die im Dezember 2007 veröffentlichte Fall-Kontroll-Studie des Deutschen Krebsregisters in Mainz deutlich gemacht, die im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz durchgeführt worden ist. Diese sogenannte **KiKK-Studie** hat dabei nicht nach Clustern und räumlichen Differenzierungen gesucht, sondern statistische Mittelwerte betrachtet. Auch das sollte man sich vor Augen halten, wenn man diese Studie zitiert. Nach dieser Studie nimmt das statistische Risiko für Kinder unter fünf Jahren zu, an Leukämie zu erkranken, je näher ihr Wohnort an einem Kernkraftwerk liegt. Warum das so ist, genau darauf gibt die Studie keine Antwort, und genau nach dieser Antwort suchen nicht nur wir, sondern alle, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Auch nicht darauf, ob radioaktive Strahlung der Auslöser sein könnte. Denn - so das Ergebnis der KiKK-Studie - es kann ein „kausaler Zusammenhang zwischen den erhöhten Leukämie-Erkrankungen und den tatsächlichen radioaktiven Emissionen aus den Reaktoren nicht nachgewiesen werden“. - Zitat aus der Studie, nicht von einer einzelnen Professorin!

Was ist es dann, wenn nach der KiKK-Studie die „von deutschen Kernkraftwerken im Normalbetrieb emittierte ionisierende Strahlung grundsätzlich nicht als Ursache“ für die Leukämieerkrankungen interpretiert werden kann?

(Zuruf)

- Das ist keine Schlussfolgerung, sondern erst einmal nur ein Zitat aus der Studie! - Vor allem, wenn der entfernungsabhängige Risikoanstieg bei kindli-

(Dr. Heiner Garg)

chen Leukämieerkrankungen auch mit anderen Risikofaktoren nicht erklärt werden kann?

Die Antworten, die im April 2007 bei einer Anhörung des Sozialausschusses des Niedersächsischen Landtages unter Beteiligung von Abgeordneten aus Schleswig-Holstein gegeben wurden, waren nicht abschließend - sie konnten es wahrscheinlich auch gar nicht sein -; es wurden sogar neue Fragen aufgeworfen, insbesondere dazu, wie die vorgestellten wissenschaftlichen Ergebnisse zustande gekommen sind.

Insoweit wurde aus der Anhörung deutlich, dass sich zwei Gruppen von Wissenschaftlern mit unterschiedlichen Ansätzen gegenüber stehen. Je nach persönlicher Haltung zur Kernenergie scheint das Herangehen, das Umgehen oder das Interpretieren der Wissenschaftler unterschiedlich zu sein. Insbesondere wurden gegenseitig die Methodik und die Ergebnisse der jeweiligen Untersuchungen angezweifelt, was letztlich natürlich nicht dazu beiträgt, einer Aufklärung näher zu kommen. Wenig hilfreich ist es in diesem Zusammenhang - das will ich ganz deutlich sagen -, wenn Fachleute mit dem Anspruch auftreten, wissenschaftlich zu arbeiten, sich aber bis heute nicht in der Lage sehen oder nicht willens sind, den Weg zu ihrem Ergebnis für Dritte nachvollziehbar darzulegen.

Ich will - auch wenn das möglicherweise nicht besonders populär ist - hier einen exemplarisch herausgreifen. Ganz konkret hat beispielsweise in der Anhörung Professor Vladislav Mironov von der Sacharow-Universität in Kiew seine Ergebnisse präsentiert, ohne die Datenbasis und die Methodik zu veröffentlichen, und zwar bis heute nicht. Wenn Professor Mironov auf schriftliche Anfrage im Juni 2007 erklärt, dass es für ihn - ich zitiere aus dem Antwortschreiben, das ins Deutsche übersetzt wurde - „eine leere Beschäftigung“ sei, „die Details der Analyse zu beschreiben“, dann sind zumindest Zweifel an der Seriosität einer solchen wissenschaftlichen Darstellung angebracht.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der Weg zum Ergebnis ist genauso wichtig wie das Ergebnis selbst, ohne dass ich das Ergebnis anzweifeln will. Ich könnte es auch gar nicht anzweifeln, weil mir schlicht die fachliche Kompetenz fehlt. Aber es ist nötig, dass der Weg zum Ergebnis nachvollziehbar beschrieben wird, damit wir mit dem Ergebnis umgehen können und daraus weitere Schlüsse ziehen können. Das bedeutet auch, dass man sich als Wissenschaftler, unabhängig welcher Richtung, den

kritischen Fragen stellen muss. Andernfalls wird dies weder dem selbst postulierten Anspruch gerecht, wissenschaftlich gearbeitet zu haben, noch wird es den Menschen gerecht, die so sehr auf eine Antwort warten.

Wir haben uns diesem Antrag angeschlossen, weil diese Fragen gemeinsam mit Niedersachsen geklärt werden sollen. Union und SPD haben einen eigenen Antrag vorgelegt. Sie wollen sich lediglich über das **Ergebnis** des vom **Niedersächsischen Landtag** beschlossenen **Expertengesprächs** berichten lassen. Und sie haben jetzt schon den Schluss gezogen, neue Bodenproben ziehen zu wollen. Ich schließe mich da voll und ganz den Ausführungen des Kollegen Matthiessen an. Ich halte es für bedauerlich, dass es in diesem Landtag nicht gelingt, was im Niedersächsischen Landtag gelungen ist, wo sich alle Fraktionen dem dortigen Antrag angeschlossen haben und es somit sogar geschafft haben, dieses Thema aus dem Wahlkampf herauszuhalten.

Das, was Union und SPD wollen, reicht aber nicht aus. Der Antrag sieht vor, ein weiteres Expertengespräch anhand eines klar strukturierten Fragenkataloges durchzuführen. Moderiert durch das Bundesamt für Strahlenschutz sollen die bisherigen Forschungsergebnisse und die Aussagen der Wissenschaftler nach einheitlichen Kriterien beurteilt werden. Es geht nicht darum, im Ergebnis irgendetwas zu verteidigen oder irgendetwas abzuwerten. Es geht weder um Verharmlosung noch um vorschnelle Bewertung.

Deutlich wurde aber bei der Anhörung: Um Antworten richtig bewerten zu können, ist erstens ein fachlicher Rahmen notwendig. Zweitens - da nehme ich den Kollegen Matthiessen aus, weil er von der Thematik mehr versteht als der Rest von uns - ist es notwendig, dass Leuten wie uns, Politikern, die im Zweifel entscheiden sollen, wie es weitergeht, dieser fachliche Rahmen so dargestellt wird, dass wir ihn auch verstehen. Denn wenn wir ihn nicht verstehen, wird Ideologie unsere Antworten prägen. Genau das ist es, was wir hier nicht gebrauchen können.

(Beifall bei der FDP)

Zentrale Voraussetzung ist, von Wissenschaftlern darlegen zu lassen, wie sie beispielsweise ihre Probenstrategie festgelegt haben und ob sie bereit sind, ihre Dokumentation zur Probenaufbereitung Dritten zur Überprüfung zu überlassen.

Das gemeinsame Vorgehen mit Niedersachsen anhand dieses Fragenkataloges soll auch ideologische

(Dr. Heiner Garg)

Grundsatzdebatten - sei es unter den Wissenschaftlern oder unter den Politikern - möglichst vermeiden. Haben doch die Streitigkeiten in der Vergangenheit zwischen den verschiedenen Wissenschaftlern und den Politikern deutlich gemacht, dass bisher - je nach politischer Einstellung - zu verengt in die eine oder in die andere Richtung geschaut worden ist. Möglicherweise liegt es auch daran - ohne dass qualitativ bewerten zu wollen -, dass sich bislang immer dieselben 15 Forscher mit der Materie beschäftigt haben.

Wenn jetzt Anregungen und Vorschläge einer Bürgerinitiative beim weiteren Vorgehen eingebunden werden sollen, wie von CDU und SPD gewollt, dann erwarte ich, dass Union und SPD auch sagen, wie eine solche Beteiligung konkret aussehen soll. Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass sich die Bürgerinitiative in die Beratung einbringen will. Ein Kollege der Sozialdemokratie aus dem Niedersächsischen Landtag ist in dieser Bürgerinitiative federführend tätig, sprich: Er ist der Vorsitzende der Bürgerinitiative. Wenn man die Bürgerinitiative einbringen will, erwarte ich, dass uns die beiden Koalitionsfraktionen, wenn sie ihren Antrag aufrechterhalten, ganz konkret sagen, in welcher Form sich die Bürgerinitiative an einem strukturierten Expertengespräch beteiligen soll.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Grüne, FDP und SSW wollten mit ihrem Antrag die üblichen reflexhaften Reaktionen vermeiden, wie es sie übrigens auch nach Vorstellung der KiKK-Studie gegeben hat. Da gab es auch die reflexartigen Reaktionen, und zwar sowohl von der einen als auch von der anderen Seite. Wir wollten das vermeiden und haben uns unter anderem deswegen für diesen Antrag entschieden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Union und Sozialdemokratie, vielleicht könnten Sie doch über Ihren Schatten springen und sich dem Antrag, den die Oppositionsfraktionen, auch wenn es die Oppositionsfraktionen waren, vorgelegt haben, anschließen und damit ein Stück weit zu dem beitragen, um das es eigentlich geht: Das, was wir in Niedersachsen erfahren haben, zu begreifen und danach in einem zweiten Schritt weiter zu überlegen, wie verantwortungsvoll mit der Problematik umgegangen werden kann. Ich empfinde es als Zeichen der Größe, wenn Sie heute dem Antrag von Grünen, FDP und SSW zustimmen könnten

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

und dabei Koalitionsinteressen oder parteipolitische Interessen hintenanstellen könnten. Dann könnten Sie nämlich unter Beweis stellen, worum es Ihnen tatsächlich geht. Ich gehe davon aus, dass es Ihnen darum geht, die offenen Fragen für die Menschen in der Region zu beantworten.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg. - Das Wort für den SSW im Landtag hat nun der Herr Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor gut einem Jahr haben wir den Bericht der Landesregierung zu Leukämiefällen im Rau Geesthacht/Elbmarsch debattiert. Der Bericht machte deutlich, dass frühzeitig und sehr intensiv mit der **Ursachenforschung** der Leukämie-Erkrankung in der Elbmarsch begonnen wurde. So wurden insgesamt 17 Studien im Zeitraum von 1992 bis Ende November 2005 durchgeführt.

Sowohl Schleswig-Holstein als auch Niedersachsen haben Expertenkommissionen eingesetzt, die zahlreiche potentielle Ursachen für die Leukämie-Erkrankungen untersuchen sollten. Dazu zählten unter anderem radioaktive Strahlenbelastungen sowie epidemiologische Untersuchungen. Darüber hinaus wurden auch natürliche Gegebenheiten wie beispielsweise Wasser, Boden oder Luft oder auch Nahrungsmittel untersucht. Doch keine der durchgeführten Untersuchungen lieferte eine wissenschaftlich fundierte Erklärung für die Ursache der Häufung kindlicher Leukämien in dieser Region.

Die neueste Untersuchung des Bundesamtes für Strahlenschutz - die epidemiologische Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken (KiKK) - hat Ende letzten Jahres neue Ergebnisse ans Licht gebracht. Die Studie bestätigt, „dass in Deutschland ein Zusammenhang zwischen der Nähe der Wohnung zum nächstgelegenen Kernkraftwerk zum Zeitpunkt der Diagnose und dem Risiko, vor dem fünften Geburtstag an Krebs (beziehungsweise Leukämie) zu erkranken, beobachtet wird.“ Diese Studie macht keine Aussage darüber, durch welche Ursachen diese Beziehung zu erklären ist.

Auch wenn es immer noch keine Kenntnis über die Ursachen gibt, darf uns das Ergebnis der Studie nicht in Ruhe lassen. Denn der Zusammenhang

(Lars Harms)

zwischen Wohnort und Entfernung zum AKW ist auffallend. Das heißt, hierin muss der weitere Forschungsauftrag liegen, damit diese Frage endgültig geklärt werden kann.

Auch wenn die Studie keine Aussage über Ursachen zwischen den Leukämiefällen und den Kernkraftwerken trifft, beschleicht einen ein Verdacht. Und eben dieser **Verdacht** lässt die Bevölkerung in der Region auch nicht zur Ruhe kommen. Deshalb sind wir der Auffassung, dass die Untersuchungen nicht gestoppt werden dürfen, bevor der schlüssige Beweis vorliegt, dass **AKWs** oder das **GKSS** nichts mit den Leukämiefällen zu tun haben, oder andere Ursachen für die häufigen Erkrankungen gefunden werden konnten.

Auch wenn bisher keine Zusammenhänge wissenschaftlich belegbar sind, können wir letztlich nicht ausschließen, dass sie vorhanden sein könnten. Denn an einen puren Zufall mag man angesichts der Ergebnisse nicht denken. Wer sich aber hinstellt und behauptet, dass die Studie keine neue Erkenntnisse liefert, verharmlost das Problem.

An der Studie beteiligt wurden sowohl Atomkraftkritiker wie auch -befürworter. Man hat eine von allen akzeptierte Methodik gefunden, die Studie durchzuführen. Daher sollten wir das Ergebnis ernst nehmen.

Im Umkreis von 5 km um die deutschen Kernkraftwerke wurde für den **Untersuchungszeitraum** von 1980 bis 2003 ermittelt, dass 77 Kinder an Krebs, davon 37 an Blutkrebs erkrankt sind. Nach dem statistischen Durchschnittswert wären nach Darstellung der Wissenschaftler 48 Krebs- beziehungsweise 17 Leukämiefälle zu erwarten gewesen, also knapp die Hälfte. Diese Zahlen machen deutlich, dass wir tatsächlich von Clusterbildungen sprechen können.

Es klingt dann nahezu wie Hohn, wenn vonseiten des Bundesumweltministeriums gesagt wird, dass der Anstieg bei den Krebserkrankungen nach derzeitigem Kenntnisstand der Wissenschaft nicht durch die Strahlenbelastung aus einem Atomkraftwerk erklärt werden könne. Um das erhöhte Krebsrisiko zu erklären, müsste demnach angeblich die Strahlenbelastung der Bevölkerung um mindestens das Tausendfache höher sein - nach dem Motto: Es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Aus unserer Sicht darf die Frage der Leukämiefälle keine ideologische Frage sein, sondern eine Sachfrage, der unbedingt nachgegangen werden muss. Deswegen auch die Kopie des Antrages aus Niedersachsen. Wir müssen die Thematik sachorientiert

und emotionsfrei aufarbeiten. Diese Zielsetzung hat auch der von uns und den anderen Oppositionsparteien eingebrachte Antrag, der einstimmig so in Niedersachsen verabschiedet wurde und von dem wir glauben, das es kein Problem sein sollte, diesen auch in Schleswig-Holstein einstimmig zu verabschieden. Daher ist es aus unserer Sicht mehr als bedauerlich, dass wir es hier nicht hinbekommen haben, einen interfraktionellen Antrag zu diesem Thema zu stellen. Leider war die Große Koalition bisher nicht gewillt, den Antrag der Oppositionsparteien mitzutragen. Stattdessen hat sie einen eigenständigen Antrag eingebracht.

Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Anhörung der zuständigen Ausschüsse in Hannover hätte ich mir von der Großen Koalition mehr politisches Verständnis für die Sache versprochen.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Denn ich finde, dass es uns als Schleswig-Holsteinischer Landtag gut zu Gesicht gestanden hätte, wenn wir ein einstimmiges Signal an die Bürgerinnen und Bürger im Raum Geesthacht und Elbmarsch und an unsere Kollegen im Niedersächsischen Landtag gegeben hätten. Diese Chance haben die Kollegen von der Großen Koalition bisher nicht genutzt. Das ist bedauerlich, denn ich glaube, dass wir in der Sache gar nicht so weit auseinanderliegen.

Angesichts der Tatsache, dass die SPD seinerzeit selbst den Vorschlag eingebracht hat, eine gemeinsame Anhörung der Sozialausschüsse der beiden Landtage zur Untersuchung der rätselhaften Häufung von Leukämiefällen in der Elbmarsch durchzuführen, um Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Vorgehensweisen und Untersuchungsmethoden aus dem Weg zu räumen, ist es unverständlich, dass wir in Schleswig-Holstein jetzt nicht an einem Strang ziehen wollen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Nur dann nämlich können wir den Menschen in der Elbmarsch deutlich machen, dass wir vonseiten der Politik das Problem ernst nehmen. Gegenseitige Kritik und Missverständnisse helfen hier nicht weiter. Wir sollten das Problem auch künftig gemeinsam und **länderübergreifend** angehen. Deswegen hoffe ich, dass wir im Ausschuss noch einen gemeinsamen Beschluss hinbekommen. Ich bitte daher, die beiden Anträge in den Sozialausschuss zu überweisen. Ich habe den Eindruck, dass wir heute nicht zu einer Einigung kommen. Vielleicht schaffen wir es, uns im Sozialausschuss hinzusetzen und

(Lars Harms)

doch noch einen gemeinsamen Beschluss hinzubekommen, damit wir auch nach außen hin wirklich zeigen können, dass wir alle gemeinsam die Sorgen und Nöte der Menschen in der Elbmarsch entsprechend ernst nehmen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns steht fest, dass wir die Sorgen und Ängste der Menschen im Raum Geesthacht und in der Elbmarsch ernst nehmen müssen. Wir müssen alles daran setzen, die Ursachen für diese Leukämie-Cluster zu erforschen, und wir dürfen mit den Untersuchungen so lange nicht aufhören, bis der Beweis für die Ursachen erbracht wurde. Nur so werden wir der Verantwortung den Menschen gegenüber gerecht, die sich dort um die Gesundheit ihrer Kinder sorgen. Das sollten wir, wenn möglich, einvernehmlich tun.

(Beifall bei SSW und FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Lars Harms. Mir liegen jetzt Wortmeldungen für Dreiminutenbeiträge vor. Als Erstem erteile ich Herrn Abgeordneten Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Harms, ich glaube, diese Auffassung teilen wir wirklich. Ich denke auch, dass alle hier im Haus die Sorgen und Ängste der Menschen in der Elbmarsch und in Geesthacht ernst nehmen. Wir sind alle bemüht und haben alle das Ziel, wirklich zu helfen und gemeinsam etwas zu tun.

Das zeigt auch der interfraktionelle Antrag, den wir Ende 2006 eingebracht und mit dem wir deutlich gemacht haben, dass wir uns alle an den Anhörungen und Untersuchungen in Hannover beteiligen wollen. Alle Fraktionen waren daran beteiligt und waren auch vor Ort. Insofern sind wir hier wirklich nicht auseinander.

Eines finde ich allerdings schade. Wir als Schleswig-Holsteiner, die wirklich betroffen sind - ein Großteil der Leukämiefälle trat in Schleswig-Holstein auf -, können nicht immer abwarten, was Niedersachsen macht. Das will unser Antrag noch einmal zeigen. Wir sagen erstens: Wir nehmen das Ergebnis aus Niedersachsen auf und wir beteiligen uns daran. Das ist uns wichtig. Deswegen steht das auch in unserem Antrag nach den Worten „Der

Landtag bittet die Landesregierung“ als erster Punkt.

Wir wollen auch das **Ergebnis** aufnehmen, das in **Niedersachsen** dabei herauskommt. Ich gehe davon aus, dass sich in Hannover bald ein Ergebnis ergeben wird und dass wir dann weitere Untersuchungen vornehmen und weiter vorgehen können. Wir bewerten - zumindest habe ich das so herausgehört - die Ergebnisse aus Hannover alle gleich und stellen fest, dass die Experten uneins waren und dass es widersprüchliche Ergebnisse gab. Wenn wir aber diese Auffassung haben, dann müssen wir handeln, dann müssen wir wirklich etwas tun. Dies sollten wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort und mit Bürgerinitiative vor Ort tun. Wir dürfen die Menschen vor Ort dabei nicht außen vor lassen und wir dürfen den Menschen vor Ort nicht sagen: Wir machen alles; lasst einmal, wir bekommen das schon irgendwie hin. Wir müssen sie beteiligen. Deshalb ist in diesem Antrag auch gemeinsam eingebracht worden, dass wir die Bürgerinitiative angemessen beteiligen wollen, weil wir die Befürchtungen der Menschen ernst nehmen.

Kommen wir noch einmal zu den Kosten, die Herr Matthiessen ebenfalls angesprochen hat. Für uns ist es selbstverständlich, dass wir einen Teil, dass wir das, was wir leisten können, übernehmen. Allerdings ist es bei der Größe und der Dauer des Clusters auch wichtig, dass der **Bund** mit in die Verantwortung genommen wird.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen der dritte Spiegelstrich, in dem wir gesagt haben: Die Bundesregierung muss einfach mit ins Boot genommen werden, weil es hierbei um Leukämie geht und nicht nur darum, ob ein Atomkraftwerk oder andere Ursachen dafür verantwortlich sind.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, die Zeit!

Olaf Schulze [SPD]:

Ja. - Hierbei geht es darum, dass wir die Leukämie in Gänze und nach den neuesten Erkenntnissen aufklären. Wir haben sehr viel geforscht. Das ist richtig, und das ist gut so. Allerdings müssen wir nun weitermachen. Unser Antrag soll bewirken, dass wir vorangehen und nicht immer warten, bis vielleicht andere den ersten Schritt machen.

(Olaf Schulze)

(Beifall bei SPD, SSW und der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Für einen weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich meinem Kollegen Ralf Stegner dafür danken, dass er so klare Worte zur **Atomkraft** gefunden hat. Ich finde das wichtig, weil in dieser Regierung, die ja von der SPD mitgetragen wird, in letzter Zeit gerade von dem verantwortlichen Minister ganz andere Töne zu hören waren. Deswegen finde ich es sehr beruhigend, dass hier so klar geredet wird.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Es gibt wohl keinen Zweifel daran, welche Position wir haben. Aber ich möchte noch einmal betonen, dass es die Tatsache, dass man eine Generation lang Strom produzieren kann nicht rechtfertigt, Strahlen aufzuhäufen, die anschließend zigtausend Jahre lang die Menschen belasten.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist ein solcher Unsinn, dass ich alle bitte, die noch weiter solche Dinge vertreten, über diese Frage noch einmal ernsthaft nachzudenken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennoch kommt es uns darauf an, dass wir die bedrückenden **Leukämiefälle** in der **Elbmarsch**, mit denen wir es seit Jahren immer wieder zu tun haben und zu denen schon eine ganze Reihe von Gutachten gemacht worden ist - das ist ja das Problem, vor dem wir stehen -, völlig unabhängig von deren Ursache untersuchen und klären. Das ist wichtig. Denn wir haben bei der letzten großen Untersuchung, bei der **Fallstudie**, auch den **Raum Pinneberg** untersucht, wo wir auch ein Cluster hatten. Im Kreis Pinneberg stellte sich heraus, dass die Verantwortung bei den Baumschulen lag, woraufhin auch Maßnahmen getroffen worden sind, um dem zu begegnen. In der **Elbmarsch** gibt es unterschiedliche Hypothesen. Die eine zielt auf das Atomkraftwerk Krümmel, die zweite zielt auf die GKSS, möglicherweise auch auf die ehemaligen Atomanlagen.

Die dritte zielt auf das Elbufer und auf die Vergiftung des Elbufers durch Chemieabfälle, die über Jahrzehnte aufgelaufen sind. Es ist klar: Wenn wir untersuchen, müssen alle Hypothesen untersucht werden, um endlich zu einer Klärung zu kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ein Letztes! Ich fände es ausgesprochen bedauerlich, könnten wir uns nicht einigen. Das wäre beschämend. Der Niedersächsische Landtag hat es über alle Parteigrenzen hinweg geschafft, in dieser wichtigen Fragen zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen. Ich denke, das muss auch hier möglich sein.

Wenn sich die Koalition nicht einig ist, dann muss das von der SPD nicht schöngeredet werden. Ich habe den Beitrag von Olaf Schulze in dieser Frage nicht verstanden. Der Antrag der Regierungsfractionen ist, so wie er vorliegt, unklar. Wir haben sehr ernsthaft überlegt, ob wir ihn übernehmen können; aber er ist einfach unklar.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wenn Sie dazu stehen, dass Sie im Grunde das, was in Niedersachsen vorgeschlagen worden ist, ebenfalls wollen - das ist ja hier von beiden Koalitionfraktionen gesagt worden -, dann sollten wir im Ausschuss darüber reden und zu einer gemeinsamen Formulierung kommen. Ich appelliere dringend, der Ausschussüberweisung zuzustimmen, damit wir einen gemeinsamen Antrag und ein klares Signal aus Schleswig-Holstein bekommen. Nicht dass wir uns an dieser Frage noch auseinanderdividieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Kollegen Hentschel ausdrücklich dafür dankbar, dass wir die Ursachenforschung hinsichtlich der Leukämiefälle ergebnisoffen betreiben wollen. Es gibt mit Sicherheit eine Reihe von guten Gründen gegen die Nutzung der Kernenergie. Diese kann man an anderer Stelle debattieren. Meine Lan-

(Wolfgang Kubicki)

despartei ist, wie Sie wissen, überwiegend atomkritisch.

Aber ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich mir vorgenommen hatte, bei der Jungfernrede des neuen SPD-Fraktionsvorsitzenden zu applaudieren. Herr Stegner, Sie haben es leider unmöglich gemacht, weil mir die Art und Weise Ihres Debattenbeitrags wirklich Anlass zur Sorge gibt.

Sie haben erklärt, Sie wollten, da die Leukämiefälle auch ein Gesicht hätten, eine emotionale Rede halten. Sie haben allerdings keine emotionale Rede gehalten, sondern Emotionen geschürt. Ihre Rede selbst war relativ emotionslos.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten
Susanne Herold [CDU])

Sie haben etwas getan, worüber ich Sie wirklich bitte, noch einmal nachzudenken. Sie haben darauf hingewiesen, Sie hätten bereits vor 15 Jahren erklärt, Sie würden mit Ihren Kindern nicht in die Nähe von Atomkraftwerken ziehen. Damit haben Sie insinuiert, jene Eltern, die dort wohnen und Kinder bekommen, würden fahrlässig handeln, wenn sie nicht wegziehen. Sie haben insinuiert, dass **statistische Signifikanz** und **Kausalität** gleichbedeutend seien. Sie wissen, dass das Unsinn ist, auch wenn Sie Laie sind. Ich habe einen Beleg dafür:

Als wir auf meinen Antrag hin im Innen- und Rechtsausschuss über die Opfer der Ostsee-Havarie und eine statistische Signifikanz von Krebserkrankungen diskutiert haben und ich darum gebeten habe, dass wir den Betroffenen helfen, ist aus dem Innenministerium erklärt worden, es bestehe gar keine Kausalität, und wenn keine Kausalität bestehe, dürfe auch keine Entschädigungsleistung gezahlt werden. - Der Kollege Puls kann sich daran erinnern.

Ich sage das nur, weil es für mich Heuchelei ist, wenn man auf der einen Seite, weil es einem passt, den Zusammenhang zwischen statistischen Signifikanzen und Kausalitäten insinuiert und auf der anderen Seite sagt: Daran halten wir uns nicht.

Herr Stegner, wenn ich Sie mit Ihrer Erklärung ernst nehmen sollte, dann müssten Sie Ihre Parteifreundin Frau Trauernicht jetzt auffordern, den Stecker aus den Kernkraftwerken zu ziehen und sie nicht wieder anfahren zu lassen.

(Zuruf)

- Ja, selbstverständlich. Wenn wir davon ausgehen, dass sie kausal verantwortlich für Todesfälle sind,

dann dürfen sie nicht weiterbetrieben werden, und zwar keinen einzigen Tag.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der
CDU)

Die Tatsache, dass Sie das nicht mit der Vehemenz fordern, mit der Sie sonst auftreten, macht Ihre Rede für mich nicht inhaltsleer, aber sehr unglaubhaft und sie als Person auch unglaubwürdig. Das wollte ich Ihnen nur sagen.

Zu allen anderen: Wir haben bei der Frage der Kernenergie eine von den Grünen durchaus unterschiedliche Position. Aber dass wir die Menschen ernst nehmen müssen und ihnen nicht vorschnell eine Lösung anbieten dürfen, von der wir nicht einmal wissen, ob sie stimmt, versteht sich für mich von selbst.

Lieber Herr Kollege Schulze, die Erklärung: „Wir wissen nicht, was es ist, aber wir gehen mit einem Eimerchen herum und nehmen ein paar Bodenproben; wir wissen nicht, wohin wir gehen müssen, aber lassen Sie uns einmal losmarschieren“, ist wirklich nicht nur unpolitisch, sondern unwissenschaftlich und eigentlich des Ansatzes eines Hohen Hauses unwürdig.

(Beifall bei der FDP)

Dass wir es bei komplett unterschiedlichen Auffassungen nicht schaffen, uns wie die Niedersachsen auf die gleiche Linie zu begeben, ist ein Trauerspiel. Ich bitte die beiden großen Koalitionsfraktionen herzlich, darüber noch einmal nachzudenken.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte mich zunächst zu Wort gemeldet, um etwas zu dem Beitrag des Kollegen Lars Harms zu sagen. Ich glaube in der Tat, dass es uns darum geht, mit den ungeklärten Leukämiefällen umzugehen und da alles zu tun, was wir tun können. Übrigens werden die **Bodenproben** von der Bürgerinitiative gefordert. Wir sollten das nicht in zwei verschiedenen Anträgen tun.

Wir haben uns mit der Union darauf verständigt, dass wir dem Anliegen des SSW folgen und der

(Dr. Ralf Stegner)

Ausschussüberweisung beider Anträge zustimmen wollen, um noch einmal beraten zu können. Ich glaube, dass das ein vernünftiger Weg ist.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber ich will gern auch noch einmal etwas zu den Bemerkungen des Herrn Oppositionsführers sagen. Wissen Sie, die Methode, Behauptungen, die gar nicht aufgestellt worden sind, mit dem Pathos der Empörung zurückzuweisen, mag advokatorisch üblich sein, ist aber dieses Hohen Hauses eher unwürdig. Ich habe nämlich bewusst gesagt - das können Sie nachlesen, sehr geehrter Herr Kollege Kubicki, schauen Sie hinein, es steht in meinem Manuskript, das habe ich vorgetragen -, ich stelle keine Behauptungen auf.

Ich glaube allerdings, dass es berechtigt ist, über Zweifel zu reden. Ich kann die Eltern nicht damit abspeisen, dass ich sage, wir wissen noch nicht, was zu tun ist, und dann wird das schlichtweg abgeleugnet oder gar das Gegenteil behauptet. Genau dieses geschieht in der Debatte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer hat das getan? - Weitere Zurufe)

Ich finde, das ist nicht in Ordnung, sehr geehrter Herr Kollege Kubicki. Aus Zweifeln Behauptungen zu machen, mag bei Ihnen üblich sein, bei mir ist das nicht üblich. Ich weiß sehr wohl zu trennen zwischen dem, was ich sage, und dem, was ich meine. Unterstellen Sie mir bitte keine Dinge, die ich nicht gesagt habe. Das ist nicht in Ordnung.

(Günther Hildebrand [FDP]: Das ist das Spiel der SPD!)

Im Übrigen finde ich es ein wenig fragwürdig, dass Sie sich regelmäßig als Zensor des Hohen Hauses aufführen. Das steht Ihnen schlecht, dazu fehlt Ihnen auch ein bisschen die Qualifikation,

(Zuruf: Die Sie offensichtlich haben! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist unglaublich!)

auch wenn Sie schon relativ lange in der Opposition sind.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Ursula Sassen.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer richtig zugehört hat, dürfte vernommen haben, dass ich und die CDU sehr wohl die **Vorgehensweise des Niedersächsischen Landtages** und den Antrag für richtig halten. Wir denken, dass er damit aber auch schon auf den Weg gebracht ist und wir nun gemeinsam einen anderen, weiteren Schritt tun können. Ich möchte nicht, dass diese Debatte heute dazu führt, dass dieses Parlament auseinandergeht, sich in dieser Sache nicht irgendwie einigt und wir das Gefühl erwecken, mit mehreren Zungen zu reden.

Deswegen kann auch ich damit leben, dass wir jetzt sagen, dass wir beide Anträge im Ausschuss diskutieren. Das halte ich nach der hier geführten Debatte auch für richtig. Ich muss ganz ehrlich sagen: Herr Dr. Stegner, ich weiß nicht, ob es wirklich eine so gute Idee war, dass Sie dazu geredet haben,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Doch, ganz toll! - Beifall des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

weil das Ganze nun doch einen Zungenschlag und eine Schärfe bekommt, die wir so alle nicht wollten. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten sich an den Appell des Kollegen Matthiessen gehalten. Dem ist es sicherlich auch nicht ganz leicht gefallen, diese Sachen ganz sauber zu trennen.

(Beifall bei CDU, FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich glaube, es hat auch keinen Sinn, bei diesem Thema auf die Gefühlstube zu drücken. Wir brauchen sachliche Argumente, denn nur so können wir das Problem in den Griff bekommen. Lösen werden wir es auch jetzt noch nicht. Darum finde ich, dass wir hier weiteren Worten ein Ende machen und im Ausschuss sehen sollten, dass wir dort einen fundierten, sachkundigen und vielleicht auch noch besser formulierten Antrag erstellen, wer weiß! Lassen Sie uns das nutzen.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für die Landesregierung hat nun die Sozial- und Gesundheitsministerin, Frau Dr. Gitta Trauernicht.

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 16 **Kinder** sind seit 1990 in der **Elbmarsch** an **Leukämie** erkrankt, mehr als dreimal so viele, wie es statistisch zu erwarten gewesen wäre. Ich empfinde für jedes einzelne Kind und für jede einzelne Familie tiefes Mitgefühl. Mein Eindruck ist, dass alle in diesem Haus dieses Mitgefühl teilen. Wir sollten nicht außer Acht lassen, dass in ganz Schleswig-Holstein im gleichen Zeitraum, also seit 1990, rund 300 Kinder an Blutkrebs erkrankten. Ihnen und ihren Angehörigen gilt unsere Anteilnahme ebenfalls. Denn die Menschen würden es nicht verstehen, wenn wir ausschließlich über die leukämieerkrankten Kinder in der Elbmarsch reden würden, nicht aber über die vielen anderen Kinder. Denn auch wenn diese 300 Erkrankungsfälle - ich sage es in Anführungsstrichen - „statistisch zu erwarten“ waren, sind die jeweiligen Einzelschicksale dadurch nicht leichter zu ertragen.

Wir empfinden sicherlich alle gemeinsam große Betroffenheit darüber, dass die **Ursachenaufklärung** zu den Leukämiefällen in der Elbmarsch bis jetzt kaum vorangekommen ist. Hier im Parlament haben wir vor gut einem Jahr zu diesem Thema eine sehr qualifizierte Diskussion geführt. Auch die Anträge zeigen aus meiner Ansicht, dass es den parteiübergreifenden Wunsch gibt, vor allem den direkt Betroffenen endlich Antworten zu geben. Was hat sich getan, seit wir zuletzt im Plenum debattierten, und was muss sich in näherer Zukunft tun?

Im April 2007 veranstaltete der Sozialausschuss des **Niedersächsischen Landtages** eine **Expertenanhörung**, an der auch Parlamentarier aus unserem Haus teilnahmen. Da wiesen unter anderem niedersächsische Ärzte auf neue Methoden der Ursachenforschung im medizinischen Bereich hin. Sie empfahlen außerdem, die Ursachenforschung auch außerhalb des Themas Strahlung zu verfolgen und ergebnisoffen zu erörtern. Nach Auffassung dieser Experten ist nicht von einem monokausalen Ansatz, sondern von multikausalen Ursachen für die Leukämieerkrankungen von Kindern auszugehen.

Breiten Raum nahmen in den Expertenanhörungen die Ausführungen des Professors Mironov von der Universität Minsk ein. Mironov führte aus, er habe in Bodenproben Plutonium-, Thorium- und Uran-Isotope gefunden, die nicht aus Tschernobyl oder Atombomben-Fallout und auch nicht aus dem Betrieb eines Leistungsreaktors, wohl aber zum Beispiel aus einem Forschungsreaktor stammen könn-

ten. Woher die Bodenproben stammten, konnte Professor Mironov nicht sagen. Sie waren ihm gesandt worden. Bekanntlich waren die Untersuchungsergebnisse Mironovs bereits in einer ZDF-Sendung präsentiert worden. Dort hatte es geheißen, dass die Proben aus der Elbmarsch stammten.

Schon Jahre zuvor hatte der Diplom-Ingenieur Heinz Werner Gabriel aus Weinheim behauptet, in der Elbmarsch sogenannte PAC-Kügelchen gefunden zu haben, nur - das sage ich hier ganz deutlich - dass sich Gabriels Untersuchungsergebnisse nie anhand der klassischen Gütekriterien verifizieren ließen. Dies sollte sich im Falle Mironov nicht wiederholen. Das Bundesumweltministerium beauftragte auf meine Anregung hin die **Strahlenschutzkommission** mit einer vertieften **Bewertung der Ergebnisse Mironovs**. Diese Bewertung setzt natürlich voraus, dass der Strahlenschutzkommission die schriftlichen Unterlagen über die Untersuchungen Professor Mironovs vorgelegt werden, insbesondere die Original-Messspektren. Nach Kenntnis der Landesregierung sind diese Unterlagen allerdings leider bis heute aus Weißrussland nicht bei der Strahlenschutzkommission eingetroffen.

Wie ich Ihnen bereits in der letzten Debatte mitteilte, habe ich außerdem das Max-Planck-Institut in Mainz gebeten, die **Methodik der bisherigen Untersuchungen** - aller Untersuchungen - zu Bodenproben in der Elbmarsch noch einmal auswerten zu lassen, um Hinweise für methodische Ansätze gegebenenfalls durchzuführender weiterer Untersuchungen zu bekommen. Ich habe das Institut gebeten, die Auswertung einschließlich der Mironov-Untersuchungen vorzunehmen. Auch hier hat das Max-Planck-Institut bedauerlicherweise bis jetzt noch keine Unterlagen von Professor Mironov erhalten.

Für zusätzliches Aufsehen in der Öffentlichkeit sorgte im Dezember letzten Jahres die Veröffentlichung der sogenannten **KiKK-Studie**, die auch wir intensiv studiert haben. Diese war im Dezember 2003 vom Bundesamt für Strahlenschutz in Auftrag gegeben und vom Mainzer Kinderkrebsregister durchgeführt worden. Das ist eine erste Adresse, von der wir auch Aufklärung erwartet haben. Das Risiko für Kinder unter fünf Jahren, an Leukämie zu erkranken, nimmt laut dieser Studie zu, je näher der Wohnort der Kinder an einem Kernkraftwerksstandort liegt. Die Ursache für diesen Zusammenhang ergab sich aus der Untersuchung nicht. Auch diese Studie wird nun im Auftrag des Bundesumweltministeriums von der Strahlenschutzkommission bewertet. Wir haben noch einmal nachgefragt.

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

Das Bundesumweltministerium hat kürzlich mitgeteilt, dass mit Ergebnissen in sechs bis neun Monaten zu rechnen ist.

Sowohl die Mironov-Untersuchungen als auch die KiKK-Studie sorgten in großen Teilen der **Bevölkerung** erneut für **Verunsicherung**, Unruhe und vereinzelt auch Wut. Wut auf die Behörden nämlich, denen Untätigkeit vorgeworfen wurde, obwohl die Wahrheit doch jetzt auf dem Tisch liege - so hieß es vielfach. Es sei doch jetzt bewiesen, dass die Leukämiefälle in der Nähe von Atoanlagen von eben diesen Atoanlagen verursacht seien. Nach der KiKK-Studie gelte dies sogar nicht nur in der Elbmarsch, sondern im Umfeld jedes deutschen Kernkraftwerkes. Viele dieser Reaktionen sind verständlich, zum Teil beruhen sie nämlich auf wenig differenzierten Mediendarstellungen.

Wie aber - und das ist der Anlass der heutigen Debatte - reagieren der Landtag und wie die Landesregierung? Mein Ministerium hat noch nie einen monokausalen Ansatz verfolgt hat, sondern immer schon versucht, auch weitere Wege zu gehen. Das von mir angekündigte und initiierte **wissenschaftliche Fachgespräch** zu epidemiologischen und medizinischen Fragen zur Aufklärung von Leukämieursachen bei Kindern in der Elbmarsch und in der Stadt Geesthacht hat - wie angekündigt - am 26. März 2007 im Sozialministerium unter Leitung von Professor Schrappe stattgefunden. Hier war ein Großteil des deutschen medizinisch-wissenschaftlichen Sachverständigen für **Leukämien im Kindesalter** vertreten. Es war ein sehr ernsthaftes, sehr intensives Gespräch.

Thema des Gesprächs war die Hypothese, dass Leukämie auch virusinduziert sein könnte. Im Anschluss traf ich die Entscheidung, dass sich mein Ministerium an einer Studie des Hamburger Universitätsklinikums Eppendorf zum Thema „Virusinduzierte Leukämogenese im Kindesalter“ beteiligt. Von den Ergebnissen aus den geplanten Untersuchungen erwarte ich - selbst bei fehlendem Nachweis von viralen Nukleinsäuren - einen wichtigen Beitrag in der Diskussion über die Entstehungsmechanismen der Leukämien im Kindesalter, um neben der Strahlentheorie auch andere medizinische **Aspekte der Leukämieentstehung** zu berücksichtigen.

Dass sich bisher ein Zusammenhang zwischen Radioaktivitätsabgaben kerntechnischer Anlagen und Leukämiefällen nicht hat nachweisen lassen, bedeutet allerdings nicht, dass das Gegenteil bewiesen wäre.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Schleswig-Holstein und Niedersachsen sind die beiden Bundesländer, deren Bevölkerungen unmittelbar von den Leukämiefällen in der Elbmarsch betroffen sind. Wir tragen insofern auch eine besondere Verantwortung.

Ich halte es für richtig, ein weiteres Expertengespräch unter Moderation des Bundesamtes für Strahlenschutz durchzuführen, weil noch viele Fragen aus der Anhörung im April 2007 offen geblieben sind. Der Abgeordnete Schulze hat diesbezügliche Irritationen insoweit klargestellt, dass auch wir diese Ergebnisse gern zur Kenntnis nehmen und bei unseren weiteren Untersuchungen und Vorgehensweisen berücksichtigen wollen. Es kann jedoch keinesfalls vorausgesetzt werden, dass die Bewertung der Mironov-Untersuchungen - auch die sind Gegenstand dieser Klärungen - überhaupt etwas dazu beitragen werden, die „Strahlentheorie“ zu erhärten oder zu verwerfen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Richtig!)

Aus diesem Grund begrüßt die Landesregierung den Antrag, in Abstimmung mit Niedersachsen erneut **Bodenproben** zu nehmen und untersuchen zu lassen. An dem Vorhaben soll die **Bürgerinitiative gegen Leukämie in der Elbmarsch** beteiligt werden. Ich werde sie noch im Februar zu einem Gespräch einladen. Einige Mitglieder der Bürgerinitiative haben sich bereits zu Anfang dieses Jahres auf unsere Einladung hin über das Kernreaktor-Fernüberwachungssystem in meinem Ministerium informiert. Ich glaube, sie sind sehr nachdenklich rausgegangen.

Ich setze auf einen Neuanfang, ich setze auf Beteiligung, ich werde im Sozialausschuss über diesen Prozess berichten. Mein Ziel ist klar: eine hohe Übereinstimmung bei der weiteren Vorgehensweise und bei der Untersuchung weiterer Bodenproben.

Auch wenn es bereits zahlreiche Expertensitzungen, Gutachten und auch Bodenuntersuchungen gegeben hat - ich verweise auf den Landtagsbericht von vor einem Jahr -: Wir dürfen in unserem Bemühen nicht nachlassen, der Wahrheit auf den Grund zu gehen!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dass dies in gewissem Umfang zusätzliche Haushaltsmittel, auch Landesmittel, kostet, müssen wir in Kauf nehmen; das sind wir der Bevölkerung schuldig.

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Ministerin. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wenn ich gut zugehört habe, haben alle Fraktionen den Antrag des SSW auf Ausschussüberweisung unterstützt. Dann bitte ich darüber abzustimmen, die Drucksachen 16/1819 (neu) und 16/1830 dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Dem ist einstimmig zugestimmt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Bericht zur Situation des UK S-H

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1820 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit diesem Antrag wird ein mündlicher Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob dieser Bericht erteilt werden soll. Wer das befürwortet, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist einstimmig angenommen.

Dann darf ich Sie, sehr geehrter Herr Minister Austermann, als Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr um den Bericht bitten.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit der Feststellung beginnen, dass wir mit dem **Universitätsklinikum Schleswig-Holstein** eine hervorragende Einrichtung haben, die medizinisch gut aufgestellt ist - von Transplantation über Krebsbekämpfung bis zur Regelversorgung. Sie ist eine Einrichtung, die darüber hinaus aufopferungsvoll von vielen Ärzten und Pflegern sowie Mitarbeitern gut geführt wird.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Es gibt keinen Anlass, Misstrauen in die **medizinische Leistungsfähigkeit** zu haben, weder am Standort Lübeck noch am Standort Kiel. Das Klinikum erfüllt auch hervorragende Voraussetzungen für die medizinische Forschung, letztendlich bestätigt durch die Zusammenarbeit mit den beiden Uni-

versitäten im Bereich des sogenannten Exzellenzclusters.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Ich möchte dies klar feststellen, weil in der Debatte, die zurzeit geführt wird, gelegentlich untergeht, welche hervorragende Leistung wir zurzeit dort haben.

Tatsache ist aber auch, dass wir große **finanzielle, kaufmännische Probleme** am Klinikum haben. Das drückt sich - auf der Basis möglicher Tarifabschlüsse - in der Größenordnung von 45 Millionen € Defizit pro Jahr aus. Darin enthalten sind 17 Millionen € sogenanntes Sowieso-Defizit, das Jahr für Jahr jeweils aufgelaufen ist. Das bedeutet, dass Handlungsbedarf besteht. Ich möchte hier aber auch klarstellen: Das Entscheidende ist nicht in jedem Fall, was die Landesregierung zu dem Sachverhalt beiträgt, sondern das Entscheidende ist, was die verantwortlichen Gremien der rechtlich selbstständigen Einrichtung Universitätsklinikum zu tun haben. Wir haben allenfalls Leitungsfunktionen, eine Garantiefunktion und Ähnliches im Rahmen der Aufsichtsrats Tätigkeit unserer Mitglieder im Aufsichtsrat des Universitätsklinikums zu übernehmen.

Bei den Maßnahmen, die zurzeit erörtert werden, gibt es eine Fülle von Debatten. Die Tarifauseinandersetzungen werden jetzt auf der Straße auch sichtbar - verständlicherweise. Ich kann nur dazu ermuntern, es anders als beim Lokführerstreik zu machen. Die Tarifparteien sollen sich hinter verschlossenen Türen unterhalten und wenn sie sich geeinigt haben, sollen sie sich melden. Es kann aber für uns keinen Grund geben, Wasserstandsmeldungen über die jeweilige Lage der **Tarifverhandlungen** zu geben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Man hat konkrete Verabredungen getroffen. Die Tarifkommission von ver.di und UK S-H geben eine Erklärung ab, die bedeutet, dass sie sich bemühen, den am 31. Dezember 2007 ausgelaufenen Tarifvertrag durch einen neuen zu ersetzen, der spätestens zum 29. Februar 2008 in Kraft treten soll.

Es gibt einen zweiten Punkt, der öffentlich erörtert wird. Das ist die Frage der **Wiederbesetzungssperre**, die vom Vorstand zusammen mit dem Sanierer verhängt worden ist. Eine Wiederbesetzungssperre ist eine durchaus übliche Möglichkeit, wenn man feststellt, dass die Dinge finanziell aus dem Ruder zu laufen drohen, um Handlungen zu demonstrieren.

(Minister Dietrich Austermann)

Die Landesregierung hat im Übrigen für alle Ministerien eine Wiederbesetzungssperre verhängt. Das heißt, ich könnte beispielsweise im Ministerium von außen keine neuen Kräfte einstellen, ohne dass man diese Sperre aufhebt. Das ist die einzige Möglichkeit, die die Klinik bisher hatte, weil andere Möglichkeiten zu reagieren politisch oder durch Beschlüsse ausgeschlossen sind.

Es betrifft 700 bis 1.000 Mitarbeiter, deren Verträge aus Altersgründen oder, weil die Verträge befristet waren, auslaufen. Hinzu tritt die übliche Fluktuation. Das bedeutet jedoch nicht, dass damit die medizinische Versorgung in Gefahr gerät, denn die Regelung enthält ausdrücklich die Festlegung, dass in den Fällen, in denen Probleme bestehen, die medizinische Versorgung zu gewährleisten, die Wiederbesetzungssperre nicht gelten soll.

Das Klinikum ist aufgefordert, Kosten zu sparen. Dazu gibt es einen ganzen Katalog von Vorschlägen. Der von uns beauftragte **Sanierer** hat seit Mitte letzten Jahres eine ganze Reihe von **Maßnahmen** eingeleitet. Markterkundungen werden durchgeführt. Es werden neue Stellen für den Vorstand ausgeschrieben, in dem zurzeit nur noch eine Position besetzt ist. Es sind auch erste Schritte im Personalbereich unternommen worden. Es wird erörtert, inwieweit privates Kapital in einzelnen Fällen helfen kann, nichtmedizinische Leistungen durch privates Engagement zu ergänzen.

All dies ist nach meiner Einschätzung auf einem sehr guten Weg und wird zeitgerecht abgearbeitet. Wie gesagt: Das Ziel ist, dafür zu sorgen, dass das Klinikum auf eine vernünftige wirtschaftliche Basis gestellt wird, vergleichbar anderen Kliniken in Deutschland, die durchaus mit ähnlichen Rahmenbedingungen zu kämpfen haben.

In dem Zusammenhang wird immer wieder erwähnt, dass wir durch die Festsetzung der sogenannten **DRGs** besonders benachteiligt werden. In den DRGs werden die Leistungen, die gewährt werden, von Jahr zu Jahr neu festgelegt. Es ist vor einiger Zeit vereinbart worden, wird aber von Jahr zu Jahr neu bestätigt und neu festgelegt.

Bereits im Jahre 1989 fiel der Haushaltsbeschluss des Parlaments, der besagte: Wegen der schwierigen Rahmenbedingungen und um zu verhindern, dass die Pflegesätze in Schleswig-Holstein zu stark ansteigen, gibt es einen Landeszuschuss, der dem Klinikum die Arbeit finanziell erleichtern soll. Es handelt sich um Zuschüsse für alle möglichen Bereiche, angefangen vom Kindergarten bis zu vielem anderen mehr. Es bestand zugleich die Klarheit,

dass dieser Landeszuschuss wegfällt, wenn die DRG-Sätze entsprechend angehoben würden. Ich stelle das hier nur fest, weil gelegentlich der Eindruck vermittelt wird, an dieser Stelle sei das Problem kurzfristig zu lösen. Das ist es nicht.

Das heißt, es muss darüber nachgedacht werden, an welcher Stelle wir Entscheidungen treffen können, durch die Mittel eingespart werden können. In dem Zusammenhang ist bereits vonseiten des Landesrechnungshofs ein Vorschlag unterbreitet worden, welcher sich in seinem vor einem Jahr gegebenen Bericht mit der Situation des Klinikums auseinandergesetzt und besagt: Man könnte Mittel in Größenordnungen dadurch sparen, dass man die **Verwaltungssitze** zusammenlegt. Dies ist eine Entscheidung, die im Grunde genommen seit 2003 beabsichtigt war, aber nicht durchgeführt worden ist und die wir jetzt durchführen wollen, wobei wir den Vorstand bei der Durchsetzung dieser Entscheidung unterstützen wollen.

Wir haben uns nach Abwägung des Für und Wider für die **Verlagerung des Sitzes nach Lübeck** entschieden. Das hat eine Reihe von Gründen. Ich möchte nur einen aus meiner Sicht wesentlichen anführen, der durchaus nicht nur ein regionalpolitischer ist.

Es gab in den letzten Jahren immer wieder die Diskussion, ob man das Klinikum wieder aufspalten, ob man eine Defusionierung betreiben sollte. Wir sind der Meinung, dass die 2003 getroffene Entscheidung für eine Zusammenführung - wenn sie denn richtig gemacht wird - auch Erfolg haben kann und es deshalb nicht angehen kann, dass wir ständig neu darüber diskutieren, ob man für Lübeck eine Campuslösung mit der Beteiligung privaten Kapitals findet. Dies wäre im Übrigen politisch gar nicht durchsetzbar; Lübeck würde Stiftungsuniversität, und daraus ergäben sich andere Lösungen, andere Implikationen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Wir haben uns zu der Auffassung durchgerungen - das ist ein Vorschlag der FDP, das gebe ich gern zu, aber er ist politisch nicht durchsetzbar, Herr Kubicki, und damit müssen wir uns abfinden -, dass es in dieser Lage vernünftig ist, darüber nachzudenken, wie man zum einen für das Klinikum insgesamt, zum anderen aber auch für die betroffenen Mitarbeiter und schließlich für die Universitäten in Kiel und Lübeck deutlich machen kann: Es gibt jetzt eine klare Entscheidung. Das Klinikum bleibt zusammen und wird als Einheit - auch wirtschaftlich - zum Erfolg geführt. In diesem Zusammen-

(Minister Dietrich Austermann)

hang war es richtig und vernünftig, vorzusehen, dass wir den Verwaltungssitz nach Lübeck verlagern. Diese Entscheidung sollte auch vom ganzen Haus mitgetragen werden.

Natürlich gibt es vor Ort von dem einen oder anderen Kritik. Ich darf einmal sagen: Dieselbe Partei entscheidet in dem einen Ort so, in dem anderen aber anders. Was mich besonders „erbaut“ hat, ist, dass zwei Vertreter der Fraktion der Grünen in Lübeck das eine sagen und Vertreter in Kiel das andere. Das macht deutlich, dass solche Entscheidungen nicht leicht zu treffen sind. Aber wir haben sie jetzt getroffen und ich denke, dass diese Entscheidung auch richtig und für das gesamte Klinikum zukunftsweisend ist. Es unterstreicht die Bedeutung Lübecks und vernachlässigt nicht die Bedeutung Kiels.

Ich möchte in dem Zusammenhang vor Folgendem warnen: Aus Lübeck werden immer wieder Stimmen erhoben, nun sei hier alles klar, Lübeck sei für Medizinstudenten, die Universität Kiel für Geisteswissenschaften da. Nein, es ist so, dass Kiel ein extrem starker Medizinstandort im Forschungsbereich und im Klinikbereich ist und bleibt und es den intendierten Antagonismus nicht mehr geben soll.

Unsere Entscheidung im Hinblick auf den Verwaltungssitz soll endlich die überflüssige Debatte „Kiel oder Lübeck“ beenden und dafür sorgen, dass sich beide zum Wohl des gesamten Landes Schleswig-Holstein, des Krankenhausstandorts und des Wissenschaftsstandorts Schleswig-Holsteins zusammenraufen. Das streben wir damit an.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Ich möchte deutlich machen, dass wir an der einen oder anderen Stelle vor schwierigen Entscheidungen stehen. Der Vorstand hat vor einem Jahr, als es um die Frage ging, welche Lösung optimal wäre - private Beteiligung, privates Kapital ja oder nein -, gesagt, es müsste einen Beitrag der Mitarbeiter in der Größenordnung von 5 % geben. Wir haben 11.000 Mitarbeiter. Nun kann man sich unterschiedliche Lösungen vorstellen. Die eine wäre, man reduzierte Personal, die andere, das verbleibende Personal reduzierte die Kosten. Ich weiß, dass das schwierig ist.

Der Stress, der mit der **Krankenbetreuung** verbunden ist, veranlasst die pflegerischen Kräfte mit Recht dazu - nachdem die Ärzte im letzten Jahr einen kräftigen Schluck aus der Pulle genommen haben -, nun deutlich zu machen, dass sie vergleichbare Ansprüche haben. Ich sage nur, dass wir die gemeinsame Aufgabe zu erfüllen haben, dafür

zu sorgen, dass das Klinikum insgesamt auch unter schwierigen Rahmenbedingungen handlungsfähig ist. Das bedeutet auch, dass wir uns darum bemühen müssen, die Vereinbarungen zwischen dem Klinikum und den Tarifparteien nach Möglichkeit fortzuführen, den Beschäftigungspakt von vor drei Jahren fortzuführen. Das ist unsere Intention.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Minister, ich muss Sie kurz unterbrechen. Ich glaube, hier klingelt ein Handy. Das ist absolut unüblich in diesem Haus. Ich bitte, es abzustellen.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Ich denke, dass ich verdeutlicht habe, dass es ohne ein gewisses Maß der Verständigung auch mit den Mitarbeitern über die Frage, inwieweit wir alle gemeinsam eine Kraftanstrengung unternehmen, das Klinikum voranzubringen, nicht geht. Ich will damit Tarifvertragsverhandlungen, die zwischen den Parteien, also zwischen der Tarifkommission und dem Klinikum, geführt werden, nicht vorgreifen. Ich will mich dort nicht einmischen und wäre auch dankbar, wenn man insoweit den Vorstand des Klinikums seine Arbeit tun ließe.

Lassen Sie mich einen letzten Hinweis geben, da ich versucht habe, eine Gesamtsicht zu geben und nicht nur über das Thema Verwaltungssitz zu sprechen: Inzwischen ist die **Stelle des Kaufmännischen Direktors** ausgeschrieben worden. Sie soll in den nächsten Tagen neu besetzt werden. Es wird möglicherweise weitere Ausschreibungen geben.

Wir streben an, die Probleme, die im Zusammenhang mit dem Klinikum bestehen, die die schwierige Situation des Klinikums beschreiben, bis zum Sommer dieses Jahres zu beseitigen. Ich hoffe, dass wir gemeinsam im Juni/Juli dieses Jahres sagen können: Das, was an Problemen über viele Jahre aus unterschiedlichsten Gründen aufgewachsen ist, haben wir so im Griff, dass wir nicht nur medizinisch, sondern auch personell in eine gute Zukunft des Klinikums gehen können.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Minister für den Bericht, der 12,5 Minuten in Anspruch genommen hat. Entsprechend gestalten sich die Redezeiten der Fraktionen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, begrüße ich Schülerinnen und Schüler sowie die sie begleiten-

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

den Lehrer von der Realschule Bad Bramstedt auf der Besuchertribüne. - Seien Sie uns sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält Frau Abgeordnete Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Austermann, Sie haben Ihre Redezeit überzogen, aber auf wesentliche Fragen haben Sie nicht geantwortet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Begründung unseres Berichtsantrages habe ich nur eine Auswahl dieser Fragen aufgelistet. Sie haben sie mit großer Kunst umrundet, ohne tatsächlich etwas zu sagen.

Das **Uni-Klinikum** ist einer der größten Betriebe im Land. Was Sie positiv über die Leistungen gesagt haben, können wir alle in diesem Haus unterstreichen. Es ist auch ein zentraler Faktor für den Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein und für den internationalen Ruf der Medizinischen Fakultäten.

Insofern ist es von höchster Wichtigkeit, dass die Landesregierung hier mit einer Stimme spricht und dass sie alles tut, um die öffentliche Unruhe, die um das Klinikum entstanden ist, durch gemeinsames, konstruktives, Vertrauen bildendes Vorgehen in eine friedliche und gute Arbeitsatmosphäre aufzulösen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gegenteil ist aber leider der Fall.

Schon im Dezember, als wir das Thema, wie es mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weitergeht, zum ersten Mal mit großer Dringlichkeit auf die Tagesordnung gesetzt haben, war ein solcher Aufruhr, weil seitens der Klinikleitung nach dem Auslaufen des Beschäftigungspaktes als einzige Antwort auf anstehende Tarifverhandlungen die Forderung nach bis zu 30 % Lohnsenkung in die Öffentlichkeit kommuniziert wurde. Dem sind Sie nicht entgegengetreten, Herr Minister. Das finde ich unglaublich.

In der Dezember-Tagung des Landtages haben Sie angekündigt, dass im Januar wichtige Entscheidungen fallen. Die einzig wichtige Entscheidung, die jetzt gefallen ist - sie ist durchaus wichtig, aber es

ist nicht die einzig wichtige Entscheidung, die zu treffen ist -, ist die Frage des **Verwaltungssitzes**. Ansonsten tauchen Sie ab, was das gesamte Thema Uni-Klinikum angeht, und die Nachrichten haben seither nicht gestoppt.

Der Standort ist jetzt festgelegt. Das ist sicher sinnvoll. Noch unklar ist, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umziehen sollen. Meine Fraktion findet nicht, dass man jetzt teure Verwaltungsgebäude bauen muss, sondern dass man eine vernünftige **Kommunikationsstruktur** in diesem Klinikum schaffen muss, dass man auch unterhalb der Vorstandsebene arbeitsfähige Gremien und arbeitsfähige Entscheidungsstrukturen braucht. Genau daran hapert es.

Denn Sie setzen die Axt genau da an, wo das Pfund des Uni-Klinikums liegt: Das sind seine hoch qualifizierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wenn Sie genau an dieser Stelle mit der Axt ansetzen, zerstören Sie das Klinikum von innen heraus. Da nützt auch die Festlegung eines Verwaltungssitzes nichts mehr.

Im Vorgriff auf die gesetzliche Änderung haben Sie die Ausschreibung der kaufmännischen **Vorstandsposition** in einem zweiköpfigen Vorstand vorgenommen. Sie haben gerade bestätigt, dass Sie die Stelle auch so besetzen wollen. Nun kann man sagen, das sei eine Lappalie, wie das der Kollege Weber in der Dezember-Tagung gemacht hat. Aber es ist ein fatales Signal.

Denn gleichzeitig wurde durch Satzungsänderung im Aufsichtsrat im Dezember allen **Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren** das Leitungsrecht entzogen. Ein ungeheuerlicher Vorgang! Diese Menschen sind für 250 bis 400 Beschäftigte in Führungsverantwortung. Nun sind sie - wie vor der Klinikfusion - wieder der Ärzteschaft unterstellt. Das ist ein Schlag ins Gesicht für modernes Management. Die Klinikhierarchie des letzten und vorletzten Jahrhunderts mit den Ärzten als Halbgöttern in Weiß ist wieder eingeführt worden. Das ist ein wirklich fatales Signal für die hoch qualifizierten Leute, die im Pflegemanagement tätig sind, für die Pflege insgesamt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist auch ein fatales Signal für die gesamte Aus- und Fortbildungsstruktur, die neu geordnet wurde und die damit auch wieder in der Luft hängt.

Herr Austermann, ich kann überhaupt nicht verstehen, dass Sie das völlig ignorieren und auch nicht

(Angelika Birk)

darauf eingehen, was jetzt aus dem Markterkundungsverfahren der KPMG wird. Für wesentliche Bereiche - das war in der Öffentlichkeit zu entnehmen; Sie haben hier im Dezember geäußert, dass es so etwas gibt - ist ein **Markterkundungsverfahren** erfolgt, ohne Qualitätsstandards. Im Gegenteil, was in der Öffentlichkeit bisher an Dokumenten vorliegt, zeigt, dass das Markterkundungsverfahren eigentlich nur darauf abzielt, wer es am billigsten macht,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

ohne dass irgendwie festgestellt wurde, was eigentlich genau gemacht werden soll. Dabei wurden nicht nur die Servicebereiche wie Reinigung oder Küche umfasst, sondern es ging bis in die Labore, in die Physiotherapie, in die Pflege hinein. So kann man ein UK S-H nicht führen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

In dem Zusammenhang ist davon die Rede, dass 700 bis 1.000 **Arbeitsplätze** weggespart werden sollen. Wir wissen, dass man sehr genau hingucken muss, welche Funktionen am UK S-H notwendig sind. Wir sind nicht generell gegen Ausgründungen in neue Rechtsformen. Wogegen wir aber sind, ist, dass diese Ausgründungen ausschließlich dazu benutzt werden, Menschen, die sowieso an der unteren Skala der Lohnhierarchie stehen, in eine Lage zu versetzen, dass sie unter Mindestlohn arbeiten müssen

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

und dass wir sie demnächst bei öffentlichen Institutionen in Kiel und Lübeck finden, weil sie ihre Wohnung nicht mehr bezahlen können, Wohngeld oder Unterkunftshilfe beantragen müssen. Das ist doch die Realität, vor der viele Menschen Angst haben.

Auf der anderen Seite der Hierarchie gibt es die hoch qualifizierten **Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler**, die zum großen Teil wie auch im Management auf allen Hierarchieebenen und in allen Arbeitsbereichen inzwischen befristete Verträge haben. Das ist inzwischen der übliche Standard, auch an anderen Kliniken.

Herr Austermann, wenn Sie nun sagen, eine **Wiederbesetzungssperre** werde in den Fällen, in denen die Gesundheitsversorgung in Gefahr ist, natürlich ausgesetzt, dann hat der neue Kaufmännische Leiter als Erstes so einen Stapel von Papieren zu sichten,

weil natürlich fast jede Stelle unter der Maßgabe, dass sie sehr viele befristete Stellen haben, unter dieses Verdikt fällt. Das ist eine hilflose Strategie, eine Strategie, die mehr Arbeit an der Verwaltungsspitze verursacht, als dass sie Arbeit vermeidet und Verwaltungsvorgänge strafft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es ist das hilfloseste Instrument, das man immer hat, wenn man nichts anderes im Kopf hat als plumpe Sparmaßnahmen ohne Ziel, ohne Strategie.

Sie haben auf diese Weise die Chefärzte der Kliniken, die Ihnen bisher noch relativ ruhig gefolgt sind, weil sie Ihnen für Ihr Engagement in der Exzellenzinitiative dankbar sind, ebenfalls gegen sich aufgebracht, einmal wegen der Wiederbesetzungssperre, aber auch wegen der vielen ungelösten Fragen, die sich mit dem Medizinausschuss stellen.

Der **Medizinausschuss** - wir haben dieses Gremium immer abgelehnt - hat sich bisher als völlig handlungsunfähig erwiesen. Man sagt, Sie hätten die Gelder bisher weiterhin verteilt, weil sonst überhaupt keine Verteilung möglich gewesen wäre. Wer da im Einzelnen Schuld hat, ob nun die Lübecker oder die Kieler die Stüreren sind, will ich gar nicht entscheiden.

Sie hätten bei den Stellen einschreiten müssen, die wir uns im wissenschaftlichen und Chefbereich ansehen, wer was macht, wie man Doppelstrukturen vermeiden kann, wie man vermeiden kann, dass ein Wettlauf entsteht, wer in der Orthopädie, in der Chirurgie oder auf welchem Gebiet auch immer die Nase vorn hat, Gelder beantragt, neue Stellen schafft und das Land auf diese Weise in die schwierige Lage führt, dem ruinösen Wettbewerb immer wieder mit Kostennachschiebungen hinterherlaufen zu müssen. Diesen Prozess wollten wir stoppen. Dazu sollte der Medizinausschuss dienen.

Nun ist das aber nicht passiert. Nach wie vor sind Stellen besetzt worden und das kostet das Land sehr viel Geld. Wir - das hat Rot-Grün getan, das haben Sie fortgeführt - haben gleichzeitig den **Landeszuschuss** an das **Uni-Klinikum** drastisch gesenkt. Die Krankenkassen sagen zu Recht, das UK S-H ist vor allem deswegen in Probleme gekommen, weil der Landeszuschuss gesenkt wurde. Ja, wir haben ihn gesenkt unter der Maßgabe, dass die entsprechenden Steuerungsentscheidungen im Hinblick auf Abteilungen, Institute im Klinikum und in der Universität getroffen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Angelika Birk)

Wenn die notwendigen Entscheidungen nicht getroffen werden, Stellen im obersten Chefbereich munter weiter besetzt sind mit allem, was an Assistentenstellen und so weiter dazugehört, und gleichzeitig der Zuschuss ans Klinikum reduziert wird, entsteht natürlich zusätzlich zu dem DRG-Problem, das wir haben, das im ganzen Haus hier anerkannt wird und weswegen wir Ministerin Trauernicht in ihren Bemühungen auf Bundesebene unterstützen, ein Problem, das - und das ist besonders zynisch - diejenigen ausbaden müssen, die am untersten Ende der Lohnhierarchie stehen. So kann es nicht gehen. Da ist Ihre Führungsverantwortung gefragt, Herr Minister Austermann.

Wie unglücklich Sie allein den **Kommunikationsprozess** in der Frage des Verwaltungsstandortes im Vorfeld geführt haben! Zum einen durch Abtauchen, zum anderen offensichtlich dadurch, dass Sie sich mit Ihrem Staatssekretär nicht richtig abgestimmt haben. Es sind jedenfalls aus Ihrem Haus verschiedene Hoffnungssignale an beide Städte gesandt worden. Wenn Sie das schon nicht schaffen, wie wollen Sie dann erst die sehr viel größere strukturelle Aufgabe lösen, sowohl was die Finanzierung seitens der Landesregierung als auch was die Frage der DRGs als auch vor allem was die Frage angeht, wer an welchem Standort zu welchen wissenschaftlichen Fragen arbeitet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieses Problem müssen Sie lösen. Davor können Sie sich nicht länger drücken. Hierfür brauchen Sie gute Signale, hierfür brauchen Sie vor allem eine Abstimmung mit Herrn Schleifer.

Damit komme ich zum letzten Minuspunkt. Die Atmosphäre, die eingetreten ist, seit der Sanierer da ist, geht weit über das hinaus, was ein Sanierer immer an Ängsten und Befürchtungen auslöst. Es wird von einem feudalen Auftreten berichtet, es wird darüber berichtet, dass Mitarbeiter in hohen Stellungen ohne jegliche Ausschreibung durch Herrn Schleifer in das Unternehmen geschleust wurden und dort schon, bevor Sie ihn offiziell in seine Funktion, die er jetzt inne hat, installiert haben, Entscheidungen mit Personalrelevanz, mit Finanzrelevanz getroffen haben, dass die Personalräte in keiner Weise mehr so beteiligt werden, wie es das Mitbestimmungsgesetz vorsieht, und dass auch die beiden verwaisten Dienstwagen - das ist nur ein kleines Signal, das aber viel aussagt - der nicht mehr anwesenden Vorstandsmitglieder nun auf den unteren Hierarchieebenen von den neuen leitenden

Herren für die vielen Fahrten, die notwendig sind, gebraucht werden.

Es ist nur ein kleines Signal. Es geht nicht darum, dass ich Leuten sagen möchte, dass sie mit der Straßenbahn oder dem Zug fahren sollen, wenn sie wichtige Aufgaben zu erledigen haben. Der Punkt ist vielmehr: Dies macht deutlich, dass hier ein neuer Stil eingeleitet ist. Offensichtlich sind schlechend, und zwar ohne dass rechtliche Verfahren eingehalten wurden, neue Herren aus dem Umfeld der Damnklinik in das UK S-H eingeführt worden. Dies löst große Befürchtungen dahin gehend aus, wie Sie es mit der Frage der **Privatisierung** halten. Hierzu haben Sie auffällig geschwiegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Angelika Birk. - Für die CDU im Landtag hat nun der Herr Abgeordnete Niclas Herbst das Wort.

Niclas Herbst [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eben gehört, dass der Minister die insgesamt 20 Fragen, die Sie gestellt haben, nicht in Gänze beantwortet habe. Ich frage mich in diesem Zusammenhang, was Sie für ein Parlamentsverständnis haben. Hier werden 20 Fragen gestellt, der Minister bekommt zehn Minuten, und dann müssen die anderen Kollegen darauf antworten. Ich finde, wir als Parlament sollten uns für ein solches Verfahren zu schade sein. Im Übrigen muss ich feststellen, dass Sie auf keine einzige der von Ihnen gestellten Fragen eine Antwort gegeben haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das sollte ja der Minister tun! - Weitere Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Also, ich finde schon, dass man auch auf die eigenen Fragen Antworten haben muss. Sie wissen immer, was nicht geht. Sie wissen immer, was alles falsch ist. Aber Ihre eigene Konzeption beschränkt sich im Wesentlichen darauf, dass Sie in jeder Landtagstagung einen Berichtsantrag stellen. Ich finde, das ist auch für eine Oppositionspartei zu wenig.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Armutszugnis!)

(Niclas Herbst)

Man sollte auch auf eigene Fragen eine Antwort geben können. Schließlich sind es politische und konzeptionelle Fragen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie waren bei den Gesprächen mit den Direktoren auch dabei!)

Es ist ja nicht so, dass ich daraus resultierend einen großen Erkenntnisgewinn erwarten würde, aber manchmal verändert es die eigene Position, wenn man sich vorstellt, dass man selber Verantwortung trägt.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der erste Schritt, den wir machen können, um mehr Ruhe - das haben Sie ja gefordert - ins Universitätsklinikum zu bringen, ist, dass wir einfach einmal einander zuhören und die Argumente austauschen. Sie haben mich aber die ersten zwei Minuten unentwegt unterbrochen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fang mal an! Wir sind jetzt ruhig!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Hentschel, es wäre nett, wenn Sie es täten.

Niclas Herbst [CDU]:

Herr Hentschel, Sie haben nicht das Problem, dass Sie so weit hinten sitzen. Sonst würde ich bei Ihnen auch so rumschreien.

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass wir das gleiche Ziel haben.

(Jürgen Weber [SPD]: Jeder kommt mal nach vorn!)

Sie tun so, als wären Sie der Sprecher der Beschäftigten. Ich selber komme aus dem Umfeld eines **Standortes** und habe Bekannte dort. Ich höre allerdings Folgendes: Wir wollen **verlässliche Strukturen**. Wir wollen Ruhe. Wir wollen zuversichtlich in die Zukunft schauen. - Dazu können wir beitragen.

Nun möchte ich auf Ihren Antrag eingehen und auf die problematische Wortwahl, die Sie gewählt haben, hinweisen. Jeder einzelne Abgeordnete trägt auch mit seiner eigenen Wortwahl Verantwortung. So komme ich zum Stichwort **Verantwortung**. Wir sollten uns überlegen, wo denn in der Vergangenheit problematische Entscheidungen gefällt wurden

und wer für diese verantwortlich ist. Ich meine beispielsweise den Aspekt, dass wir bisher zwei Verwaltungssitze hatten.

Ich möchte nun nicht sagen, dass eine andere Regierung alles besser gemacht hätte - ich kann es nicht beweisen und deshalb will ich es auch nicht behaupten -, aber Sie sollten sich einmal in Erinnerung rufen, wie es aussah, als Sie noch Verantwortung trugen. Ich greife die sinkenden Landeszuschüsse auf. In welcher Regierungsverantwortung hat das überhaupt angefangen?

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie doch gesagt: unter Rot-Grün!)

Das, was Sie hier als Antrag vorlegen, ist im Wesentlichen so etwas wie eine Mittlere Anfrage - zu groß für eine Kleine, zu klein für eine Große. Ich bin gern bereit, darüber im Ausschuss zu diskutieren, möchte nun aber in der verbleibenden Zeit auf einige Punkte eingehen.

Sie benutzen in Ihrer Begründung das Wort „Auf-ruhr“. Nun, es ist sicherlich so, dass es Unruhe und Ängste gibt; das will niemand bestreiten. Allerdings gibt niemand hier im Haus den Beschäftigten des UK S-H Schuld an der problematischen finanziellen Situation; das betone ich. Insofern sollten Sie auch nicht so tun, als täten dies andere Parteien. Niemand gibt Ihnen die Schuld, aber das Defizit ist da und es steigt. Nun sind wir in der Verantwortung, etwas dagegen zu tun. Dies gilt gerade im Sinn der Patienten, um auch für die Zukunft eine vernünftige Maximalversorgung sicherzustellen, um den Beschäftigten eine Zukunft zu geben und nicht zuletzt auch, um die Steuerzahler zu entlasten.

Sie schreiben dann - das ist schon genannt worden -, dass es keine positiven Signale aus den **Tarifverhandlungen** gibt. Ich sage: Gott sei Dank! - Tarifverhandlungen sind nämlich etwas - da ist sich der große Teil dieses Hauses einig -, was nicht auf dem großen Markt ausgetragen werden sollte, sondern hinter geschlossenen Türen und die Politik und insbesondere wir als Landtag sollten uns so weit wie möglich daraus heraushalten.

Sie schreiben, dass die **Ausschreibung** der Position gesetzlich anders vorgenommen werden müsse. Das haben wir alles in den beiden letzten Landtags-tagungen und auch im Ausschuss diskutiert. Ich bleibe bei der Position, die wir schon zweimal vertreten haben, dass wir nämlich zunächst einmal das Konzept abwarten wollen - so haben wir es auch in der Koalition verabredet -, um dann zu entscheiden, wie es weitergeht. Es gibt verschiedene Vorschläge;

(Niclas Herbst)

die Kollegen Weber und Klug haben darauf hingewiesen. Unter anderem gibt es den Vorschlag aus der Mitarbeiterschaft, einen Personalvorstand zu installieren. Diesbezüglich sind wir offen. Das können wir gern diskutieren. Wir bleiben allerdings dabei, dass dieses Thema nicht im Rahmen jeder Landtagstagung erneut aufs Tableau gebracht werden muss.

Das **Sanierungskonzept** wird Mitte 2008 vorgelegt. Natürlich kann mal in jeder Sitzung fragen, wie das Konzept aussieht und was bisher erreicht wurde. Dann kann man sich anschließend hinstellen und sagen: Seht her, es gibt noch gar kein Konzept. - Ja, das ist richtig. Denn es wird erst Mitte 2008 vorliegen. Ich denke allerdings, dass es die Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern gebietet, ein vernünftiges Konzept vorzulegen. Das eine oder andere kann als Ad-hoc-Maßnahme geschehen - das ist sicherlich klar -, aber es geht im Großen und Ganzen um längerfristige Strukturveränderungen. Es geht um Arbeitsplätze und um die Arbeitsplatzbeschreibung einzelner Mitarbeiter. Von daher sollte man sich die Zeit nehmen. Dass ein Sanierungskonzept vor Mitte 2008 vorliegt, ist ein ehrgeiziger Zeitplan. Daran sollten wir uns halten und nicht bei jeder Landtagstagung neue Ängste schüren.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen - und damit ist der Komplex „Vorstand“ abgearbeitet -, dass schon 2006 der Landesrechnungshof in seinen rechtlichen Bewertungen des Entwurfes des Hochschulgesetzes gesagt hat, dass jedes Vorstandsmitglied des UK S-H als einzelnes Organ den gesamten Aufgaben des UK S-H verpflichtet ist. Diese Aussage nimmt vielleicht ein bisschen Druck aus der Situation heraus.

Dann schreiben Sie etwas zum Komplex „Markterkundung“. Sie schreiben unter anderem, das sei durch die Medien aufgedeckt worden. Das ist ein ganz normales Verfahren und daher musste auch nichts aufgedeckt werden. Sie stellen beispielsweise die Frage, welche Ergebnisse das **Markterkundungsverfahren** bringt, obwohl es noch gar nicht beendet ist. Dazu kann ich Ihnen sagen, dass ein Markterkundungsverfahren ein ganz normaler Schritt im Rahmen der Erarbeitung eines Konzepts ist. Ich erinnere mich sehr genau an die letzte Sitzung des Bildungsausschusses, als Sie ganz empört gefragt haben, wie es sein kann, dass vor Vorlage eines Konzepts eine Markterkundung durchgeführt wird. Darauf kann ich kurz und knapp antworten: Genau deshalb. - Ich bin zwar kein Wirtschaftswissenschaftler - das muss man auch nicht sein -, aber ich habe einen Computer mit einem Internetan-

schluss. Wenn man dann einmal nachschaut, was eine Markterkundung ist, dann stellt man fest, dass sie geradezu dazu dient, Ergebnisse für die konzeptionelle Ausarbeitung zu liefern. Ich glaube, wer darüber nachdenkt, dem erschließt es sich sofort. Insofern empfinde ich es auch an dieser Stelle als falsch, Kritik zu üben. Es ist gut, dass es diese Markterkundung gibt und wir diese notwendigen Informationen haben, um die nächsten Jahre konzeptionell vorzubereiten.

Was sich wie ein roter Faden durch Ihren Antrag zieht, ist - der Minister hat bereits darauf hingewiesen - die Problematik, dass Sie die Landesregierung trotz der rechtlich unabhängigen Stellung des UK S-H immer direkt in die Verantwortung nehmen. Vielleicht sollten wir einmal in einer Bildungsausschusssitzung die Gesamtzusammenhänge aufarbeiten.

Außerdem stellen Sie einige Fragen sehr suggestiv. Sie stellen beispielsweise die Frage, welche Strategie die Landesregierung mit Stellenstopp und drastischen Einkommensenkungen verfolgt. Sie fragen, als wäre es eine Position der Landesregierung. Sie sollten sich einmal überlegen, ob dies wirklich die richtige Vorgehensweise ist. Ich denke, wir sollten etwas ruhiger und sachlicher miteinander umgehen und auf diese Suggestivfragen verzichten.

Im Übrigen verweise ich darauf, dass die politische Entscheidungsfähigkeit nicht immer an die tatsächliche Situation gekoppelt ist.

Aus zeitlichen Gründen ist es schwierig, all Ihre Fragen zu beantworten. Deswegen werden wir das im Ausschuss vertiefen. Die Beantwortung mancher Suggestivfrage - beispielsweise fragen Sie, ob die durchgesetzten Tarifiergebnisse für die Ärzteschaft durch Einsparungen bei niedrig dotierten Berufsgruppen erreicht wurden - liegt außerhalb der politischen Entscheidungen der Landesregierung. Von daher halte ich es für problematisch, solche Fragen hier hineinzuschreiben. Ich habe Verständnis dafür und finde es auch gut, dass man sich für die Belange der Beschäftigten einsetzt, aber diese Vorgehensweise finde ich fraglich. Ich räume auch ein, dass es Ungerechtigkeiten gibt, beispielsweise Unterschiede zwischen dem medizinischen Bereich und der Pharmaindustrie. Das ist ohne Frage der Fall. Aber so zu tun, als läge das in der Entscheidung der Landesregierung, und es dem Minister zum Vorwurf zu machen, finde ich falsch.

Der Landesrechnungshof hat schon im Jahr 2007 darauf hingewiesen, dass eine sofortige Zusammenlegung bei der Fusionierung der Verwaltungssitze

(Niclas Herbst)

zu einer Einsparung von 31 Millionen € geführt hätte. Ob dies eine realistische Zahl ist, kann ich von dieser Stelle aus nicht beurteilen. Nichtsdestotrotz kann man sagen, dass es gut ist, dass jetzt eine **Entscheidung** für einen einheitlichen und Doppelstrukturen abbauenden **Verwaltungssitz** getroffen wurde. Ob der Sitz nun in Kiel oder in Lübeck ist, ist sicherlich eine Frage, die weniger auf fachpolitische Erwägungen hinausläuft. Vielmehr hat dies immer auch etwas mit der regionalen Einstellung zu tun.

Herrn Hentschel hat Herrn Austermann in diesem Zusammenhang als Chaosminister bezeichnet. Frau Birk, Sie wurden in den „Lübecker Nachrichten“ mit Ihrer Aussage zitiert, dies sei eine Entscheidung der Vernunft, Vernunft und Chaos müssten sich nicht immer zwangsläufig ausschließen. Ich denke, daran sieht man sehr gut, dass Sie - je nachdem, ob Sie aus Kiel oder aus Lübeck kommen - aus regionalpolitischer Sicht ebenfalls vorbelastet sind. Dies gilt für alle Fraktionen, das kann man hier offen sagen.

Es gibt Entscheidungen, die getroffen werden müssen. Es gibt Entscheidungsgrundlagen, die für die eine oder für die andere Richtung sprechen; sei es für das Rechenzentrum in Lübeck oder für die Nähe zur Medizintechnik in Lübeck auf der einen Seite, sei es hier die Nähe zur Landesregierung und zur CAU auf der anderen Seite. Darüber kann man sicherlich streiten. Sicherlich hätte es auch eine Entscheidung für Kiel geben können. Nun hat man sich aber aus - wie ich meine - nachvollziehbaren Gründen für Lübeck entschieden. Wir sollten dies gemeinsam transportieren und die Frage nach dem Medizinausschuss nicht zwangsweise damit verknüpfen.

Ich denke, wir haben das Hochschulgesetz auch deshalb so gestaltet, um den Hochschulen mehr Autonomie zu gewähren. Sie haben durchaus richtig dargestellt, wozu dieser **Medizinausschuss** dienen soll. Dass die Politik nun sozusagen von oben herab über diesen Medizinausschuss als Kompensation diskutiert, finde ich nicht richtig. Dieser sollte aus rein sachlichen und aus forschungspolitischen Erwägungen heraus erwogen werden. Wir werden darauf achten, dass dies auch geschieht.

Sie haben - und da laufen Sie bei uns und sicherlich auch bei der Regierung offene Türen ein - darauf hingewiesen, dass es auch für den Campus Kiel Strukturen geben muss. Diese müssen gewährleisten, dass es auch zukünftig ein Interagieren mit den Kassen und mit den Entscheidungsträgern vor Ort geben wird. Hier sind wir offen. Auch die Ent-

scheidung des Kabinetts lässt dies offen und ermöglicht dies. Darüber sollte man ganz ruhig und offen an den entscheidenden Stellen - das ist allerdings nicht der Landtag - diskutieren.

Zu guter Letzt will ich darauf hinweisen, dass trotz allem am UK S-H gute Leistungen erbracht werden. Dies sollten wir nicht kaputt reden. Wir sollten die Tarifverhandlungen, die für die Zukunft des UK S-H wirklich entscheidend sind, abwarten. Ich bin gern bereit, im Ausschuss über die eine oder andere Frage mit Ihnen zu diskutieren. Mittlerweile sind aber zwölf Minuten um. Ich hätte mir zwei Minuten am Anfang sparen können. Am Ende war es angenehm ruhig und ich konnte einiges zu Protokoll geben. Ich würde mich darüber freuen, wenn das beim nächsten Mal gleich von Anfang an klappen würde.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich nehme das nicht als Kritik am Präsidium an, Herr Herbst, denn dann müssten Sie hier jedes Mal kritisieren, dass es nicht ruhig ist. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Jürgen Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zurzeit behandeln wir das Thema **UK S-H** monatlich hier im Plenum. Das ist unter dem Strich etwas, was man auch gut tun kann, denn es ist schon eine große Aufgabe, die hier zu wuppen ist, nämlich die Zukunft des UK S-H zu gestalten. Deshalb kann man durchaus begrüßen, dass die Grünen einen Berichts Antrag gestellt haben. Seit dem letzten Monat gibt es auch Neuigkeiten, über die man das eine oder das andere Wort verlieren muss.

Bevor ich auf einige aktuelle Punkte zu sprechen komme, möchte ich Folgendes in Erinnerung rufen: Der Minister hat mit einem Halbsatz angedeutet, was für erhebliche Baustellen wir im Bereich des UK S-H haben. Ich will daran erinnern, dass es die politische Verabredung und auch die Beschlusslage gibt, bis zum Sommer ein **Gesamtkonzept** vorzulegen. Daher kann man dies nicht jeden Tag aufs Neue einfordern. Man muss bewerten, was möglich ist und was in diesem Zeitraum erledigt werden kann. Das ist schon eine riesige Aufgabe.

Ich will zehn Punkte benennen, um die Dimension noch einmal deutlich zu machen. All diese Punkte

(Jürgen Weber)

benennen wesentliche Baustellen, die bearbeitet werden müssen, auch wenn über das Thema **Verwaltungssitz** jetzt schon entschieden worden ist. Darüber, ob dies notwendig war, müssen wir jetzt nicht mehr diskutieren. Das ist passiert und wir tragen diesen Beschluss natürlich mit. Dazu werde ich im Detail noch einige Worte sagen.

Nun komme ich dazu, was wir bis zum Sommer noch lösen müssen. Wir erwarten, dass der Vorstand, die Sanierer im Zusammenwirken mit allen Beschäftigten und letztlich auch die Landesregierung über ihre Verantwortung im Aufsichtsrat zu einem gesamten Konzept kommen.

Erstens. Nötig ist ein **Konzept zur Realisierung des Investitionsbedarfs**; ob dies nun mit einem Sonderinvestitionsprogramm oder mit einer Bündelung der bisher bereits bestehenden Investitionsmittel geschieht, ist zwar wesentlich, vor allem aber ist es für den Standort Kiel von zentraler Bedeutung, weil alle wissen, dass hier der Investitionsstau besonders groß ist. Dazu gehört natürlich auch gerade für den Bereich der Investitionen ein Konzept, das deutlich macht, in welchem Umfang die Beteiligung privater Investoren möglich ist.

Zweitens. Nötig ist eine deutliche **Verbesserung der Verwaltungsstruktur**. Unabhängig von der Verwaltungssitzfrage ist es ein erhebliches Erfordernis, dass wir auch unterhalb des Vorstands Strukturen haben, die es möglich machen, die Arbeit des UK S-H auf neue Beine zu stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind gerade bei diesem Punkt. Wir haben eine Entscheidung über den Verwaltungssitz getroffen. Es muss zukünftig natürlich so sein, dass es in Kiel ein Vorstandsbüro gibt, das mit hoher Kompetenz und Zuständigkeit ausgestattet ist. Es muss Ansprechpartner für Krankenkassen und für andere Institute der Universität sein, die im Zusammenhang mit dem Klinikum arbeiten und forschen. Ich glaube, hier gibt es noch viele Dinge zu tun, die in der Praxis umzusetzen sind. Wir erwarten in jedem Fall, dass dies zügig abgearbeitet wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Drittens. Zur **Prozessoptimierung** vor allem im Bereich der **Krankenversorgung**: Das ist ein weites Feld. Vor allem ist dies ein Feld, das erhebliche Ressourcen freischaufeln soll. Das immense ökonomische Potenzial eines fachgerecht gesteuerten Ressorts der Krankenpflege, des Patientenservices und der Personalentwicklung für die Wertschöp-

fung eines Klinikums darf meines Erachtens nicht unterschätzt werden, denn nicht nur Kostenstellen, sondern vor allem auch Erlösbestandteile des Betriebsergebnisses im UK S-H wurden bisher zumindest in diesem Ressort verantwortet. Die Krankenpflege und die Steuerung des Patientenservices mit modernen Methoden des Patienten- und Prozessmanagements machen immerhin - und das ist keine geringe Zahl - 30 % des DRG-abhängigen Erlösanteils aus. Ich glaube, das ist etwas, das dazu führen muss, dass man sich Gedanken darüber macht, auf welcher Ebene man das in der Verantwortung ansiedelt. Wir bleiben dabei, wir sind der Auffassung, dass die Fragen der Personalentwicklung und der Pflege sowie des Patientenservices Bereiche sind, die beim Vorstand angesiedelt bleiben sollen.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Viertens. Zum Stichwort **Erschließung neuer Märkte** im In- und Ausland: Die Zeit reicht nicht aus, um auch dieses Thema weiter auszuführen.

Fünftens. Dieser Punkt ist von erheblicher Bedeutung, auch wenn er nicht im Mittelpunkt des Fragenkatalogs der Grünen steht. Das ist die Frage der **Abstimmung der wissenschaftlich-medizinischen Schwerpunkte** an beiden Standorten, und zwar nicht nur im Hinblick darauf, was im Klinikum passiert, sondern auch im Hinblick darauf, dass dies in der Zuständigkeit der Abgrenzung der Arbeit zwischen den Fakultäten liegt. Hier fällt dem Medizin-ausschuss und seinem neuen wissenschaftlichen Direktor in der Tat eine zentrale Aufgabe zu. Im Gegensatz zur Kollegin Birk bin ich der Auffassung, dass eine Struktur, die eben nicht ministerielle Entscheidungen, sondern autonome Entscheidungen der Hochschulen bedeutet, moderiert und unterstützt durch einen wissenschaftlichen Direktor, das geeignete Mittel ist, um hier zu vernünftigen Lösungen zu kommen.

Das geht natürlich nur, wenn einige Dinge völlig klar sind, und zwar jenseits jeder lokalpatriotischen Brille und jenseits aller Animositäten, die es hier und da geben mag. Die Verteilung von Forschungsmitteln und von Forschungsaufgaben darf einzig und allein nach den Maßstäben von Exzellenz, von Qualität und von Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Bühne sowie im Hinblick auf Interdisziplinarität vergeben werden. Nur dann wird es gelingen, das Niveau der Hochschulmedizin, das wir in Schleswig-Holstein erreicht haben, zu halten. Ich will hinzufügen: Als nicht finanzstarkes Land und als ein Land, das sich trotz seiner Finanzschwäche zwei Medizinische Fakultäten leistet, das die Medi-

(Jürgen Weber)

zinischen Fakultäten nicht gerade überausstättet, haben wir es trotzdem geschafft, durch Kooperation in die erste Liga der Hochschulmedizin in Deutschland aufzusteigen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Das können Sie ablesen an dem Entzündungscluster, an dem die Universitäten Kiel und Lübeck und das Forschungszentrum Borstel beteiligt sind. Sie können das auch daran sehen, dass beispielsweise die Kieler Mediziner am maritimen Cluster beteiligt sind. Wir haben eine Graduiertenschule. Wir haben also ein hohes Niveau. Wir haben den Bereich Medizintechnik in Lübeck mit starker Anbindung an Wertschöpfung im Wirtschaftsbereich. Das sind Dinge, die wir geschaffen haben. Hinzu kommt, dass sich die Universität Kiel - berechtigt oder nicht, will ich jetzt nicht beurteilen - Hoffnungen macht, bei der nächsten Runde der Elite-Unis dabei zu sein.

Wenn wir dieses Niveau wirklich halten wollen, dann geht das nur durch Kooperation, Kooperation, Kooperation. Die Animositäten zwischen einzelnen Forschern, die auch im wissenschaftlichen Bereich immer wieder formuliert werden, müssen aufhören. Dazu müssen wir unseren Teil beitragen durch sachgerechte Entscheidungen, durch Entscheidungen, die nachvollziehbar sind und die immer auch die Interessen von Kiel und Lübeck berücksichtigen. Wenn wir das nicht tun, kriegen wir diese Animositäten nicht vom Tisch. Ich hoffe, wir werden den gordischen Knoten durchschlagen.

Der Verwaltungssitz - wenn ich das noch sagen darf - darf nicht dazu führen, dass wir diese Form der Kooperation gefährden. Das muss auch nicht der Fall sein, wenn wir klar sagen: Der Verwaltungssitz ist jetzt für Lübeck entschieden, ohne Wenn und Aber. Die Frage der Geschäftsstelle des Medizinausschusses muss allein von diesem Gremium entschieden werden. So sieht es die Satzung vor. Diese Frage muss nach sachlichen und fachlichen Gesichtspunkten entschieden werden. Wir brauchen auch eine vernünftige Außenstelle in Kiel und wir müssen dafür sorgen, dass für alle Mitarbeiter, nicht nur für die Mediziner und Wissenschaftler, weiterhin ein auskömmliches Arbeiten im öffentlichen Dienst möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Das war jetzt mein Appell, der mir nötig erschien.

(Zuruf: Sehr abgewogen, Herr Kollege!)

- Sehr abgewogen.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Gesprächsstoff, Frau Kollegin Birk, ist erforderlich. Wir sind ja im Parlament. Wenn wir uns alle anschweigen, kommen wir zu nichts.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich will, damit mir die Zeit nicht wegläuft, weitere Punkte nur in Form von Überschriften benennen. Mir scheint das erforderlich zu sein, weil das die Punkte sind, über die wir im Ausschuss zu reden haben werden. Ich nenne die Verbesserung der Ertragsentwicklung im ambulanten Bereich, die Entwicklung höherer Erträge im stationären Bereich und den Bereich der **Basisfallwerte**. Minister Austermann hat dazu etwas gesagt. Man darf dabei nur nicht unterschlagen, dass wir schon ein bisschen aufgeholt haben. Wenn man sich einmal den Vergleich zwischen Kiel und Hamburg ansieht, so hatten wir eine Lücke von 300 € und jetzt haben wir eine Lücke von 200 €. Wenn schon keine Bundeseinheitlichkeit möglich ist, so ist doch ein Höchstmaß an Konvergenz erforderlich. Da gibt es viele Baustellen, auf denen wir arbeiten können. Ich bin da durchaus nicht pessimistisch.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Thema **Defusionierung** will ich jetzt nicht mehr viel sagen. Wenn man sich die betrieblichen Ergebnisse des UK S-H der letzten Jahre anguckt, wenn man sich anguckt, wie es aufgestellt ist und welche bisherigen Synergieeffekte, die in Euro und Cent berechenbar sind, bereits genutzt worden sind, dann kann man nicht ernsthaft auf die Idee kommen, dieses Klinikum wieder zu defusionieren.

Entscheidungen wie über den Verwaltungssitz müssen sachlich gefällt werden. Taktische Erwägungen haben oft einen kurzen Atem. Ich las heute in den „Lübecker Nachrichten“ die Unterüberschrift: „Jubel war gestern, heute ist Warnstreik“. So schnell kann es manchmal mit den Befindlichkeiten gehen.

Ich will aber auch das, was ich im Dezember schon gesagt habe, gern wiederholen. Wir kommentieren von hier aus nicht **Tarifverhandlungen**. Wir werden Tarifverhandlungen nicht durch politische Stellungnahmen im Parlament erschweren. Ich will aber schon für die SPD sagen: Wir haben die Erwartung, dass die Forderungen und Wünsche der Beschäftigten im Hinblick auf die Sicherung der Arbeitsplätze in einem öffentlichen Unternehmen Berücksichtigung finden müssen. Das ist für uns

(Jürgen Weber)

ein ganz wichtiger Punkt, den wir auf der politischen Seite unterstützen müssen. Das wird die SPD immer wieder deutlich machen, an jeder Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben das nicht allein zu entscheiden, aber wir sind der Auffassung, dass jetzt sichergestellt werden muss, dass das UK S-H in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft weiterarbeiten kann.

Es gibt Dinge, die schwierig sind, wenn man vertrauensbildend sein will. Dazu gehören die Pannen, die wir hier schon einmal diskutiert haben, im Zusammenhang mit der **Ausschreibung** der Stelle des **Kaufmännischen Direktors**. Jetzt hören und lesen wir, dass die Ausschreibung des Medizinausschusses der Stelle des Wissenschaftlichen Direktors fehlerhaft war und dass nicht einmal die Findungskommission am Ausschreibungstext beteiligt war. Das sind natürlich Dinge, die das Vertrauen von Mitarbeitern in das Handeln nicht gerade bestärken. Ich gehe davon aus, dass es allen Verantwortlichen gelingen wird, diese kleine Pannenserie abzustellen.

Dazu gehört übrigens auch, dass wir mit Erstaunen vernehmen müssen, dass an dem Tag, an dem das Partikeltherapiezentrum im Kabinett beschlossen wird und Kiel sich freuen kann, die Verwaltungsspitze der Landeshauptstadt Kiel bisher noch nicht in der Lage war, zumindest die Übertragung des Grundstückes auf den Weg zu bringen.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Kollege, Ihre Zeit!

Jürgen Weber [SPD]:

Ja, ich formuliere meinen vorletzten Satz. - Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sicherung der wissenschaftlichen Exzellenz auf hohem Niveau und die Sicherung der Arbeitsplätze und der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens sind ein großes Ziel, das zu erreichen viel Arbeit erfordert. Die Arbeit daran wird im Wesentlichen nicht von uns geleistet, sondern von den Menschen im Klinikum, im Aufsichtsrat und in der Landesregierung. Wir wollen sie politisch so weit und so gut es geht unterstützen. Das ist unser Beitrag.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und erwarte natürlich eine Anschlussdiskussion im Ausschuss.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Weber und erteile für die FDP-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In puncto **Universitätsklinikum Schleswig-Holstein** setzt die Landesregierung konsequent auf das Prinzip Verunsicherung. Erst verunsichert man die Mitarbeiter, dann die Patienten und neuerdings auch einen großen Teil der Forscher, die gerade im Rahmen der Exzellenzinitiative einen 33-Millionen-€-Drittmittelerfolg verbuchen konnten. Die einzige sichere Erkenntnis der letzten Jahre lautet: Diese Landesregierung hat ebenso wie ihre Vorgängerin keinen blassen Schimmer, wie sie die Probleme des UK S-H lösen soll.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, seit der Fusion der schleswig-holsteinischen Universitätskliniken hat keine einzige der vom Land getroffenen Entscheidungen die damit verbundenen Erwartungen eingelöst.

(Beifall bei der FDP)

Keine einzige der von Beraterfirmen gegen saftige Rechnungen erstellten Empfehlungen hat sich als Treffer erwiesen.

(Beifall bei der FDP)

Der Landesrechnungshof urteilte vor knapp einem Jahr lapidar: „Entgegen den Prognosen der Beratungsfirma Roland Berger verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation des UK S-H sehr schnell.“ Während der Landesrechnungshof auch Skepsis äußerte und davor warnte, zusätzlich zu den ohnehin ja vorhandenen Kostenraketen auch noch das Risiko **Partikeltherapiezentrum** einzugehen, nimmt die Landesregierung auch hier einen vollen Schluck Risiko aus der Pulle. Es steht im Falle eines Falles ein betriebliches Risiko in Höhe von jährlich 40 Millionen € zur Diskussion, mit dem das Land dann in der Kreide stünde. Leider trägt dieses Risiko nicht Herr Austermann persönlich, sondern dieses Risiko tragen im Zweifelsfall die Bürgerinnen und Bürger, die Steuerzahler des Landes Schleswig-Holstein.

(Beifall bei FDP und SSW)

Wenn ich daran denke, mit welcher Prognose über Passagierzahlen Herr Austermann Subventionsentscheidungen zu Fluglinien von Kiel nach sonst wo-

(Dr. Ekkehard Klug)

hin getroffen hat, die dann auch nicht lange getragen haben, dann wird mir doch schon etwas unwohl bei der Sache.

(Beifall bei FDP und SSW)

Vor dem Hintergrund der phänomenalen UK S-H-Bilanz der letzten Jahre muss man doch sagen: Im Rückblick gewinnt man den Eindruck, dass sich die Hauptakteure schleswig-holsteinischer Universitätsklinikumpolitik eher für eine Rolle in der „Schwarzwaldklinik“ als für erfolgreiche Weichenstellungen im Bereich des Klinikmanagements eigneten. Um der Gerechtigkeit Willen möchte ich hinzufügen: Das Desaster begann bereits - da freut sich auch Herr Stegner sehr - in der Amtszeit des früheren Wissenschaftsstaatssekretärs der rot-grünen Landesregierung, als Herr Stegner, auch gestützt auf Prognosen der vorhin schon von mir erwähnten Beraterfirma, voraussagte, dass zum jetzigen Zeitpunkt das UK S-H schon längst schwarze Zahlen schreiben müsste. Es gab damals ja seine wunderbare Power-Point-Präsentation, die viele Beteiligte hier aus dem Hohen Hause noch in reger Erinnerung haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Der teuerste Abgeordnete!)

Schließlich hat es auch die frühere rot-grüne Landesregierung

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sind ja richtig witzig, Herr Kollege!)

- dass Sie das nicht witzig finden, ist mir völlig klar, denn es geht wirklich für das Land Schleswig-Holstein um sehr viel - zu verantworten, dass die Uni-Kliniken unseres Landes mit Vergütungen leben müssen, die wegen der niedrigen **Basisfallwerte** viel geringer ausfallen als in fast allen anderen Bundesländern. Die Vorgängerin der jetzigen Landesregierung hat zu verantworten, dass sich die Erlössituation der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein, speziell der Uni-Kliniken so schlecht darstellt.

Die vor zwei Tagen von der Landesregierung getroffene Entscheidung über den **Verwaltungssitz** hat in Lübeck Jubel ausgelöst, bei den Kieler Hochschulmedizinern hingegen eher tiefe Bestürzung hervorgerufen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Es ist nun mal eine fatale Eigenschaft des UK S-H, dass sich praktisch einer der beiden Standorte ständig auf der Verliererstraße sieht.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Früher war das vor allen Dingen Lübeck, jetzt ist es Kiel. Dieses Dauerproblem könnte man ad acta legen, wenn man das UK S-H wieder entflechten würde. Ein weiterer Pluspunkt wäre die Chance der Uni Lübeck, damit den Weg zur Stiftungsuniversität zu öffnen mit der Perspektive, für das Lübecker Klinikum einen privaten Mitstifter zu finden und langfristig für die Entwicklung der Lübecker Universität zusätzliches Stiftungskapital zu mobilisieren.

(Beifall bei der FDP)

An beiden Standorten ließe sich dann für die **Leitung** von Klinikum und Fakultät ein **Integrationsmodell** verwirklichen, das heißt die Verzahnung der Leitungsebenen von Forschung und Lehre einerseits und Krankenversorgung andererseits. Das führt zu einem straffen, klaren Entscheidungsprozeß. Das hat sich beispielsweise bei der Sanierung des Klinikums in Hannover als ein sehr erfolgversprechender Ansatz herausgestellt. Auch der Landesrechnungshof empfiehlt grundsätzlich ein Integrationsmodell. Das lässt sich tatsächlich aber nur verwirklichen, wenn vorher die Standorte Kiel und Lübeck des Universitätsklinikums wieder getrennt werden. Anderenfalls setzte das Integrationsmodell voraus, dass auch beide Fakultäten, die Lübecker und die Kieler, miteinander verzahnt werden müssten. Dann wäre in der Tat die Lübecker Universität nur noch ein Torso. An eigenen Strukturen bliebe bei ihr praktisch kaum noch etwas übrig. Ein Integrationsmodell für die Leitungsstrukturen des Universitätsklinikums setzt also voraus, dass man die Fusionierung der Uni-Kliniken in Schleswig-Holstein wieder rückgängig macht. So einfach ist die Sache.

Übrigens hat die in Berlin 2003 vollzogene Uniklinikfusion - übrigens aufgrund der Empfehlung derselben Beraterfirma, die damals hier von Herrn Stegner eingesetzt worden ist - auch zu einem nicht gerade durchschlagenden Ergebnis geführt. Das Defizit des Berliner Universitätsklinikums, der neuen Charité ist sogar noch größer als beim schleswig-holsteinischen Universitätsklinikum. Die Entwicklung der letzten fünf Jahre ist überhaupt nicht erfolgreich gewesen. Die gleiche Situation wie hier. Mitte November letzten Jahres hat das Berliner Abgeordnetenhaus die Notbremse gezogen und sogar zwei Drittel des Landeszuschusses für Forschung und Lehre vorläufig gesperrt. Daran sieht man, wie rasch die Krise im Bereich der Krankenversorgung in einem Universitätsklinikum negative Rückwir-

(Dr. Ekkehard Klug)

kungen auf die Arbeitsmöglichkeiten in Forschung und Lehre haben kann.

Bei den Kieler Hochschulmedizinerinnen herrscht seit der Entscheidung, die Minister Austermann zum Verwaltungssitz des UK S-H herbeigeführt hat, Krisenstimmung. Man befürchtet, dass vor allem junge Forscher die **Universität Kiel** verlassen könnten. Es ist von einem Berlin-Bonn-Problem gesprochen worden. Man fühlt sich auf ein Abstellgleis geschoben, wenn Entscheidungen über Forschungsmöglichkeiten in den Uni-Kliniken nicht mehr vor Ort getroffen werden. Die Krux liegt eben ganz einfach in der engen Verzahnung zwischen Krankenversorgung einerseits und Forschung und Lehre andererseits. Diese Verzahnung ist bei einem Uni-Klinikum in seiner Struktur angelegt. Deshalb ist die Furcht vor einer Abwanderung vom Standort Kiel auch nicht aus der Luft gegriffen. Vor wenigen Tagen, nämlich am 25. Januar, erschien im „Deutschen Ärzteblatt“ eine Stellenanzeige des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf für eine W-3-Professur für Innere Medizin mit dem Schwerpunkt chronisch entzündliche Darmerkrankungen. Im Ausschreibungstext findet man den verräterischen Satz:

„Eine Einbindung in das Exzellenzcluster ‚Entzündung an Grenzflächen‘ ist wünschenswert.“

Man sieht: Die Abwerberkolonne aus Hamburg ist schon unterwegs.

(Beifall bei der FDP)

Schließlich ist ein weiterer Gesichtspunkt anzusprechen. Jeder weiß doch, dass beim UK S-H die Masse des Sanierungsbedarfs in Kiel liegt. Der größere Teil der **Sanierungsprobleme** liegt aufgrund der älteren Infrastruktur, der älteren Gebäude, auch des älteren Klinikkonzepts mit der Pavillonstruktur nun einmal in Kiel. Wenn diejenigen, die als Management sozusagen die Problemlösungen im Bereich der Sanierung vor Ort in den Griff bekommen sollen, gar nicht mehr präsent sind, ist die Frage: Wie kann das auf sinnvolle Art und Weise wirklich funktionieren?

Alles in allem kommen wir unter Abwägung aller Gesichtspunkte, wenn man also Plus und Minus gegeneinander abwägt, zu dem Fazit: Im Interesse einer vernünftigen Entwicklung an beiden Standorten, Kiel und Lübeck, wäre es am Besten, man würde die schleswig-holsteinische Uni-Klinikfusion wieder rückgängig machen und an beiden Standorten die Chance für einen Neustart eröffnen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Klug und erteile für den SSW dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Situation im und um das **UK S-H** spitzt sich dramatisch zu und es drängt sich die Frage auf, wie es dazu kommen konnte. Seit dem Regierungswechsel im Jahr 2005 und dem Wechsel an der Spitze des Aufsichtsrates kommt das Uni-Klinikum nicht mehr zur Ruhe. Das aufgelaufene Defizit in Höhe von circa 70 Millionen € und der Investitionsstau in Höhe von über 400 Millionen € lassen die Verantwortlichen offensichtlich in blinden Aktionismus verfallen - ohne Rücksicht auf Verluste.

Dabei steht das UK S-H im Vergleich mit anderen Uni-Kliniken in Deutschland nachweislich gut da, weil man Leistungen hier wirtschaftlicher erbringt als in anderen Bundesländern. Nur, diesen Vergleich will man hier im Land nicht gelten lassen. Auch müssen sich die aktuelle Regierung und die vergangene Regierung die Frage gefallen lassen, wie groß denn ihr Anteil an der angeblich desaströsen Situation des Uni-Klinikums eigentlich ist. Als Geldgeber für die Investitionen sind sie nämlich maßgeblich mit schuld an dem immer wieder dem UK S-H vorgeworfenen Investitionsstau und der sich daraus ergebenden zum Teil unwirtschaftlichen Infrastruktur.

Genauso hat die Politik die geringe Höhe des **Basisfallwertes** in Schleswig-Holstein mitzuverantworten. Stünde das UK S-H nämlich in Nordrhein-Westfalen oder in Hamburg, könnte es jährlich einen Überschuss in zweistelliger Millionenhöhe einfahren.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So viel zur Vergangenheit. Jetzt zur aktuellen Situation.

Der Presse können wir entnehmen, dass im UK S-H eine **Wiederbesetzungssperre** verhängt wurde und angeblich bis zu 1.000 Stellen abgebaut werden sollen. Betroffen seien vor allem die nicht wissenschaftlichen Berufsgruppen. Abgesehen davon, dass Wiederbesetzungssperren nicht gerade ein Kennzeichen von innovativem Sanierungsmanage-

(Lars Harms)

ment sind, fragen wir uns, wie lange die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Universitätsklinikums diese Situation noch ertragen. Sie sollen nämlich nicht nur den ständig steigenden Arbeitsdruck aushalten - nein, dazu wird im Zug der aktuellen Tarifverhandlungen auch noch mit Gehaltskürzungen im zweistelligen Prozentbereich gedroht. Und das, obwohl die Beschäftigten bereits durch den Beschäftigungspakt eine Gehaltskürzung haben hinnehmen müssen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gehört schon sehr viel Idealismus dazu, unter diesen Bedingungen täglich seiner Arbeit zum Wohl der Patienten nachzugehen und nicht zu resignieren. Abgesehen davon wird sich der Personalmix durch die Nichtverlängerung von befristeten Verträgen zulasten der älteren Beschäftigten verschieben. Aber gerade die Mischung aus erfahrenen älteren Beschäftigten und jüngeren Mitarbeitern, die mit neuen Ideen am Universitätsklinikum tätig sind, führt dazu, dass man für die Zukunft gerüstet ist. Genau das verhindert die jetzige Wiederbesetzungssperre. Genau dort werden die jungen Leute nicht mehr zum Zug kommen. Wir werden eine „überaltete“ Personalstruktur haben,

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die der zukünftigen Entwicklung nicht zuträglich ist.

Schon jetzt warnen die Beschäftigten aufgrund des Personalmangels öffentlich vor schlechterer Pflege im UK S-H. Hatte der Sanierer sich nicht eigentlich eine Verbesserung gerade auch dieser Situation und des Marketings auf seine Fahnen geschrieben? Das kann er damit wohl nicht gemeint haben. Statt durch eine Wiederbesetzungssperre planlos Stellen abzubauen, sollte man sich daran machen, die einzelnen Geschäftsbereiche durch modernes **Personalmanagement** zu stärken.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur mit gut ausgebildetem und vernünftig bezahltem Personal lässt sich der zukünftige Qualitätswettbewerb, den wir alle wollen, auch gewinnen. Wer an der falschen Stelle spart, spart das UK S-H kaputt.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die durch die Politik neu entfachte Diskussion um den Verwaltungssitz ist zum jetzigen Zeitpunkt so überflüssig wie ein Kropf und hetzt die Standorte wieder gegeneinander auf. Das konnten wir in der Presse alle lesen. Das UK S-H hatte sich mit dem - anfangs auch vom SSW kritisierten - **Doppelsitz** arrangiert und war auf dem Weg, insbesondere in der Verwaltung Prozesse campusübergreifend zu optimieren und Aufgaben an dem einen oder anderen Campus zu zentralisieren. Denn entscheidend ist doch, dass Aufgaben nur einmal und nicht doppelt wahrgenommen werden.

Zweitrangig ist dabei, ob die für beide Standorte zuständigen Mitarbeiter in Kiel oder in Lübeck sitzen. Es soll auch keiner glauben, dass bei einer Zentralisierung der Verwaltung in Lübeck oder Kiel das Pendeln zwischen den Standorten schlagartig aufhört. Wenn zum Beispiel der Vorstand nicht mehr pendelt, dann müssen sich wohl diejenigen auf die Straße begeben, die Termine mit dem Vorstand wahrnehmen wollen. Dann werden wir künftig viele Klinikdirektoren und andere Beschäftigte zwischen den beiden Standorten hin und her pendeln sehen.

Vor diesem Hintergrund haben wir auch ernsthafte Zweifel an den kursierenden Zahlen über Einsparungen, die einmal mit 3,6 Millionen €, einmal mit 4,2 Millionen € und einmal mit 5 Millionen € beziffert werden.

(Beifall bei SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir fordern die Landesregierung auf, diese Zahlen endlich einmal zu konkretisieren und uns die Maßnahmen konkret zu benennen, die zu diesen Einsparungen führen sollen. Auch wüssten wir gern, wie viele Verwaltungsmitarbeiter denn nun wirklich an den Standorten betroffen sind und wie viele an den neuen Standort umziehen sollen. Darüber gibt es nämlich auch sehr unterschiedliche Zahlen.

(Beifall beim SSW)

Nach unseren Informationen sind aber die hoch dotierten Stellen im UK S-H wie zum Beispiel die Dezernatsleitung oder die Stabsstellen sowieso nur einmal besetzt. Diese Aufgaben werden schon seit längerem standortübergreifend wahrgenommen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Daher bezweifeln wir auch die in den Raum gestellten Zahlen. Denn, wie gesagt: Das UK S-H hat sich seit der Fusion im Jahre 2003 durchaus bewegt und

(Lars Harms)

viele Maßnahmen umgesetzt, die zu Einsparungen geführt haben.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie will man also in Zukunft neue Einsparungen erzielen und muss man sich dafür wirklich für nur einen Verwaltungssitz entscheiden? Ist das wirklich der ausschlaggebende Punkt? Geht es nicht eher darum, die begonnene standortübergreifende Zusammenlegung von Aufgaben fortzuführen, und ist es dabei nicht völlig zweitrangig, wo der Verwaltungssitz angesiedelt ist?

Diese hochgradig emotional geführte angebliche „Sachdiskussion“ zwischen den Standorten Kiel und Lübeck erweckt eher den Eindruck, als würden Nebelkerzen als Ablenkungsmanöver geworfen. Wir stellen uns dabei natürlich die Frage, wovon die Landesregierung eigentlich ablenken möchte.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir als SSW haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir uns aus struktur- und regionalpolitischen Gründen oft dafür aussprechen, andere Standorte als die Landeshauptstadt zu wählen. Vor diesem Hintergrund macht die Überlegung Sinn, den Standort nach Lübeck zu legen und diesen Standort dadurch zu stärken. Aber wie gesagt: Wir halten die gesamte Diskussion um den Verwaltungssitz zum jetzigen Zeitpunkt schlicht und ergreifend für überflüssig und bedauern im Übrigen sehr, dass dadurch die Diskussion um den Sitz des **Medizinausschusses** erneut aufflammt. Denn diese Kuh hatte man eigentlich schon vom Eis.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Andere Fragen als der Standort des Hauptsitzes sind viel wichtiger, zum Beispiel wie in Zukunft mit dem Bereich der Pflege umgegangen werden soll.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zum Thema der Bedeutung der Pflege und der Besetzung der Positionen des **Vorstandes für Krankenpflege und Patientenservice** können wir uns nur wiederholen. Pflege gehört in den Vorstand, weil sie entscheidend zur bereichs- und berufsgruppenübergreifenden Prozessoptimierung beiträgt und sich schon längst als eigenständige und auch wis-

senschaftlich ausgerichtete Berufsgruppe emanzipiert hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In vielen anderen Bundesländern und auch außerhalb Deutschlands hat sich diese Erkenntnis schon lange durchgesetzt und man handelt danach. Hier in Schleswig-Holstein macht man unter dem viel beschriebenen wirtschaftlichen Druck eine Rolle rückwärts und entzieht der Pflege unternehmerische Verantwortung, und zwar nicht nur auf Vorstandsebene, sondern auch in den Medizinischen Leistungszentren, wo die Pflegedirektoren und -direktorinnen mit Satzungsänderung vom Dezember 2007 offensichtlich wieder in die zweite Reihe gerückt werden.

Wenn Ihre Sanierung so aussieht, Herr Austermann, dann graust es mich wirklich. Nicht nur, dass Sie dabei sind, das einzige Uni-Klinikum des Landes an die Wand zu fahren; was mindestens genauso schwer wiegt, ist die Tatsache, dass das Vertrauen der Menschen in diesem Land in die Politik und in deren Entscheidungsträger leichtfertig verspielt wird.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Inhalte spielen bei der Diskussion um das UK S-H keine Rolle mehr. Es geht nur noch um das Verkaufen. Um hiervon abzulenken, wirft man Nebelkerzen wie die heutige Standortdiskussion. Notwendig wäre eine Diskussion darüber, wie das UK S-H in Zukunft inhaltlich aufgestellt werden sollte. Diese Diskussion wird aber nicht geführt. Das zeigt wieder einmal deutlich die Handlungsunfähigkeit der Großen Koalition.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Zu einem weiteren Redebeitrag erhält Herr Minister Austermann das Wort.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe, glaube ich, deutlich gemacht, dass es mir mein Respekt vor dem Parlament gebietet, dass ich auf die Fragen, die vonseiten der Grünen gestellt worden sind, antworte. Ich habe dies auch getan, allerdings nicht, indem ich jede der 20 Fragen einzeln

(Minister Dietrich Austermann)

aufgerufen habe. Ich habe vielmehr versucht, dies pauschal in einen Gesamtzusammenhang zu stellen.

Ich könnten Ihnen jetzt jede Frage einzeln beantworten; das Ergebnis wäre kein anderes als das, was ich bereits gesagt habe.

Sie fragen beispielsweise:

„Welche Ergebnisse hat das Markterkundungsverfahren ergeben und wann wird eine Entscheidung seitens der Landesregierung hierzu fallen?“

Erstens trifft die Landesregierung die Entscheidung hierzu nicht und zweitens soll das **Markterkundungsverfahren** erst in den nächsten drei Tagen abgeschlossen werden. Ich kann jetzt also nur Dinge vortragen, die mit dem Klinikum und der Problematik selber nichts zu tun haben.

Aber ich habe mich noch einmal gemeldet, um deutlich zu machen, dass wir - gerade wir, die wir im Parlament sitzen, und alle, die in der Verwaltung sitzen - eine Gesamtverantwortung haben, den guten Ruf des Klinikums nicht in Misskredit zu bringen und nicht den Eindruck zu erwecken, die Landesregierung, insbesondere das Wissenschaftsministerium und der Aufsichtsratsvorsitzende, Herr de Jager, der gemeinsam mit den anderen Vertretern der Landesregierung im Aufsichtsrat und mit den anderen Mitgliedern des Aufsichtsrats eine hervorragende Arbeit leistet, habe das Klinikum vor die Wand gefahren. Ich darf Sie noch einmal daran erinnern: Die Situation, die ich vorgefunden habe, war nicht viel anders, als sie heute ist. Aber wir haben im Landeskabinett inzwischen gemeinsam Maßnahmen beschlossen, die dazu beitragen, diese Situation zu verbessern. Das ist nicht einfach. Wenn es einfach wäre, hätten Sie es ja machen können, als Sie an der Regierung waren.

Ich denke, es ist ziemlich klar, dass die Probleme lange aufgewachsen sind. Wir haben in der Tat eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben. Das betrifft zunächst die Aufklärung über die **Kostenvergleiche** mit anderen Universitätsklinika. Die sogenannte InEK-Liste wurde vorgelegt. Außerdem haben wir einen Unternehmensberater eingeschaltet, der eine Überprüfung der Vergleichszahlen vornehmen sollte. Wir haben uns über das Thema des Basisfallwerts unterhalten und eine Entscheidung dazu getroffen. Frau Kollegin Trauernicht ist auf Bundesebene dazu tätig geworden. Man muss einfach zur Kenntnis nehmen, dass auch der Basisfallwert kein Thema ist, das mit einem bestimmten Wert aus dem Jahr 2003 zugenagelt ist, sondern dass das atmet, dass es sich bewegt, dass man auch hier durch

veränderte Zahlen inzwischen zu besseren Ergebnissen kommt, dass damit aber noch nicht automatisch alle Probleme gelöst sind.

Sie haben gefragt, wann der **Fallwert** für dieses Jahr genehmigt wird. Die Genehmigung ist zurückgestellt, wie Frau Kollegin Trauernicht mir gesagt hat, weil sie mit den Krankenkassen und mit den Krankenhäusern, die im Übrigen zufrieden wären, über die Werte neu verhandeln und bessere Konditionen aushandeln will. - Das Ganze bewegt sich.

Nun zur Frage der Managementprobleme. Herr Klug, Sie wissen doch ganz genau, dass das **Management**, das ein Unternehmen führt, in erster Linie die Verantwortung trägt. Dann kommt irgendwann einmal der Aufsichtsrat. Wenn sich das Management vom Acker macht, dann kann man das beklagen und bedauern. Aber vielleicht ist das auch ein guter Weg für einen vernünftigen Neuanfang an der einen oder anderen Stelle in diesem Management.

Damit habe ich keinen generellen Vorwurf erhoben. Ich sage nur, dass die Verantwortung für die Führung eines Unternehmens zuerst beim Vorstand oder bei der Geschäftsführung liegt und in zweiter Linie bei jenen, die im Aufsichtsrat Verantwortung tragen. An anderer Stelle, in der Privatwirtschaft, wird entsprechend reagiert.

Die Frage, inwieweit das Parlament das, was wir jeweils vorhaben, unterstützt, beantworte ich mit einem Beispiel.

Sie können sich erinnern: Ziemlich bald, nachdem ich ins Amt berufen worden bin, haben wir über das Thema **Rechtsmedizin** diskutiert. Wenn es darum ginge, jeweils das zu tun, was im eigenen Wahlkreis populistisch am geeignetsten ist, dann musste man damals dafür plädieren, die Rechtsmedizin möglichst an beiden Sitzen in vollem Umfang beizubehalten. Das ist hier meistens die Debatte. Jeder sagt: Das was wir hier und was wir dort haben, muss genauso erhalten bleiben. Als wir einen bescheidenen Anfang gemacht haben, gab es schon den größtmöglichen Widerstand dagegen, etwas zu verändern.

Auf der einen Seite haben Sie gesagt, wir täten nichts, auf der anderen Seite sagen Sie, wir betreiben Verunsicherung. Was denn nun? Entweder wir tun nichts oder wir betreiben Verunsicherung. Unser Ziel geht in die Richtung, einen Beitrag dazu zu leisten, dass der Klinikvorstand ordentlich und vernünftig arbeiten kann.

Oder nehmen wir das **PTZ**. Ich finde, das ist ein Grund zur Freude. Bedauerlicherweise ist das von

(Minister Dietrich Austermann)

den Medien in Schleswig-Holstein gar nicht zur Kenntnis genommen worden. Das „Schleswig-Holstein-Magazin“ hat kein Wort darüber verloren, dass eine Viertelmilliarde € dazu eingesetzt wird, um die medizinische Versorgung in Schleswig-Holstein auf Spitzenniveau zu bringen. 180 Millionen € Investitionen, 250 Millionen € Kosten. Eine Viertelmilliarde € werden eingesetzt, damit wir in Schleswig-Holstein bei der Krebsbekämpfung Spitzenmedizin anbieten können.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich finde, man kann das nicht zu Stein reden. Man kann natürlich sagen, ich solle das betriebliche Risiko übernehmen. Wenn ich am Gewinn beteiligt würde, wäre mir das sehr recht, das Risiko dafür zu übernehmen. Ich habe darauf hingewiesen: Ein Risiko stellt sich dann ein, wenn kein einziger Behandlungsfall da ist. Da wir aber gleichzeitig mit dem Thema **PTZ** das Problem der unzureichenden **baulichen Situation der Strahlentherapie** lösen werden, heißt das, dass wir dieses Problem lösen und zugleich eine Optimierung der medizinischen Betreuung erhalten. Daraus kann man nicht die Vorstellung ableiten, künftig, komme keiner mehr und deswegen würde das Ganze ein finanzieller Flop.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie können doch nicht jeden Patienten durchs PTZ schleusen!
- Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Wir haben eine Best-Case- und eine Worst-Case-Betrachtung gemacht. Selbst bei der Worst-Case-Betrachtung rechnet sich das Ganze und das Risiko ist überschaubar. Wenn wir den mittleren Wert nehmen, können wir durch den Zuwachs, der sich alleine aus Norddeutschland ergibt, das Klinikum wirtschaftlich betreiben.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich denke, man sollte eine letzte Anmerkung zum Thema **Abwanderungstendenzen** machen. Ich finde es nicht besonders geschickt, wenn Landespolitiker die Auffassung perpetuieren, es gebe jetzt eine fluchtartige Bewegung von Medizinern aus dem Klinikum in Kiel zum Beispiel in das UK Eppendorf. Wenn das **UKE** eine Anzeige in dieser Form schaltet, sagt mir das nur eines: Sie sind sich sehr unsicher, ob sie medizinisch nicht möglicherweise abgehängt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD]: So ist es!)

Deswegen versucht man sich das Niveau, das wir in Kiel - vor allem die Mediziner und Forscher natürlich - erreicht haben, am UKE einzukaufen. Ich hatte vor zwei Monaten eine Unterredung mit dem Chef des UKE, in der er mir ganz deutlich gemacht hat, dass er mehr Wert auf Kooperation mit unseren Klinika legt. Früher saß er auf einem sehr hohen Ross. Inzwischen hat sich das geändert. Bitte bewerten Sie eine solche Anzeige als den Versuch, im **Wettbewerb** aufzuholen, aber nicht so, dass unsere Mediziner sich nun aus der vernünftigen Stellung, die sie haben, wegbewegen könnten. Junge Forscher verlassen Kiel, wir haben eine ständige Fluktuation in jedem Universitätsklinikum.

Die Behauptung aufzustellen, hier würde jemand unter **Mindestlohn** beschäftigt, ist so falsch, dass Sie die eigentlich zurücknehmen müssten, weil es weder den Mitarbeitern noch ihrer Leistungsfähigkeit gerecht wird.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Hier wird jeder ordentlich bezahlt. Natürlich könnte es mehr sein. Jeder hat mehr verdient und jeder soll auch mehr bekommen. Aber jetzt die Behauptung aufzustellen, Pflegerinnen, Pflegern und Krankenschwestern werde nicht einmal der Mindestlohn gezahlt - egal, ob Sie den jetzt bei 7,50 € oder 9,98 € ansetzen -, ist unzutreffend, und es trägt dazu bei, den guten Ruf des Klinikums weiter zu beschädigen.

Ich denke, wenn wir es richtig und gut machen wollen, müssen wir dem Sanierer, der eingesetzt worden ist, weil es keinen anderen Weg gegeben hat, auch die Möglichkeit geben, selbstständige Entscheidungen zu treffen, konkrete Maßnahmen vorzubereiten, um zu einer Sanierung beizutragen. Ein Beispiel ist der gemeinsame Verwaltungssitz. 3,6 Millionen € können hier eingespart werden.

Es gibt weitere andere Entscheidungen, die in nächster Zeit anstehen. Wenn wir jetzt bei jeder konkreten Detailentscheidung anfangen, uns darüber Gedanken zu machen, ob sie vielleicht politisch an der einen oder anderen Stelle gewollt, gewünscht oder für die nächste Wiederwahl geeignet ist, dann werden wir die Probleme nicht lösen. Dann müssen wir in der Tat sagen, dass wir die Verantwortung dafür zurückgeben. Die Landesregierung ist bereit, die Verantwortung, soweit sie sie trägt - oberhalb der Aktivitäten und der Notwendigkeit zum Handeln beim Vorstand - zu übernehmen. Aber wir werden

(Minister Dietrich Austermann)

nicht zulassen, dass durch leichtfertiges Gerede der gute Ruf des Klinikums in Gefahr gerät und der Sanierungsweg, der eingeleitet worden und aus meiner Sicht erfolgsversprechend ist und sicher im Verlauf dieses Jahres zu guten Ergebnissen führen wird, unterbrochen wird. Das darf nicht geschehen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Minister. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Fraktionen steht nach Wiedereröffnung der Aussprache durch die Landesregierung zusätzliche Zeit zur Verfügung. Es handelt sich um acht Minuten, die nicht ausgeschöpft werden müssen. Ich erteile zunächst dem Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Abgeordneten Dr. Johann Wadephul, das Wort.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, die acht Minuten auszuschöpfen, aber vielleicht ist es ganz gut, dass wir heute doch eine etwas geräumigere Tagesordnung haben und dieses wichtige Thema doch noch in der gebotenen Ausführlichkeit behandeln können.

Zunächst möchte ich mich in wesentlichen Teilen der bemerkenswert fachkundigen Rede des Kollegen Weber anschließen. Dass Herr Weber jetzt schon von einer Außenstelle Lübeck gesprochen hat, ist ein absolut verzeihlicher Lapsus linguae, der ihm unterlaufen ist. Der **Medizinausschuss** entscheidet völlig autonom und ohne politische Einflussnahme darüber, wo der mögliche **Sitz** ist. Dieser Lapsus Linguae kann in der Aufregung geschehen und das war natürlich keine Absicht beim Kollegen Weber.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Es gibt hier keinen politischen Druck.

(Zurufe)

- Nein, das gehört sich in einer Großen Koalition auch, dass man sich zwischen den Fraktionen mal hilft und für Klarstellung sorgt.

(Heiterkeit - Beifall der Abgeordneten Torsten Geerds [CDU], Jens Magnussen [CDU], Wolfgang Baasch [SPD] und Rolf Fischer [SPD])

Unser Verhältnis ist so gut, dass das möglich ist.

Ich will aber auch noch einmal etwas zu dem Punkt sagen, den auch Lars Harms für den SSW hier angesprochen hat, nämlich als wenn das alles überhaupt nicht nottäte und als ob wir so weitermachen könnten wie bisher.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das haben wir nicht gesagt!)

- Na ja, er hat ausdrücklich gesagt, die Entscheidung, einen einheitlichen Verwaltungssitz zu finden, sei nicht notwendig oder hätte nicht getroffen werden müssen.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Zum jetzigen Zeitpunkt!)

Wir sparen dadurch - das hat der Wissenschaftsminister gesagt - 3,6 Millionen €.

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir haben dafür in den vergangenen Jahren eben diese 3,6 Millionen € ausgegeben. Das Geld fehlt im UK S-H an allen Ecken und Enden. Man hätte auch eine andere Entscheidung begründen können, aber ich halte es für eine gute Sache und es spricht für die Entscheidungsfähigkeit dieser Landesregierung und auch der Großen Koalition, dass jetzt in diesem Punkt eine Entscheidung getroffen worden ist. Dass wir diese jetzt im Sinne des UK S-H insgesamt umsetzen, ist eine gute Geschichte. Es spart Geld, das an anderer - besserer - Stelle für Forschung oder für Krankenpflege eingesetzt werden kann.

Wenn wir miteinander über das **Defizit** sprechen, dann müssen wir weiterhin darum ringen - so wie es abgemacht ist -, bis 2010 auch zurückzufahren und die schwarze Null einzufahren. Unterschiedliche Wege sind möglich. Für uns ist eine **Privatisierung** auch im **Krankenpflegebereich** eine Option gewesen. Die Sozialdemokraten haben zu einem frühen Zeitpunkt erklärt - Herr Kollege Weber heute noch einmal -, das komme für die Sozialdemokraten nicht in Betracht. Für uns ist die Privatisierung an der Stelle auch kein Dogma, aber sie ist immer eine **Option** gewesen.

Ich freue mich sehr, wenn es gemeinsam mit den Beschäftigten eine Möglichkeit gibt, andere Wege zu gehen. Ich möchte an der Stelle ausdrücklich auch für meine Fraktion sagen: Wir haben ein großes Interesse daran, dass bei allen Beschäftigten innerhalb des Universitätsklinikums - vom Professor bis zur Krankenpflegeschülerin oder zum Krankenpflegeschüler - jetzt Ruhe einkehrt und Vertrauen dahin gehend wächst, dass das Land sich der

(Dr. Johann Wadephul)

hervorragenden Arbeit, die alle zum Teil über die Leistungsgrenze hinaus in allen Bereichen des UK S-H tun, bewusst ist, dass das Vertrauen des Landes in diese wichtige und gute Klinik vorhanden ist und dass wir uns alle bemühen wollen, mit den **Beschäftigten** zu einer Reduzierung des Defizits zu kommen. Deswegen möchte auffordern, dass wir keine Verunsicherung betreiben und dass wir nicht - Herr Kollege Klug - Ängste schüren und immer nur sagen, was alles noch an zusätzlichen Problemen auftauchen könnte.

Herr Minister Austermann hat auf die wohl fehl-schlagende **Abwerbeinitiative aus Hamburg** hingewiesen. Ich glaube, wir sollten gut über unsere Standorte und über die Wissenschaftspolitik im Land reden und gut über das reden, was im UK S-H gemacht wird.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Ich möchte das zum **PTZ** noch einmal aufgreifen. Es ist außerordentlich bedauerlich, dass, wenn eine derart bemerkenswerte Entscheidung mit einem riesigen Investitionsvolumen hier in der Landeshauptstadt fiel, eine derartige Entscheidung mit über 150 Arbeitsplätzen, die dauerhaft hier geschaffen werden können, diese so untergeht und dass eine derart positive Entscheidung für diese Region in Kiel und in dem Umfeld - K.E.R.N. gibt es ja nicht mehr - so wenig beachtet wird und dass die Kritik an der Verwaltungsentscheidung das so deutlich überlagert. Das ist ein Fehler.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wir haben um das PTZ gerungen. Wir haben es gegenüber Hamburg durchgesetzt. Wir können auch positiv formulieren: Hamburg ist uns an der Stelle auch entgegengekommen. Das ist ein positives Beispiel guter Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg. Darauf können und sollten wir stolz sein.

(Beifall bei CDU und SPD)

Abschließend: In der Tat sind wir alle erstaunt, welche Animositäten es auch im Wissenschaftsbereich zwischen **Kiel und Lübeck** gibt.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist offensichtlich so, dass auch im hoch akademischen Bereich Animositäten auftreten, die wir dort gar nicht vermutet hätten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Man mag das für menschlich halten, Herr Kollege Dr. Garg.

Aber ich sage eines: Wer mit etwas Abstand auf unser Land und auf diese beiden größten Städte des Landes blickt und dann beobachtet, dass man in vielen Feldern der Nichtzusammenarbeit - ich könnte viele Bereiche nennen: Hafenpolitik, aber dazu gehört auch dieser Teil der Wissenschaftspolitik - ständig meint, sich innerhalb des Landes in einer **Konkurrenzsituation**, in einem Gegeneinander, zu befinden, muss sagen, dass das in einem zusammenwachsenden Europa, in dem wir eine Konkurrenzsituation im Hafenbereich zu Mecklenburg-Vorpommern und anderen Ländern haben, in dem wir uns wissenschaftspolitisch mit anderen Ländern, zum Beispiel Dänemark - Frau Kollegin Spoorendonk -, in einer Konkurrenzsituation befinden, Kirchturmpolitik ist. Hier muss mehr miteinander getan werden. Dazu rufen wir alle in Lübeck und in Kiel auf.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort zu einem weiteren Beitrag erhält der Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Kollege Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon toll, was wir hier erleben. Das ist wirklich toll.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Der Minister lobt alle Leute, dass Sie tolle Arbeit machen und erzählt, wie toll alles ist. Mit dem Chaos, das entstanden ist und jeden Tag mehr wird und mit dem er mittlerweile alle verärgert hat, hat er natürlich überhaupt nichts zu tun. Alle anderen sind schuld, aber er selber nicht.

Wir haben die Situation, dass wir von **Erichsen** eine Vorlage darüber haben, wo Synergien erarbeitet und massiv Gelder und Stellen eingespart werden könnten, wo Reduzierung im Krankbereich und im Forschungsbereich möglich wäre, damit man die Gelder aufs Wesentliche konzentrieren kann. Dafür ist der **Medizinausschuss** geschaffen worden. De

(Karl-Martin Hentschel)

facto ist da nichts passiert, absolut nichts. Es ist alles boykottiert worden. Ständig ist über Defusion geredet worden, gerade in Lübeck war das natürlich besonders verbreitet. Was hat das Ministerium in dieser Situation gemacht? - Es hat es treiben lassen, nein, es hat sogar noch viel mehr gemacht, es hat auch noch das **Hochschulgesetz** so geändert, dass die Hochschulen, der Medizinausschuss, selbst neue Stellen besetzen konnten und das Ministerium dazu gar nichts mehr zu sagen hatte. Das Chaos wurde noch gesteigert.

Wir haben den **Universitätsbeirat** für alle drei Universitäten - komischerweise nicht für die Fachhochschulen - neu geschaffen und anschließend haben Sie de facto bei den Entscheidungen dafür gesorgt, dass der Universitätsbeirat überhaupt nichts zu sagen hat. Das ist doch eine völlig irre Veranstaltung, die Sie da gemacht haben.

Die gesamte **Leitung des UK S-H** war de facto in den letzten Jahren handlungsunfähig. Das wurde immer mehr, es ist nichts zustande gekommen. Das UK S-H wurde nicht gemanagt. Als ich jetzt mit den Professoren geredet habe - wir haben uns intensiv mit allen unterhalten -, wurde deutlich, es waren konstruktive Ansätze da. Es gab Vorschläge, wie man mit der Frage umgehen kann, der Konstruktion eines operativ handlungsfähigen UK S-H. Es ging ihnen überhaupt nicht um den Standort. Selbst die Kieler haben gesagt, es gehe ihnen nicht um den Standort. Wenn der Standort der Leitung nach Lübeck geht, ist das okay. Es geht darum, dass man an beiden Standorten eine handlungsfähige Struktur hat. Jeder größere Betrieb würde es selbstverständlich so machen, wenn er zwei **Standorte** hat, dass er an beiden Standorten einen Geschäftsführer hat, der handlungsfähig ist und vor Ort die Geschäfte führt. Das ist doch selbstverständlich.

(Zurufe von CDU und SPD)

Es wurde darüber geredet, wie die **Strukturen** vernünftig gestaltet werden können. Die Tatsache, dass alle so empört sind, rührt doch genau daher, dass am Schluss alle das Gefühl haben, sie sind brüskiert worden, mit ihnen ist nicht geredet worden, sie sind überrascht worden. Es gab keine vernünftigen Gespräche. Genau das war der Fall. Wir haben mit den Professoren zusammengessen. Das ist allen Fraktionen so geschildert worden.

Die Sache mit dem **Pflegedirektor** ist doch eine Farce. In anderen Universitätskliniken in den anderen Bundesländern ist es so, dass moderne Kliniken - auch gerade private moderne Kliniken - dafür sorgen, dass der Pflegebereich vernünftig organisiert

ist. Denn im Pflegebereich gibt es natürlich die meisten Beschäftigten. Der **Pflegebereich** spielt eine zentrale Rolle bei der Modernisierung von Kliniken und einer modernen Krankenversorgung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer in dieser Situation den Pflegedirektor abschafft, arbeitet kontraproduktiv und brüskiert den großen Teil der Beschäftigten in den Kliniken. Das ist eine Absurdität.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Wir können es wirklich Punkt für Punkt durchgehen, dieser Minister hat an jedem Punkt Chaos gestiftet. Dann passiert Folgendes: Das Management läuft ihm weg. Das **Management** verlässt Kiel und sagt, wir haben mit dem nichts mehr zu tun. In diesen Strukturen können wir nicht mehr arbeiten. Es hat einfach keinen Sinn mehr, hier zu arbeiten, wenn man so einen Minister hat.

(Zurufe von der CDU)

- Natürlich, ich habe doch mit den Leuten geredet. Ich weiß doch, warum die gegangen sind. Das werden sie nicht öffentlich erzählen, aber so ist es gewesen.

Was sagt der Minister? - Der Minister sagt: Jetzt haben wir eine Chance, wieder neu anzufangen und Stellen neu zu besetzen. Das ist doch auch eine Absurdität, sich so hierhin zu stellen. Am Schluss ist natürlich alles toll, also auch wenn die Leute weglaufen, ist es toll. Wenn Hamburg Stellen aus Schleswig-Holstein abwirbt und die gesamte Leitung des Klinikums in heller Aufregung ist, das finden Sie natürlich toll. Das ist eine tolle Chance und ein Beweis für den Standort Kiel.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das fanden Sie früher auch toll, wenn Wissenschaftler weggingen!)

Man kann wirklich jedes Wort umdrehen und ins Gegenteil verkehren. Herr Minister, in dieser Situation kommt dann Ihr Fraktionsvorsitzender und erzählt: Wir fordern Ruhe! Das hören wir jetzt schon länger, in der Zeitung stand es auch schon öfter und Sie, Herr Minister, haben es auch gesagt: Jetzt lassen Sie doch endlich einmal Ruhe einkehren! Wissen Sie, das erinnert mich an jemanden, der ständig Brandsätze wirft und anschließend sagt: Jetzt wollen wir endlich Ruhe haben, nun hört doch einmal auf!

(Karl-Martin Hentschel)

Herr Minister, das Problem, das zentrale Problem, mit dem wir es zu tun haben und warum wir keine Ruhe bekommen, ist, dass wir keine strukturierten Entscheidungen bekommen, bei denen die Leute mitgenommen werden, egal, welche Entscheidungen getroffen werden. Ich will gar nicht die **Standortentscheidung** kritisieren. Auch ich bin der Auffassung, dass es richtig ist, die Verwaltung an einem Standort zu konzentrieren. Ich bin der Auffassung, dass es notwendig ist, im UK S-H zu Entscheidungen zu kommen, mit denen **Kosten** gespart werden. Darin sind wir uns völlig einig. Aber wenn man solche Entscheidungen trifft, muss man bitte schön auch Strukturen schaffen, die gemeinsam mit den Betroffenen, mit den Leuten, die dort die Verantwortung haben, erarbeitet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und man kann nicht jedes Mal wieder von neuem die Situation schaffen, dass man alle gegen sich aufbringt. Das ist Ihr Problem, Sie sind ständig mit Alleingängen unterwegs, Sie überraschen jeden. Das mag medienwirksam und sehr lustig sein, aber trägt absolut nicht zu einer Beruhigung bei. Herr Minister, ich habe den Eindruck - mittlerweile hört man, dass Sie uns im Juni oder Juli hier verlassen und dass wir einen neuen Minister bekommen -

(Zurufe von CDU und SPD: Was?)

dass ich sagen kann - wenn das stimmt und Sie haben gesagt, alles, was jetzt passiert ist, sei Ihnen eine Freude -: Vielleicht bereiten Sie den anderen auch einmal eine Freude.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort zu einem weiteren Beitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nein, ich brauche die acht Minuten Redezeit nicht ausschöpfen. Ob der Minister nun bleibt oder geht, noch ist er jedenfalls hier, auch wenn die Bahn kommt, Herr Minister Austermann.

Ich bin doch nachdenklich geworden, als Sie sich so traurig darüber gezeigt haben, das niemand über die großartige **Investition**, also das **Protonentherapiezentrum**, so berichtet hat, wie Sie sich das möglicherweise vorgestellt haben. Um eines klarzustellen: Erstens. Über die Investitionssumme - das

werden Sie auch von mir nie gehört haben - reden wir gar nicht, sei es drum.

Zweitens. Die **Technologie** der Protonentherapie ist faszinierend und bietet für Krebspatienten neue Chancen. Auch darüber streitet niemand.

Drittens. Dass Sie endlich die längst überfällige **Rundumsanierung der Strahlenmedizin**, also der Baulichkeiten und - ich nehme auch an - der technischen Ausstattung und der Arbeitsbedingungen, die dort derzeit für das Personal noch herrschen, in Angriff nehmen wollen, auch darüber streitet niemand.

Aber Sie werden dann sehr verräterisch, wenn Sie Ihre - aus meiner Sicht überhaupt nicht nachvollziehbaren - Zahlen, was das **Patientenaufkommen** für das PTZ anbelangt, zu rechtfertigen versuchen, indem Sie sagen: Ja, mein Gott, bisher sind doch auch Patienten in der Strahlenmedizin behandelt worden.

Heißt das denn, dass Sie davon ausgehen, dass all die Patienten, die bislang strahlenmedizinisch versorgt wurden, in Zukunft im Protonentherapiezentrum versorgt werden sollen? Genauso verräterisch ist die Ankündigung, man habe bereits erste **Verträge** und Vorverträge über die **Partikeltherapie** und über die sogenannte **Boostertherapie** abgeschlossen. Boostertherapie bedeutet nichts anderes, als dass man im PTZ etwas anderes veranstaltet als ursprünglich vorgesehen. Vermutlich wissen Sie das, Herr Minister Austermann. Das hieße dann, dass die bislang herkömmliche Bestrahlung mit Protonen im Protonentherapiezentrum mittels Boostertherapie doppelt so teuer würde.

Das heißt, Sie müssen schon ganz genau sagen, wie Sie in Zukunft eine betriebswirtschaftliche Rechnung aufstellen wollen. Gehen Sie davon aus, dass alle bislang konservativ behandelten Patienten in Zukunft im PTZ mit Partikeltherapie oder Boostertherapie behandelt werden? Wenn Sie dafür von den gesetzlichen **Krankenkassen** das Okay bekommen, dann sollte mich das schon sehr wundern. Das hätte nämlich in Zukunft eine Explosion der Kosten zur Folge. Das wäre schon sehr merkwürdig.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich finde, genau an der Stelle sind Sie die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, wie Sie sich eine solche Rechnung in Zukunft vorstellen. Noch einmal: Ich sage ganz klar, es geht nicht um die Investitionskosten. Es geht um den **Betriebskostenschuss** von bis zu 40 Millionen € im Jahr vor dem

(Dr. Heiner Garg)

Hintergrund der gesamten finanziellen Rahmenda-ten, also darum, dass nicht nur Sie, sondern jeder Kollege, der zu dem Thema gesprochen hat, dem UK S-H einen Betriebskostenzuschuss für PTZ von jährlich bis zu 40 Millionen € verspricht. Das finde ich ausgesprochen mutig angesichts der Tatsache, dass weitere Belastungen des Pflegepersonals und des ärztlichen Personals am UK S-H - jedenfalls aus unserer Sicht - absolut inakzeptabel sind.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte gern wissen, wie Sie sich das in Zu-kunft vorstellen.

Wenn Sie mit den gesetzlichen Krankenversiche-rungen, mit den Ersatzkassen sprechen, dass es eine deutliche Ausweitung der Indikationen geben soll, so mögen Sie auf diese Zahlen kommen. Wenn es bei den vier **Indikationen** bleibt, dann kommen Sie niemals auf die von Ihnen angepeilten **Patienten-zahlen**, auch nicht auf die 2.500; von 4.000 wollen wir gar nicht reden, da die aus meiner Sicht ohnehin utopisch sind.

Dazu übrigens ein letzter Hinweis: Ich bin ja selten mit dem Kollegen Lauterbach von den Sozialdemo-kraten im Bundestag einig, würde mir aber schon einmal angucken, an welchen Stellen in der Bun-desrepublik derzeit tatsächlich Protonenzentren ge-baut werden. Ich würde mir einfach einmal die re-gionalen Radien beziehungsweise die **Einzugsbe-reiche** dieser Protonentherapiezentren anschauen. Danach können wir immer noch darüber reden, ob die Patientenzahlen, die Sie genannt haben, reali-stisch sind. Ich glaube, mit Blick auf die Hausauf-gaben, die zur Sanierung des UK S-H vor Ihnen lie-gen, haben Sie - zumindest, was all Ihre Rahmenda-ten für das PTZ anbelangt -, hier heute sehr durch die rosarote Brille geschaut und keine seriösen Zah-len angegeben.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort erhält Herr Abgeordneter Lars Harms für einen weiteren Redebeitrag.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemel-det, weil mich der Kollege Wadephul falsch zitiert hat. Er hat mir vorgeworfen, Zusammenlegung sei nicht notwendig, habe der SSW gesagt. Ich wieder-hole: Wir halten die gesamte Diskussion um den Verwaltungssitz zum jetzigen Zeitpunkt schlicht

und ergreifend für überflüssig und haben gesagt: Da werden Nebelkerzen geworfen. Andere Fragen als der Standort des Hauptsitzes - Zitat - sind viel wichtiger.

Wir reden zum Beispiel über Pflege; der Kollege Garg hat es gerade noch einmal geradegestellt. Dort wird das Geld verdient. Die Person, die das regeln soll, wird aus dem Vorstand herausgespart! In der Organisation des gesamten Universitätsklinikums ist seit Dezember 2007 die Pflege nicht mehr so präsent wie vorher. Das heißt, die Leute, die das Geld verdienen, schmeißen wir raus und wundern uns, dass nachher nicht mehr genug Geld ins UK S-H hereinkommt. Das ist eine viel wichtigere Diskussion als beispielsweise die Diskussion über den Standort A oder B.

Genauso verhält es sich mit der **Personalentwick-lung**. Wenn wir nur eine Wiederbesetzungssperre verhängen, ohne planmäßig heranzugehen und zu gucken: „Wo brauchen wir Stellen?, wie wollen wir uns inhaltlich als UK S-H aufstellen?“, dann ma-chen wir einen falschen Schritt. Dann kann ich nur zu dem Schluss kommen, dass die Diskussion um den Standort A oder B, die immer so schön emotio-nal geführt wird, nur dazu benutzt wird, um von diesen großen Problemen abzulenken. Das kann nicht sein!

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Kollege Wadephul, Sie haben vorhin auch von 3,6 Millionen € **Einsparungen** gespro-chen. Wir haben bis heute nichts auf dem Tisch, das diese Zahl belegt. Ich möchte als Parlamentarier wissen: Wie setzt sich das zusammen? Welche Mit-arbeiter sind betroffen? Wie viele Mitarbeiter wer-den denn tatsächlich freigesetzt? Welche Mitarbei-ter werden das sein? Welche Synergien entstehen denn durch die Zusammenlegung? Bitte mit Zahlen belegen und nicht einfach nur Millionen auf den Markt schmeißen nach dem Motto: Dann fresst das mal alle und dann wird das schon irgendwie klap-pen! - Das geht eben nicht.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben als SSW ganz deutlich gesagt: Eine re-gionalpolitische Argumentation tragen wir gern mit. Lübeck stärken, ist in Ordnung, kann auch un-ternehmerisch sehr sinnvoll sein.

(Beifall bei SSW und vereinzelt bei der SPD)

Aber es geht wesentlich stärker darum, wie wir un-ser **gesamtes UK S-H** inhaltlich aufstellen wollen,

(Lars Harms)

und zwar an beiden Standorten, in **Kiel** und in **Lübeck**. Diese Fragen werden nicht beantwortet. Im Gegenteil: Uns läuft das Management weg. Die machen sich alle vom Acker und werden überall, von anderen Kliniken dankend angenommen. Ein Unternehmen, dem das passierte, dass sich die Führungskräfte vom Acker machen, würde zu dem Schluss kommen, dass das eine Katastrophe für das eigene Unternehmen ist.

(Dr. Henning Höppner [SPD]: Das passiert jeden Tag in jedem Unternehmen! Bei Siemens und anderen!)

- Das passiert nicht jeden Tag in jedem Unternehmen, lieber Kollege Höppner, sondern das passiert nur bei uns im UK S-H, dass sie sich flächendeckend vom Acker machen. Das ist unser eigentliches Problem, dass diese Leute nicht mehr da sind, dass sich mittlerweile auch die im mittleren Managementbereich Beschäftigten Gedanken darüber machen, ob sie an diesem UK S-H noch eine Zukunft haben. Wir aber reden über Kiel oder Lübeck! Das ist dem Problem nicht angemessen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für einen weiteren Beitrag erhält der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte drei Bemerkungen machen. Erstens. Das, was Kollege Klug hier vorgetragen hat, zeichnete sich vor allen Dingen dadurch aus, dass der von ihm unterbreitete Vorschlag dazu führen würde, dass sich das **Defizit** gewaltig vergrößerte. Ich kenne eigentlich niemanden, der das für sinnvoll hält. Betrachtet man die vergangenen Jahre, räume ich durchaus ein, dass manche Erwartungen nicht erfüllt worden sind, einfach auch deswegen, weil das Umfeld schwieriger geworden ist. Woran es nun aber ganz gewiss nicht gelegen hat, ist mangelndes Engagement der Beteiligten oder mangelnde Qualität. Es liegt auch nicht daran, dass der Weg falsch gewesen wäre, dies zu tun. Die Defizite wären ansonsten viel, viel größer und wir hätten heute ganz andere Probleme.

Ich finde es ein bisschen schade, dass Sie die Tatsache, dass Sie in der Opposition sind, dazu nutzen, Vorschläge zu unterbreiten, von denen Sie glücklicherweise annehmen können, dass sie nicht reali-

siert werden. Man kann trotzdem etwas verantwortlicher und sachkundiger reden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zweitens hat mich Kollege Jürgen Weber, der hier ja eine sehr fachkundige Rede gehalten hat, noch einmal darum gebeten, etwas zu sagen, was in der sportlichen Eleganz, die er im FC Landtag immer praktiziert, bei der Formulierung über den Medizinausschuss vielleicht nicht von jedem erkannt worden ist. Der **Medizinausschuss** hat seinen Sitz in Lübeck und in Kiel. Das wird auch so bleiben. Über die **Geschäftsstelle** des Medizinausschusses entscheidet der Medizinausschuss autonom. Das stand in Jürgen Webers Manuskript, das wollte er auch sagen und das hat er in eleganter Weise so ausgedrückt, dass der Gegner verwirrt war.

(Heiterkeit)

Der dritte Punkt: Es ist mir ein tiefes Bedürfnis, den Wissenschaftsminister gegen ungerechtfertigte, an die Landesregierung gerichtete Vorwürfe zu verteidigen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht nötig!)

- Doch, das ist nötig, denn das, was der Wissenschaftsminister vorgetragen hat, ist die Auffassung der gesamten Landesregierung und der Großen Koalition; das will ich hier ganz deutlich sagen. Wir reden hier nämlich über einen Kraftakt, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Beifall bei SPD und CDU)

der es nicht zulässt, dass man mit Miesmacherei und Standortschädigung - das will ich auch deutlich sagen - das schwieriger macht, was schwierig genug ist. Wir haben nämlich hervorragende **Wettbewerbschancen**. Es ist das zweitgrößte Klinikum in der Bundesrepublik. Wir werden im Wettbewerb mit **Hamburg** gut abschneiden können; denn in Hamburg ist es viel teurer als in Schleswig-Holstein.

Wir haben schwierige **Tarifverhandlungen** vor uns. Wir wünschen uns, dass es bei der öffentlichen Trägerschaft bleibt. Das wird alles schwieriger, wenn man die Dinge noch schlechterredet. Die dort Beschäftigten haben es nicht verdient, dass man diesen Weg noch schwerer macht. Das Parlament sollte auch im Sinne von Standortwerbung seinen Beitrag dazu leisten.

Ich füge hinzu - dabei teile ich ausdrücklich das, was der Fraktionsvorsitzende der Union hier gesagt hat -: Ich fände es auch gut, wenn diejenigen, die

(Dr. Ralf Stegner)

mit ihren Gehältern nicht so sehr unter Druck sind wie die Beschäftigten in den unteren Gehaltsklassen, nicht durch Formen von Streitigkeiten auf sich aufmerksam machen würden, die nichts mit Niveau von Wissenschaft zu tun haben.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sollten nicht der eine gegen den anderen argumentieren, sondern für das starke Universitätsklinikum in Schleswig-Holstein. Es ist der größte Arbeitgeber in unserem Land. Sie bieten eine exzellente medizinische **Krankenversorgung** und eine exzellente **Forschung**. Es ist unser Auftrag, dafür zu sorgen, dass dies so bleibt und dass wir mit dem schwierigen Weg, den wir gehen, dafür sorgen, dass die Defizite geringer werden. Dazu haben in diesem Fall, wie ich finde, die beiden Partner in der Großen Koalition einen guten Beitrag geleistet. Deswegen tragen wir ausdrücklich alles mit, was hier vorgetragen worden ist.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 16/1820 (neu) durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Mündliche Berichte werden nicht an den Ausschuss überwiesen. Das Präsidium geht aber davon aus, dass der Ausschuss im Rahmen des Selbstbefassungsrechts sich jederzeit wieder mit diesem Thema beschäftigen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium nimmt an, dass wir davon ausgehen können, dass wir die Sitzung um 15 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 3 fortsetzen. - Ich sehe keinen Widerspruch. Ich wünsche eine schöne Mittagspause.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:00 bis 15:01 Uhr)

Präsident Martin Kayenburg:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (Schulgesetz - SchulG)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1715

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 16/1800

Ich erteile der Berichterstatterin des Bildungsausschusses, der Frau Abgeordneten Sylvia Eisenberg, das Wort.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag hat den Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 14. Dezember 2007 in erster Lesung debattiert und ihn zur weiteren Beratung federführend an den Bildungsausschuss und mitberatend an den Finanzausschuss überwiesen. In der Landtagsdebatte im Dezember haben alle Fraktionen zum Ausdruck gebracht, die jetzige Regelung zur **Schülerbeförderung** im **Schulgesetz** so schnell wie möglich ändern zu wollen - im Interesse der Eltern und der Kreise.

Die Koalitionsfraktionen haben nach ihren Fraktionssitzungen am 22. Januar 2008 einen Änderungsantrag vorgelegt, der am 24. Januar 2008 vormittags im mitberatenden Finanzausschuss und nachmittags im federführenden Bildungsausschuss beraten und beschlossen wurde. Gegenstand des Antrages der Koalition ist neben einer Änderung des Schulgesetzes eine Änderung des **Finanzausgleichsgesetzes** - gedacht als Kompensationsmaßnahme zugunsten der Kommunen -, die der Landtag nach Aussage des Wissenschaftlichen Dienstes heute in erster Lesung mit beschließen kann.

Der von der FDP im Finanzausschuss gestellte Antrag, eine mündliche Anhörung der kommunalen Landesverbände zu dem Antrag durchzuführen, wurde von der Mehrheit des Finanzausschusses abgelehnt mit dem Hinweis darauf, dass das Thema ausführlich und in mehreren Sitzungen beraten worden ist und die vielfachen Stellungnahmen der Betroffenen bekannt sind. Nichtsdestotrotz hat der Finanzausschuss auf Antrag der Opposition einstimmig beschlossen, den kommunalen Landesverbänden, den Landeselternbeiräten und dem Landesfeuerwehrverband den Antrag der Koalition zur

(Sylvia Eisenberg)

Kenntnis zu geben und ihnen Gelegenheit zu geben, sich zu der vorgesehenen Gesetzesänderung bis zur Verabschiedung im Landtag zu äußern. Die Stellungnahmen der Betroffenen liegen Ihnen als Umdrucke vor.

Der federführende Bildungsausschuss hat sich letzten Donnerstagnachmittag mit dem Antrag befasst. Auf Fragen der Opposition hat die Bildungsministerin die Unterschiede zum Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie folgt begründet: Auf die **Grenze von 30 %** habe man aufgrund der gemachten Erfahrungen mit Streitigkeiten über die Bezugsgröße ebenso verzichtet wie auf den Zusammenhang zur Nutzbarkeit für private Zwecke, weil eine solche gesetzliche Regelung einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalte.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Bildungsausschuss den Antrag der Koalitionsfraktionen angenommen und den Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Damit empfiehlt Ihnen der Bildungsausschuss im Einvernehmen mit dem an der Beratung beteiligten Finanzausschuss, die Überschrift des von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegten Gesetzentwurfs in „Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes“ zu ändern und den Gesetzentwurf in der Fassung der Ihnen mit Drucksache 16/1800 vorliegenden Beschlussempfehlung anzunehmen.

(Vereinzelter Beifall)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Wilfried Wengler.

Wilfried Wengler [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein guter Tag für die Eltern der Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die dürfen jetzt alles bezahlen!)

Ist es wirklich ein guter Tag für die Eltern? Lassen Sie uns auf diese Frage am Ende meiner Ausführungen zurückkommen.

Ursache für die Diskussionen über das heutige Thema war die Entscheidung der Koalition, zur Konsolidierung des Haushalts auch einen **Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich** in Höhe von 120 Millionen € vorzunehmen. Es war die einhellige Auffassung der gesamten kommunalen Ebene, hierfür einen **Ausgleich** zu schaffen. Das war die Forderung des Landkreistages.

Diese Kompensation beinhaltete auch die Erhebung einer Beteiligung an den **Schülerbeförderungskosten** durch die Kommunen. Auf diese Weise sollte den Kommunen eine zusätzliche **Einnahmequelle** erschlossen werden. Eine Idee übrigens, die vom Landkreistag eingebracht wurde, zuvorderst eine Idee des Kreises Nordfriesland. Diese Position wurde im Schulgesetz verankert. Heute nun stehen wir vor dem Ende der Diskussionen über dieses Thema.

Die Koalition hat erkannt, dass dieses Vorgehen zu heftigen Protestaktionen geführt hat, und wie hat es der Kollege Hay in der ersten Lesung so treffend formuliert: „Wenn man einen Fehler macht und dieses feststellt, dann steht man dazu und versucht, diesen Fehler zu korrigieren.“

Lassen Sie mich diese Korrektur kurz umreißen. Die im Schulgesetz vorgesehene verpflichtende Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten wird durch eine **Kannregelung** ersetzt. Diese Regelung gilt rückwirkend für das Schuljahr 2007/2008.

Die Kommunen erhalten eine finanzielle Hilfe in Höhe der in den Haushalten für 2008 ausgewiesenen Einnahmen aus den Beiträgen der Eltern in Höhe von circa 7,5 Millionen € sowie den anteiligen Betrag für 2007 in Höhe von circa 2 Millionen €. Die exakten Beträge werden nach Abstimmung mit den Kommunen im Doppelhaushalt 2009/2010 durch Umschichtung bereitgestellt und kassenwirksam.

Die **Kommunen** erhalten im Jahr 2008 eine Abschlagszahlung auf später abzurechnende Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 124 Millionen €. Hinzu kommt ein Verzicht auf die Entnahme von mindestens 1 Million € aus der Feuerschutzsteuer für Zwecke des Katastrophenschutzes gegen Bereitstellung entsprechender Landesmittel für den Einzelplan des Innenministeriums. Die weitere **finanzielle Hilfe** für die Kommunen ab 2009 wird im Doppelhaushalt 2009/2010 geregelt.

Diese Vorgehensweise ermöglicht es uns, auf einen Nachtragshaushalt für 2007/2008 zu verzichten, ohne dass den Kommunen durch die Entscheidung bezüglich der Schülerbeförderungskosten Liquiditäts-

(Wilfried Wengler)

engpässe drohen. Die Abschlagszahlung auf vereinbarte beziehungsweise 2008 ausgehend von der Steuerschätzung zu erwartende Mehreinnahmen, die den Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleich zustehen, erfolgt aufgrund haushaltsrechtlicher Ermächtigung.

Im Normalfall ist eine Endabrechnung des kommunalen Finanzausgleichs erst nach zwei Jahren fällig. Das heißt, 2008 kämen lediglich circa 30 Millionen € zur Ausschüttung. Hier ist zu bedenken, dass den Kommunen durch die darüber hinausgehende Abschlagszahlung zusätzliche Liquidität zufällt sowie ein beachtenswerter Zinsgewinn entsteht. Der zusätzliche Betrag aus der Feuerschutzsteuer muss zwar zweckgebunden verwendet werden, setzt aber bisher dafür verwendete andere Haushaltsmittel der Kommunen frei.

Einen weiteren Punkt möchte ich nicht unerwähnt lassen. Die seit 2007 auch in den Kommunen geltende Arbeitszeitverlängerung lässt sich sicherlich auch gegen den zeitlichen Mehraufwand aufrechnen, der für die Umsetzung der Beförderungskostenbeteiligung betrieben wurde beziehungsweise für deren Rückerstattung betrieben werden muss.

Kommen wir zur eigentlichen Änderung des Schulgesetzes. Die Entscheidung, ob sie überhaupt, in welcher Form oder in welcher Höhe sie eine **Schülerkostenbeteiligung** festlegen, wird wieder in die **Verantwortung der Kommunen** gegeben. Das heißt, wir kehren im Wesentlichen zur Regelung des alten Schulgesetzes zurück. Wir erfüllen damit eine Forderung, die unter anderem auch Frau Heinold in ihrem Beitrag zur ersten Lesung gefordert hat.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe nur „im Wesentlichen“ weggelassen!)

Es ist mir daher völlig unverständlich, Frau Heinold, dass die Grünen in ihrer Presseerklärung vom 23. Januar folgende Aussagen treffen; ich zitiere auszugsweise und verkürzt mit Erlaubnis des Präsidiums:

„Die Kreise können die Eltern zukünftig in beliebiger Höhe mit den Kosten für die Schülerfahrkarten ihrer Kinder belasten. ... Die Formulierung im Gesetz“

- gemeint ist hier die von CDU und SPD vorgeschlagene Änderung -

„ist ein familienpolitischer Irrsinn. ... Die Eltern werden erneut betrogen.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Diese Formulierungen kann ich nur auf das Schärfste zurückweisen.

Da ich selbst auch Kommunalpolitiker bin, muss ich mich fragen, welche eigenartige Einstellung die Fraktion der Grünen zur kommunalen Ebene hat.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Überhaupt keine!)

Ich werte derartige Aussagen als eine grobe Missachtung der verantwortungsvollen Arbeit der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagen Sie nach all dem, was im letzten halben Jahr gelaufen ist?)

in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

Ein Beispiel aus der vergangenen Woche zeigt die Unhaltbarkeit der grünen Anschuldigungen. Die CDU-Kreistagsfraktion Schleswig-Flensburg hat beschlossen, keine Schülerkostenbeteiligung zu erheben. Die von FDP und SSW befürchtete Benachteiligung der Familien im ländlichen Raum wird es also nicht geben.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Was machen Sie nach der Wahl? - Ministerpräsident Peter Harry Carstensen: Wir sind doch nicht in der FDP! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Der FDP ist das egal!)

Kommen wir zurück zur anfangs gestellten Frage. - Ja, es ist ein guter Tag für die **Eltern der Schülerinnen und Schüler**. Eine zusätzliche Belastung der bislang Betroffenen wird mit der Gesetzesänderung zurückgenommen. Aber, wie wir sehen, bedeutet diese Lösung eine zusätzliche **Belastung** des noch aufzustellenden **Landeshaushaltes 2009/2010**.

Am vergangenen Dienstag haben wir erfahren, dass es nach vielen Jahren gelungen ist, in 2007 im Abschluss einen verfassungsgemäßen Haushalt zu erreichen. Man kann nun sicherlich dieses herausragende, auch von der Koalition nicht erwartete Ergebnis herunterspielen und sagen, dieses Ergebnis sei allein den erhöhten Steuereinnahmen aufgrund der Konjunktur zu verdanken, oder geringschätzend argumentieren, die erreichten Einsparungen seien ja schon im Haushaltsansatz berücksichtigt worden. Ich frage mich jedoch: Wie sähe wohl die Argumentation aus, hätte unser Finanzminister im vergangenen Jahr den breit gefächerten Begehrlichkeiten

(Wilfried Wengler)

ten nachgegeben, als die Steuerschätzungen höhere Einnahmen in Aussicht stellten? Nein, meine Damen und Herren, dieses Ergebnis verdanken wir auch der eisernen Spardisziplin und der Unnachgiebigkeit unseres Finanzministers.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na, na, na!)

Aber wir haben erst ein Etappenziel vorzeitig erreicht. Dies gilt es zu konsolidieren und durch einen Sparhaushalt 2009/2010 zu verfestigen. Was wir heute beschließen, bedeutet zunächst einmal zusätzliche Ausgaben, die an anderer Stelle des Haushalts kompensiert werden müssen, wollen wir nicht das Ziel aus den Augen verlieren, die Neuverschuldung weiter zu reduzieren.

Das aber bedeutet weitere Anstrengungen sowohl der Regierung als auch des Parlaments, Spardisziplin zu üben und sich den Ansprüchen vermeintlicher Klientel zu widersetzen.

Es ist also ein guter Tag für Eltern und Kommunen. Es bedeutet viel Arbeit für Regierung und Parlament. - Die CDU-Fraktion wird der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses zustimmen.

An Sie, meine Damen und Herren, möchte ich mich noch mit den Worten unseres ersten Bundeskanzlers wenden: Auch Ihre Kommentare werden uns nicht daran hindern, heute „wat klüger zu sein als jestern“.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der Tribüne begrüßen wir ganz herzlich Mitglieder des CDU-Ortsverbands Tornesch. - Seien Sie uns alle herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Detlef Buder das Wort.

Detlef Buder [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn der Landtag heute der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses vom vergangenen Donnerstag folgt, werden wir das neue **Schulgesetz**, das wir vor ziemlich genau einem Jahr verabschiedet haben, in einem Punkt ändern, der sich in den vergangenen Monaten schon beinahe an die Spitze der gesellschaftlichen Debatten geschoben hat, die wir mit unserem Gesetz ausgelöst haben.

Aus der kommunalen Familie wurde bekanntlich vor der Verabschiedung des Schulgesetzes der Wunsch geäußert, eine obligatorische **Elternbeteiligung an der Schülerbeförderung** festzuschreiben, wobei zum Teil weit höhere Sätze als die schließlich vereinbarten 30 % gefordert wurden; darauf möchte ich noch einmal hinweisen. Damit sollten Eingriffe - dies haben wir gerade ausführlich gehört - in den kommunalen Finanzausgleich kompensiert werden.

Die letzte Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände stellt diesen Zusammenhang nochmals dar, berücksichtigt allerdings nicht die eigenen Aktivitäten auf diesem Gebiet; das hat der Geschäftsführer wohl vergessen.

Wir haben in den vergangenen zwölf Monaten erfahren müssen, dass die neue Regelung weder bei den Eltern noch bei den Kreisen und Kommunen Zustimmung gefunden, sondern viel Unzufriedenheit und unnötige Konflikte geschaffen hat.

Diese Konflikte wurden zum Teil in den Kreisen, zum Teil im Landtag, zum Teil mit großer Öffentlichkeitswirksamkeit auch innerhalb der Koalition ausgetragen; daran wird sich sicherlich jeder erinnern.

Die SPD hat sich bereits auf ihrem Landesparteitag im März 2007 dafür ausgesprochen, die **Entscheidung** über eine Elternbeteiligung an der Schülerbeförderung in die **Verantwortung der Kreise** zurückzugeben. Vielleicht werden Sie sich noch daran erinnern: Ich habe bereits damals an dieser Stelle darauf hingewiesen.

Es hat dann, wie Sie alle mitbekommen haben, noch ein wenig gedauert, bis sich die Diskussionsstände der beiden Koalitionsparteien einander angeglichen haben. Die Inder haben dazu das Sprichwort: Die Trommeln erscheinen betörender aus der Ferne.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich wiederhole: Die Trommeln erscheinen betörender aus der Ferne - und ich ergänze -, insbesondere dann, wenn es sich um liebevolle nordfriesische Schlaginstrumente handelt.

(Heiterkeit)

Nach Beschlussfassung im Bildungsausschuss und im Finanzausschuss liegt Ihnen also heute ein Artikelgesetz vor, mit dem wir das Schulgesetz und das **Finanzausgleichsgesetz** ändern wollen. Es sieht vor, dass es wie früher in der Entscheidungshoheit des Kreises liegt, in seiner Satzung eine angemessene

(Detlef Buder)

ne Beteiligung der Eltern beziehungsweise der volljährigen Schülerinnen und Schüler an den Kosten der Schülerbeförderung festzuschreiben.

Ich will unangebrachtes Alarmgeschrei gleich erstickten. Eine angemessene Beteiligung heißt nun nicht, dass sich die Logik der Kostenpflicht auf den Kopf stellen ließe. Die Kreise sind und bleiben Träger der Schülerbeförderung. Sie können die Eltern zu einer Kostenbeteiligung heranziehen, sie müssen es aber nicht. Es ist hingegen nicht so, dass sich die Kreise künftig an den Beförderungskosten beteiligen, die in der Hauptsache von den Eltern zu tragen wären. Beschlüsse ein Kreis also eine hälftige Aufteilung oder gar eine Mehrheitsbeteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten, so wäre dies durch den Wortlaut des Gesetzes nicht gedeckt.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Hentschel, Sie müssen nicht immer mit nicht vorhandenen Stangen in nicht vorhandenem Nebel herumstochern.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das hast du gesagt.

Präsident Martin Kayenburg:

Bitte keine Dialoge, Herr Abgeordneter Detlef Buder hat das Wort.

Detlef Buder [SPD]:

Es ist den Kreisen künftig unbenommen, die Eltern von der Kostenbeteiligung völlig freizustellen, wie dies eine Reihe von Kreisen bereits in Aussicht gestellt hat. Zahlreiche Gemeinden haben dies gefordert. Das überkomplizierte und häufig lebensfremde Auseinanderrechnen zwischen der Nutzung einer Dauerkarte für den Weg von zu Hause zur Schule und zurück und einer Nutzung für private Zwecke darüber hinaus wird nach unserem Antrag künftig nicht mehr stattfinden. Wir stärken damit die **Verantwortung der Kreise**. Wir stärken damit auch die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger, die unter den Bedingungen vor Ort in der Region am besten entscheiden können, welche Angebote im Schülerverkehr notwendig sind.

Es bleibt wie bisher bei der Ermächtigung der Kreise, als notwendig nur den Weg zu nächstgelegenen Schule der gewünschten Schulart anzuerkennen. Dabei gilt die Ausnahme, dass dies nicht für För-

derschulen gilt, wenn die nächstgelegene Förderschule bereits ausgebucht ist.

In Artikel 3 wird geregelt, dass die Entscheidungshoheit der Kreise über eine Elternbeteiligung rückwirkend zum 9. Februar 2007 - also zum Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes - geregelt wird. Damit haben die Kreise, die auf eine Elternbeteiligung verzichten oder die 30-%-Quote nicht ausschöpfen wollen, freie Hand, bereits erhobene Gelder wieder an die Eltern zurückzuzahlen. Wie wir gehört haben, ist die finanzielle Grundlage dazu gesichert.

Wir haben immer gesagt, dass bei einer **Neuregelung** der Schülerbeförderungskosten ein **Ausgleich** für die Kreise gefunden werden muss. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, gleichzeitig das Finanzausgleichsgesetz dahin gehend zu ändern, dass § 31 Abs. 1 Nr. 3 gestrichen wird, der einen Vorwegabzug in Höhe von 10 % für die Aufgaben des Katastrophenschutzes und für Personalkosten im Bereich des Brandschutzes vorgesehen hat. Damit spülen wir zusätzliche Einnahmen aus der Feuerchutzsteuer in die Haushalte der Kreise und kreisfreien Städte.

Es hat in der öffentlichen Diskussion zum Teil darüber hinausgehende Wünsche nach einer generellen Kostenfreiheit der Schülerbeförderung auf dem Land und in den kreisfreien Städten gegeben. Es war von vornherein Beschlusslage und Position der SPD, dass dieser durchaus nachvollziehbare Wunsch nicht mit dem Land, sondern in und mit den Kreisen zu erörtern ist. Die Verantwortung liegt bei ihnen. Das Land schafft heute den rechtlichen Rahmen dafür, dass die Kreise darüber im Rahmen des für sie Bezahlbaren entscheiden.

In den kreisfreien Städten wird es bei der bisherigen Regelung bleiben, da es dort keinen eigenen Schülerverkehr unabhängig vom normalen Linienbetrieb gibt. Die Monatsfahrkarten bleiben dort auch privat nutzbar und werden erheblich subventioniert und verbilligt an Schüler abgegeben, in Kiel und in Lübeck zum Beispiel für 70 bis 75 % der Kosten.

Jetzt sind die Kreise aufgefordert, ihre **Satzungen zur Schülerbeförderung** schnellstmöglich der neuen Rechtslage anzupassen. Ich gehe davon aus, dass sie das sehr großzügig tun werden, um damit Rechtssicherheit für die Eltern zu schaffen. Ich bin davon überzeugt, dass die Kreistage gerade im Vorfeld der Kommunalwahlen zu einer rationalen Abwägung zwischen ihrer eigenen finanziellen Lage und der Notwendigkeit zur Entlastung ihrer Bürgerinnen und Bürger kommen werden. Ich empfehle

(Detlef Buder)

allen, sich in diesem Zusammenhang einmal die Broschüre der Koalition für den ländlichen Raum anzusehen, die im ersten Stock ausliegt, und sich so intensiv mit der Problematik sowohl der Bildung als auch der Schülerbeförderung auf dem Land auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ende Januar 2007 - vor fast genau einem Jahr - ist in Schleswig-Holstein die 30-prozentige **Zwangsbeitrag der Eltern an den Schulbuskosten** eingeführt worden. Fast ein Jahr später wird sie heute wieder abgeschafft. Wir Liberale sind - wie Sie wissen - von Anfang an gegen die noch einige Minuten geltende Regelung gewesen, die heute nun wieder aus dem Schulgesetz herausgekickt wird, denn es ist eine unsoziale Regelung, die zulasten der Menschen im ländlichen Raum geht. Das ist auch einer der Gründe dafür gewesen, deretwegen wir das Schulgesetz damals abgelehnt haben. Dies hatte ich auch vor einem Jahr anlässlich der zweiten Lesung zum Schulgesetz ausgeführt.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im vergangenen Jahr habe ich in mehreren Landtagsdebatten - am 10. Mai, am 12. September und am 14. Dezember - betont, dass mit der Zwangsbeitrag der Eltern an den Schulbuskosten ein verkapptes Schulgeld eingeführt würde. Es gab darauf einen lebhaften Widerspruch aus den Reihen der Koalitionsfraktionen. Ich will mich auf ein Zitat beschränken. In der ersten Lesung über unseren Gesetzentwurf im Mai erklärte der Fraktionsvorsitzende der CDU, der Kollege Johann Wadephul:

„Wir werden bei unserer Auffassung bleiben und werden das Schulgesetz deshalb nicht ändern.“

Neun Monate später ändern Sie, Herr Kollege Wadephul, das Schulgesetz nun doch und das ist gut so. Wir beklagen das gar nicht. Eine späte Einsicht ist auch gut. Zu diesem Sinneswandel an der Spitze der Landesregierung und an der Spitze der Landes-CDU kam es bekanntlich im November letzten Jahres im Verlauf einer Reise des Ministerpräsidenten nach Indien.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Reisen bildet!)

- Reisen bildet, das kann man sagen, hier hat Wolfgang Kubicki recht. - Auf den Weg der Erleuchtung wurde Peter Harry Carstensen jedoch nicht deshalb geführt, weil er auf Reisen einem indischen Guru begegnete. Dies sage ich, um hier jede Vermutung von Anfang an zu ersticken. Nicht die Konfrontation mit östlicher Weisheit, sondern vielmehr der harte Zusammenprall mit schleswig-holsteinischer Westküstenquerköpfigkeit hat das Einlenken der Landes-CDU bei diesem Thema letzten Endes verursacht.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nachdem zuvor bereits der Dithmarscher **Kreistag** den **Gesetzesvollzug** in Sachen Schülerbeförderung verweigert hatte, zog am 16. November bekanntlich auch der Kreistag von Nordfriesland nach. Das hat die Führung der Landes-CDU - schließlich kommen Herr Carstensen und auch der Chef der Staatskanzlei aus Nordfriesland - veranlasst, mit wehenden Fahnen den Rückzug anzutreten. Im Hinblick auf diesen Kurswechsel und auf die vorausgegangene Revolte in Husum war im „Flensburger Tageblatt“ am 22. November - also wenige Tage später - wörtlich Folgendes nachzulesen:

„Dem Rechtsbruch wird nachgegeben, resümierte SPD-Fraktionschef Lothar Hay, der sich not amused zeigte über die Erklärungen Carstensens.“

Dies nun von der sozialdemokratischen Seite. Hier kam auf einmal Kontra, nachdem die Sozialdemokraten nach dem SPD-Landesparteitag Mitte März für eine Änderung trommelten. Das ist einer dieser paradoxen Aspekte der Diskussion der letzten Monate, in der - neben der Sachfrage - vonseiten der Großen Koalition offenkundig unglaublich viel Taktik in dem Verhalten der einen wie der anderen Seite enthalten war.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Höhepunkt war bekanntlich das September-Plenum im letzten Jahr, als Herr Innenminister Stegner - mittlerweile außer Dienst - in der zweiten Lesung zum FDP-Gesetzentwurf über seine persönlichen Erklärungen zur anstehenden Sachfrage ins Stolpern geriet und nach seinem Beinahe-Rauswurf aus dem Kabinett seinen unterdessen vollzogenen Amtsverzicht ankündigen musste. Die FDP-Fraktion kann deshalb gut verstehen, dass nicht nur wir am heutigen Tag Grund zur Zufriedenheit haben,

(Dr. Ekkehard Klug)

sondern dass sich auch Herr Kollege Stegner - jedenfalls in der Sache - wohl bestätigt fühlen kann.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Da haben Sie recht!)

Da nun allerdings seitens der Koalition und insbesondere seitens der CDU das Versprechen abgegeben worden ist, die **Kommunen** würden für den Wegfall der 30-prozentigen Zwangsbeteiligung einen **finanziellen Ausgleich** erhalten, ist auch dieses Thema hier noch kurz zu erörtern.

In der Frage, wie viel eigentlich die geforderte Kompensation zugunsten der Kreise in Euro und Cent ausmacht, gab es nämlich in den letzten Monaten aus den Reihen der Großen Koalition fast so viel Verwirrung wie in der **Schulbuskostenfrage** selbst. Herr Landtagspräsident Kayenburg bezifferte die Höhe der **Einnahmen**, die den **Kreisen** im Falle einer Schulgesetzänderung entgehen würden, auf rund 11 Millionen €; Schleswig-holsteinischer Zeitungsverlag, 20. November. Minister - mittlerweile außer Diensten - Stegner sprach laut dpa vom 21. November von einer „zweistelligen Millionen-summe im Jahr“.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist aber deckungsgleich!)

- Das könnte deckungsgleich sein. Jetzt kommt aber die Abweichung. Schön aufpassen, Holger Astrup! - Ministerpräsident Carstensen knüpfte die von ihm vorgegebene Rolle rückwärts am gleichen Tage, also auch 21. November, im „Hamburger Abendblatt“ an die „Bedingung, dass die Einnahmenverluste der Kreise nach seiner Rechnung etwa 4,5 Millionen € durch **Landesmaßnahmen** ausgeglichen werden“.

Dann kommt der vierte Punkt. Die Koalitionsrunde, die Mitte Dezember nach dem Dezember-Plenum zusammenkam, bezifferte die fällige **Kompensation** laut „Lübecker Nachrichten“ vom 14. Dezember auf 7 Millionen €. Das ist jetzt mindestens die dritte, wenn nicht die vierte Zahl. Also heiteres Kompensationsraten in den Reihen der Großen Koalition! Oder man könnte auch auf die Idee kommen: Die Herrschaften sind nicht nur nicht in der Lage, eine gemeinsame Politik zustande zu bringen, sondern sie können auch nicht einmal rechnen.

(Günther Hildebrand [FDP]: Wie hätten Sie es denn gern?)

Noch interessanter ist, wenn man das mit in die Betrachtung einbezieht, was vor zwei Tagen in einem Schreiben der kommunalen Landesverbände an den Finanzausschuss - inzwischen auch verumdruckt -

formuliert worden ist. Dort wird nämlich Folgendes gesagt:

„Ausweislich der Kompensationsliste (Anlage 4 zur Landtagsdrucksache 16/1286) wurde den Kommunen in Schleswig-Holstein für das Jahr 2007 eine **Entlastung** in Höhe von 6 Millionen € und für das Jahr 2008 eine Entlastung in Höhe von 9 Millionen €, mithin insgesamt 15 Millionen €“

- das ist jetzt mindestens die vierte, wenn nicht die fünfte Zahl -

„zugesichert. Der Gesetzentwurf enthält keine Aussagen dazu, auf welche Weise ein annähernd quantitativer Ersatz für den Wegfall dieser Kompensationsmaßnahme durch das Land geleistet wird.“

Wir können also feststellen - das will ich resümieren -: CDU und SPD bleiben hinter dem von ihnen selbst aufgestellten Ziel einer Kompensation für die Kreise ziemlich weit zurück. Herr Landtagspräsident Kayenburg müsste demnach heute das wahr machen, was er laut „Bild“-Zeitung, Hamburg-Ausgabe, am 22. November erklärt hat:

„Wenn für die Kommunen die zusätzlichen Kosten nicht vollständig kompensiert werden, stimme ich im Landtag dagegen.“

Ich bin also gespannt, wie das nachher, wenn wir abstimmen, abgeht.

(Unruhe)

- Ich höre ja die Kommentare von hinten.

Abgesehen von der reichlich unklaren Lage im Hinblick auf die Folgen für die **kommunalen Finanzen** bietet der heute zur Abstimmung stehende Gesetzentwurf inhaltlich Licht und Schatten. Der große Pluspunkt - das will ich ausdrücklich feststellen - ist der grundsätzliche Wegfall der vom Landesgesetzgeber vorgegebenen Zwangsbeteiligung der Eltern an den Schulbuskosten. Das ist das, was wir im Kern ja auch wollten. Aber es gibt durchaus auch einen Minuspunkt, den ich nicht verschweigen kann. Wir hatten uns in unserem Gesetzesantrag, der ja im Dezember noch einmal von den Grünen wortgleich eingebracht worden ist, an der alten Regelung orientiert, die eine Kannvorschrift mit einer ganz wesentlichen Bedingung verknüpft, nämlich mit der Bedingung, dass vor Ort auf der Kreisebene nur dann eine angemessene **Elternbeteiligung** eingeführt werden kann, wenn **Schülernetzkarten** ausgegeben werden, die man auch in erheblichem Umfang für private Zwecke nutzen kann.

(Dr. Ekkehard Klug)

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wie Sie alle wissen, ist das die Situation etwa im Hamburger Umland mit dem Zugang zum Hamburger Verkehrsverbund. Da kann man sagen: Wenn man so erhebliche Vorteile hat, ist sicherlich auch eine Gegenforderung im Sinn einer Beteiligung an den Kosten durchaus begründbar. Aber diese entscheidende Verbindung ist in dem Entwurf der beiden Regierungsfractionen weggefallen. Es ist jetzt sozusagen nackt eine **Kannvorschrift** im künftigen Gesetz enthalten, die besagt, dass die **Kreise** eine Elternbeteiligung einführen können. Dabei ist selbst das bis heute noch geltende Limit von 30 % weggefallen. Ich weiß gar nicht, warum Sie sich so darüber aufgeregt haben, als ich vorhin in einem Zwischenruf gesagt habe, die Versprechungen, die jetzt vor der Kommunalwahl von Kreisen erfolgen, die Elternbeteiligung nicht einzuführen, werden ihre Bewährungsprobe erst nach der Kommunalwahl ableisten müssen. Das ist doch die Erfahrung, die die Bürger in Schleswig-Holstein mit vielen, vielen Versprechungen etwa der CDU vor der letzten Landtagswahl gemacht haben, und nach der Landtagswahl sah die Welt dann anders aus.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß gar nicht, warum Sie sich da so furchtbar aufgeregt haben. Das sind die praktischen Erfahrungen. Weil wir dieses Risiko sehen und insoweit nicht hundertprozentig mit dem zufrieden sind, auf was sich die beiden Regierungsfractionen geeinigt haben, werden wir uns in der Abstimmung der Stimme enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erlaube ich der Frau Abgeordneten Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Versuch von CDU und SPD, den Eltern in Schleswig-Holstein per Landesgesetz jährlich 9 Millionen € für die Beförderung ihrer Kinder zur Schule aus der Tasche zu ziehen, ist glücklicherweise gescheitert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das schon in Kraft getretene Gesetz wird heute zurückgenommen. So etwas passiert nicht oft. Es wird rückwirkend außer Kraft gesetzt. Die Kreise Dithmarschen und Nordfriesland haben die Landesregierung in die Knie gezwungen.

Was für ein Possenspiel, meine Damen und Herren, das CDU und SPD im letzten Jahr aufgeführt haben! Es fing damit an, dass CDU und SPD beschlossen hatten, den **Kommunen** jährlich 120 Millionen € wegzunehmen. Einen Teil dieses Geldes, nämlich 1,9 Millionen € jährlich, sollten sich die Kommunen bei den Eltern zurückholen - unglaublich, sich so etwas überhaupt zu überlegen -, indem die Eltern die Schulbuskarten teilweise selbst mitbezahlen sollten. Der vorherige Beschluss der Großen Koalition, hier groß verkündet, künftig alle Entscheidungen einer Familienfreundlichkeitsprüfung zu unterziehen, meine Damen und Herren, war schnell vergessen und entpuppte sich leider als leeres Versprechen. Stattdessen sollten die Familien mit den zusätzlichen Kosten belastet werden.

CDU und SPD waren sich einig, dass es in Ordnung sei, **Eltern** zukünftig für die Fahrten ihrer Kinder zahlen zu lassen, auch wenn die Fahrkarten für private Fahrten keine Vorteile brachten. Für die SPD stellte Henning Höppner in seiner Pressemitteilung im Mai 2007 fest: „Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten ist sinnvoll und gerecht.“ Strittig zwischen den Koalitionspartnern war nur die Frage, ob das Land die 30 % per Landesgesetz für alle Kreise verbindlich festlegen sollte oder ob man diesen Schwarzen Peter lieber an die Kreise durchreichen wolle; so der Vorschlag der SPD in der Hoffnung, dann vor Ort gegen eine Beteiligung der Eltern mobilisieren zu können zulasten der CDU. Um die Eltern, meine Damen und Herren, ging es in dieser Frage nie.

Das Ergebnis ist bekannt. Die SPD stimmte vor Ort fröhlich Wahlkampföne an. Die CDU rieb sich verwundert die Augen, hatte man das Gesetz doch gemeinsam beschlossen. Und der SPD-Parteitag beschloss fröhlich, dass höhere Schülerbeförderungskosten bildungspolitisch falsch und sozial ungerecht seien. Von nun an setzte sich die SPD für die **Rücknahme** der 30-prozentigen **Elternbeteiligung** ein, gemeinsam mit vielen Kommunen, die zu Recht dagegen protestiert hatten, dass gerade die Eltern im ländlichen Raum nun draufzahlen sollten.

Nun machte auch die CDU-Basis mobil; denn ganz allein wollte man doch nicht mit dem Schwarzen Peter in der Hand dastehen. Aber erst, als auch der Heimatkreis des Ministerpräsidenten kippte und sich gegen die Elternbeteiligung aussprach, wurde

(Monika Heinold)

der Ministerpräsident schwach und es ist erwähnt worden, die fröhliche Botschaft aus dem fernöstlichen Indien hieß: Schluss mit der Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten. Wieder rieb sich die CDU verwundert die Augen.

In den folgenden Tagen überboten sich dann CDU und SPD beim Versprechen von Wohltaten. Die CDU beschloss sogar auf ihrem Parteitag im November, man könne sich vorstellen, die Eltern zukünftig sogar ganz von den Kosten der Schülerbeförderung zu befreien. Und die SPD forderte, dann sollen auch die Schüler in den kreisfreien Städten kostenlos mit dem Schulbus fahren dürfen. Wir fragen uns als Grüne-Fraktion, ob wir mit unserem simplen Vorschlag, einfach zurück zur **alten Gesetzeslage** zu gehen, ein bisschen zu realpolitisch waren. Wir waren ja sozusagen schon am Ende der Fahnenstange der wohlfeilen Versprechungen.

Meine Damen und Herren, Budenzauber, was da betrieben wurde. Nun kommt der letzte Akt des Dramas. Die lang erwartete Lösung des Problems wird nach Antragsschluss des Landtages in diesem Jahr aus dem Hut gezaubert, sodass für eine ordentliche Ausschussberatung überhaupt kein Raum und keine Zeit mehr blieb. CDU und SPD haben scheinbar überhaupt kein Interesse mehr daran, mit den Eltern und den Kommunen zu kommunizieren und diese zu fragen, was sie denn zu dem vorgelegten Gesetzentwurf sagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer
[SPD])

Stattdessen formulierten sie im stillen Kämmerlein den schönen Satz, die **Satzung der Kreise** könne vorsehen, dass die Eltern an den Kosten der Schülerbeförderung angemessen beteiligt werden.

Wahrscheinlich sind wir nicht die Einzigen, die sich nun verwundert die Augen reiben und fragen: Haben wir da etwas verpasst? Wurde den Eltern nicht viel mehr versprochen? Weder Beschluss des CDU-Parteitages noch die Forderung des SPD-Parteitages findet sich in diesem Gesetzentwurf wieder. Warum hat sich denn die SPD nicht einfach dem CDU-Parteitagbeschluss angeschlossen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

Hat die SPD verhindert, wie von der CDU beschlossen, zukünftig sogar alle Eltern ganz von der Schülerbeförderung zu befreien? Das müssen Sie beantworten. Ich weiß nicht, wer es war. Die CDU

wollte das. Oder hat die CDU wieder einmal ihrer Basis nur Sand in die Augen gestreut und wollte den Beschluss gar nicht selbst umsetzen; es klang im Moment nur ganz gut? Gab es überhaupt Gespräche darüber im Koalitionsausschuss, mit dem Koalitionspartner? Kämpfen Sie noch für Ihre Parteitagsbeschlüsse, meine Damen und Herren, oder beschließen Sie nur noch fröhlich von Tag zu Tag und immer etwas anderes?

Tatsache ist: Mit dem nun vorliegenden Gesetzentwurf von CDU und SPD wird keines der Versprechen der letzten Monate eingehalten. Stattdessen wird der Schwarze Peter an die **Kreise** weitergereicht. Denn jetzt sind es die Kreise, die beschließen müssen, ob und in welcher Form sie die Eltern beteiligen wollen. Wenn man die Eltern beteiligt, hat man also den Ärger vor der Haustür. Welch prickelnde Alternative!

(Peter Eichstädt [SPD]: Haben Sie schon einmal etwas von kommunaler Selbstverwaltung gehört?)

- Ja, ich weiß, was kommunale Selbstverwaltung ist. Ich weiß aber auch, was es heißt, wenn man den Eltern erst per Parteitagsbeschluss sehr viel mehr verspricht.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kommunale Selbstverwaltung heißt nicht, den Kommunen das Geld wegzunehmen!)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold. - Das gilt auch für den Kollegen Hentschel.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Kreise können nun frei entscheiden, was angemessen sein mag. Ich habe im Bildungsausschuss nachgefragt, was denn angemessen sein könnte. Daraufhin hat die Bildungsministerin gesagt: Auf jeden Fall deutlich unter 50 %. Das scheint uns reichlich viel für die Eltern zu sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Interpretation wird die Eltern zu Recht verärgern. Herr Klug hat es ja benannt. Die bisherige **Voraussetzung** für die Beteiligung der Eltern an der Schülerfahrkarte, dass nämlich die Fahrkarte auch privat nutzbar sein muss, fällt mit diesem Gesetzentwurf weg. Das war für uns immer der Grund, die alte Gesetzeslage, so wie sie war, mitzutragen.

(Monika Heinold)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Meine Fraktion lehnt den Gesetzentwurf ab. Wir stehen zu der alten gesetzlichen Regelung, die im Ausschuss leider abgelehnt worden ist.

Meine Damen und Herren, die Kommunen haben in ihrem Schreiben geantwortet, dass sie natürlich erwartet hätten, dass es eine **Kompensation** gibt. Über die Höhe muss man sich gar nicht unterhalten. Sie steht fest; denn den Kommunen ist versprochen worden, dass von den 120 Millionen € 6 Millionen € im Jahr 2007 und 9 Millionen € im Jahr 2008 durch die Kompensation der Elternbeteiligung wieder in die Kassen fließen. Das war das Versprechen an die Kommunen. Das heißt: Den Kommunen fehlen für das letzte Jahr 6 Millionen € und für dieses Jahr 9 Millionen €.

Herr Wengler, wenn ich Sie richtig verstanden habe, so planen Sie jetzt, die **Kommunen** für 2007 in Höhe von 2 Millionen € zu entlasten. So Ihre Worte.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

- Das hat er gesagt, Herr Wadephul. Das denke ich mir ja nicht aus. Das war sein Redetext. 6 Millionen € haben Sie ihnen weggenommen und 2 Millionen € geben Sie Ihnen zurück. Da sage ich: Meine Güte, das ist ein Geschäft für die Kommunen! Damit haben unsere Kreise schlecht abgeschnitten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]:
Das sind gefühlte sechs!)

- Ja, das sind gefühlte sechs. - Ich hatte erwartet, dass es heute tatsächlich konkrete Vorschläge gibt. Es gibt den Vorschlag der Feuerschutzsteuer. Im Finanzausschuss ist gesagt worden, das seien ungefähr 1,3 Millionen €. Das reicht also bei Weitem nicht aus.

Ich möchte noch einmal auf die letzte Landtagstagung zurückkommen und den damaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD, Lothar Hay, zitieren, der sagte:

„Wir werden gemeinsam einen Weg finden, wie die kommunale Ebene durch finanzielle Hilfen in den Zustand versetzt werden kann, dass sie dieses auch zurückzahlen wird. Details werden durch den Gesetzentwurf im Januar vorgelegt.“

- So Herr Hay. Herr Hay, der Gesetzentwurf lässt genau diese Details offen. Es gibt keine Lösung für

die Kommunen. Alles, was Sie heute hier erzählt haben, mag eintreten; es mag auch nicht eintreten. Die Koalition hat den Kommunen schon sehr viel versprochen und es dann nicht gehalten. Bisher ist keine der Kompensationen eingetreten, die die Landesregierung den Kommunen versprochen hat. Das muss man sehr deutlich sagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Im Nachhinein hieß es dann immer lyrisch: Das sollte alles nur so ungefähr sein. Ich sage: Für die Kommunen ist es ein schwarzer Tag. Sie wissen nicht, was auf sie zukommt.

(Peter Lehnert [CDU]: Das ist Unsinn!)

Für die Eltern wird es besser als im letzten Jahr, aber schlechter als im vorletzten Jahr. Deshalb lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

(Lebhafter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich der Vorsitzenden, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses will die Große Koalition die Sollbestimmung des Schulgesetzes hinsichtlich der **Elternbeteiligung** an den Schülerbeförderungskosten in eine **Kannbestimmung** umwandeln. In Zukunft sollen also die Kreise selbst bestimmen dürfen, ob sie die Eltern zur Kasse bitten wollen oder nicht.

Im Prinzip ist dagegen zunächst einmal nichts einzuwenden, weil es so kommen könnte, dass die meisten **Kreise** - genau wie in Dithmarschen und Nordfriesland - die Elternbeteiligung nicht mehr oder nur in sehr geringem Umfang aufrecht erhalten, weil einmal der bürokratische Aufwand, zum Teil auch wegen komplizierter Sozialstaffeln, nicht mehr in einem vernünftigen Verhältnis zu den Einnahmen steht, zum anderen aber auch, weil es sowohl aus bildungspolitischer als auch aus sozialpolitischer Sicht völlig inakzeptabel ist, dass quasi durch die Hintertür ein Schulgeld für Familien auf dem Lande eingeführt wird. Allerdings könnte es auch anders kommen.

(Anke Spoorendonk)

Unklar ist, was mit dem Wort „angemessen“ gemeint ist. Dieser Begriff ist im Grunde genommen genauso greifbar wie ein Pudding an der Wand.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir wissen nicht, ob „angemessen“ 40 % oder nur 30 % sind. Von daher ist das wirklich eine Schwachstelle dieses Vorschlags und für uns nicht hinnehmbar. Aber richtig ist, dass mit der Vorlage von CDU und SPD dieser politische Streit, der kein gutes Licht auf die Zusammenarbeit innerhalb der Landesregierung geworfen hat und der auch als symptomatisch für das zerrüttete Verhältnis in der Großen Koalition gelten kann, zumindest vorläufig beendet wird. Ich will das nicht vertiefen. Die Kollegin Heinold hat das vorhin sehr plastisch dargestellt.

Seit Januar 2007, als die **30-prozentige Beteiligung** der Eltern an den Schülerbeförderungskosten beschlossen wurde, haben die regierungstragenden Fraktionen von CDU und SPD dem verwunderten Publikum in Schleswig-Holstein auf dem Rücken der Eltern und Kinder im ländlichen Raum ein beispielloses Schauspiel geboten.

(Beifall beim SSW und bei der FDP)

Diese politische Schlammschlacht - wir wissen es - geisterte auch durch die Presse. Ich will hier und heute nur noch einmal festhalten, dass schlechter als durch die Große Koalition, bestehend aus zwei so ungleichen Partnern, Schleswig-Holstein lange nicht regiert wurde.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür ist der Dauerkonflikt um die Beteiligung der Eltern wirklich ein sehr gutes Beispiel. Dabei muss man sich vor Augen halten, dass die Einführung der 30-prozentigen Elternbeteiligung einen Teil der **Kompensation** für den Eingriff in die **kommunalen Haushalte** von jährlich 120 Millionen € ausmachen sollte. Damit sollte den Kommunen also ein zusätzlicher finanzieller Spielraum gegeben werden. In der Diskussion über diese Kompensation im Zusammenhang mit den Beratungen zum Haushalt 2007/2008 bezifferte die Landesregierung die zusätzlichen Einnahmen auf insgesamt 15 Millionen €, 6 Millionen € im Jahre 2007 und 9 Millionen € im Jahre 2008. Auch das haben wir heute schon gehört. Im Zuge der Diskussion über eine mögliche Rücknahme dieses Beschlusses sagte das Finanzministerium allerdings im letzten Jahr, dass

die Einnahmen wahrscheinlich nur circa 4,5 Millionen € betragen werden.

Bei dieser Schätzung wurde aber nicht berücksichtigt, dass die **Kreise Nordfriesland und Dithmarschen** von sich aus beschlossen hatten, keine Elternbeteiligung einzuführen.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

Insgesamt muss also festgestellt werden, dass die genauen Zahlen über die Höhe der Schülerbeförderungskosten immer noch nicht vorliegen.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kann man so sagen!)

Dies bestätigt auch der Landkreistag. Das ist natürlich ein Problem, denn die Große Koalition hat versprochen, die **Mindereinnahmen** vollständig zu kompensieren. Wir wissen also im Grunde genommen nicht, worüber wir reden.

Die Landesregierung schlägt jetzt gemeinsam mit der **Schulgesetzänderung** vor, dass die Kreise mehr Geld aus der Feuerschutzsteuer erhalten. Bisher gehen 10 % dieser Steuereinnahmen als Vorwegabzug an den Brand- und Katastrophenschutz. Diese Regelung soll nun gestrichen werden. So würden die kommunalen Kassen um circa 1,3 Millionen € aufgestockt werden. Aber diese Mittel sind zweckgebunden und können nicht in den allgemeinen Haushalt der Kreise angesiedelt und so für alles mögliche genutzt werden. Hier besteht also - um es milde auszudrücken - noch Klärungsbedarf. Auch das ist im Finanzausschuss angesprochen worden, als es darum ging, ob wir eigentlich diese Änderung des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes so ohne weiteres mitbeschließen konnten.

Auch der Vorschlag der Landesregierung, die **Abschlagszahlung des kommunalen Finanzausgleichs** vorzuziehen und damit den Kommunen Zinsgewinne zu ermöglichen, kann man bei näherer Betrachtung eigentlich nicht als Kompensation durchgehen lassen.

(Peter Lehnert [CDU]: Warum denn nicht?)

Denn dies sind Mittel, die den Kreisen sowieso zustehen. Der Landkreistag vertritt dann auch die Auffassung, dass die Vorschläge der Landesregierung keineswegs eine finanzielle Kompensation darstellen. Schon aus dem Grund werden wir auch dem Gesetzentwurf der Großen Koalition nicht zustimmen können, denn die Kompensationsvorschläge sind wieder einmal nur eine Mogelpackung.

(Anke Spoorendonk)

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Der Gesetzentwurf der Grünen und davor auch der Vorschlag der FDP zur gleichen Problematik ist weitergehend als die vorgeschlagene Regelung von CDU und SPD. Anstatt einer möglichen Elternbeteiligung an den Beförderungskosten für Schulbusfahrten durch die Kreissatzung Tür und Tor zu öffnen, wollen die Grünen, dass die Eltern nur dann an den Kosten beteiligt werden, wenn die Schülerfahrkarte als Netzkarte auch privat genutzt werden darf. Dieser Vorschlag entspricht eher der Position des SSW.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die haben wir auch in den vorhergehenden Debatten mitgetragen und unterstützt.

Als es darum ging, die neue Form der Elternbeteiligung bei den Schulbusfahrten politisch zu begründen, wurde vonseiten der regierungstragenden Fraktionen immer wieder darauf verwiesen, dass diese **Kostenverlagerung** eigentlich nur gerecht sei, weil doch die Eltern in den Städten alles selbst zu zahlen haben. Das ist in den Landtagsprotokollen nachzulesen.

Vor dem Hintergrund Ihrer Kehrtwende in dieser Angelegenheit erwarte ich von Ihnen, dass diese Diskussion auch weiterhin geführt wird, denn nur so wird ein Schuh daraus. Das soll heißen: Wir vermissen eine Antwort auf die Frage, warum denn die Eltern in den **kreisfreien Städten** die Kosten für die Schülerbeförderung weiterhin selbst zu tragen haben, wo es doch für den ländlichen Raum jetzt eine andere Lösung geben soll. Dadurch, dass die Schulwahl nunmehr auch innerhalb dieser Städte frei ist, gibt es natürlich auch in Flensburg, Kiel, Neumünster, Husum und Lübeck Eltern, die viel Geld dafür ausgeben, dass ihre Kinder mit dem Bus zur Schule fahren.

Genau diese Problematik haben verschiedene Kolleginnen und Kollegen der Großen Koalition in ihren Wahlkreisen auch angesprochen. So hat die Kollegin Heinold in der Presse dafür plädiert, dass die Schülerbeförderung in Zukunft für alle Kinder kostenfrei sein soll.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms
[SSW])

Diesen Vorschlag kann sich der SSW nur anschließen.

(Zurufe: Wer war das?)

- Das war die Kollegin Herold, Entschuldigung. Vielen Dank für die Aufklärung, es wäre nicht gut gewesen, wenn das so stehengeblieben wäre. Ich präzisiere noch einmal: Das war die Kollegin Herold, die das presseöffentlich gesagt hat. Darum sage ich der Kollegin Herold, ich vermissen eine entsprechende Bestimmung in der heute vorliegenden Gesetzesänderung von CDU und SPD.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das ist wirklich bedauerlich, denn ich bin mir sicher, dass uns diese Diskussion weiter beschäftigen wird. Diese Diskussion ist von Ihnen - von den Kolleginnen und Kollegen der Großen Koalition - angestoßen worden. Denn als Begründung für den Eingriff den **Eltern im ländlichen Raum** gegenüber wurde gesagt, es sei im Grunde genommen jetzt soziale Gerechtigkeit im Verhältnis von Stadt und Land. Von daher denke ich, dass Sie das selbst ins Spiel gebracht haben. Jetzt müssen Sie diese Suppe auch auslöffeln. Darauf warten wir gespannt.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung hat die Minister für Bildung und Frauen, Frau Ute Erdsiek-Rave, das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Meine Damen und Herren! Ich sage es mit einem gewissen Stoßseufzer: Wir diskutieren dieses Thema heute abschließend.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Schauen wir mal!)

Wir diskutieren dieses Thema heute abschließend, so viel wage ich doch vorauszusagen. Wir tun es auf einer neuen Grundlage und wir hätten damit die Chance gehabt, diese Auseinandersetzung im neuen Jahr sachgerechter, als es bisher der Fall war, zu Ende zu führen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[FDP])

Nicht in allen Beiträgen ist das durchgehalten worden, fand ich. Aber eigentlich kann man es der Opposition nicht übel nehmen, dass sie noch einmal ein bisschen in den Wunden herumrühren will. Sei es drum.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Aber, meine Damen und Herren, es ist wirklich einiges durcheinander gebracht worden.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Die Sehnsucht danach, Herr Abgeordneter Hentschel, ist bei mir wirklich unterentwickelt, das können Sie mir glauben.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

Sie haben vorgeschlagen, zur Regelung des alten Schulgesetzes zurückzukehren. Übrigens haben Sie dabei beharrlich ausgeblendet, dass bei der alten Regelung sieben Kreise Elternbeiträge - und zum Teil ganz erhebliche - erhoben hatten. Dazu hat es von Ihnen innerhalb dieses Hauses - ich kann mich auch außerhalb des Hauses an keine Initiative erinnern - keine Veränderungsinitiative gegeben; übrigens auch nicht zur Kostenbefreiung in den Städten, von niemandem hier im Haus.

Auch das Hin- und Herschieben von Verantwortung im Zusammenspiel von Land und Kommunen sollte jetzt beendet sein. Aus der obligatorischen **Elternbeteiligung** von bis zu 30 % wird nun wieder eine **Kannregelung** ohne prozentuale Vorgabe. Damit kann der Schwarze Peter auch nicht mehr im Landeshaus abgegeben werden. Die Kreise müssen jetzt selbst vor Ort begründen, wenn sie dieses Instrument tatsächlich nutzen wollen. Das gilt konsequenterweise auch für die Frage, in welcher Höhe beziehungsweise in welchen Fällen sie das tun wollen.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Heinold, im Kern knüpfen wir an die Regelung im alten Schulgesetz an. Ich will Ihnen aber noch einmal sagen, warum es nicht sinnvoll ist, einfach den alten Text zu kopieren und in das neue Schulgesetz einzufügen wie in Ihrem Gesetzentwurf. Ich habe das schon einmal erläutert, aber es ist nicht das erste Mal, dass Sie das, was ich versuche, Ihnen zu erläutern und darzustellen, schlicht ignorieren. Das war auch im Bildungsausschuss der Fall, Sie waren dabei. Das ging übrigens so weit, dass Ihre Abgeordnete mich nach einer Begründung für einen Gesetzestext fragte, den Sie selbst eingebracht haben.

(Heiterkeit - Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU] - Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich warte auf Ihre Änderungsinitiative heute noch. Sie haben dann halblaut gesagt, dann müssten Sie das ändern, aber offenbar ist Ihnen der Mut dazu wieder abhanden gekommen.

Auch FDP und Grüne hatten grundsätzlich daran festgehalten, dass die Eltern an den Kosten beteiligt werden können. Der von Ihnen verwandte alte Gesetzestext bezog sich darauf, dass Fahrkarten auch privat genutzt werden können. Dieser Vorteil ist allerdings je nach Region und Alter der Schüler sehr unterschiedlich und schwierig zu ermitteln. Wir haben das nicht einmal eben einfach oder unüberlegt im Gesetzestext weggelassen. Das hatte sehr gute Gründe und die lagen in der Erfahrung der letzten Jahre. Wenn das hier noch einmal gesagt werden muss, dann tue ich das, auch wenn ich das im Bildungsausschuss schon getan habe.

Es kann nämlich in Zukunft keine Diskussion oder Auseinandersetzung darüber geben, ob diese ausgestellte **Zeitkarte** „aufgrund der Tarifgestaltung und des Fahrplanangebots des Unternehmens“, wie es im alten Gesetz hieß, auch tatsächlich für „private Zwecke nutzbar“ sein kann. Diese Merkmale haben nämlich immer wieder Streit und Auseinandersetzungen ausgelöst, insbesondere da, wo in dünner besiedelten Regionen das Angebot außerhalb des Schülerverkehrs sehr dünn ausfällt, die Haltestellen weit von den Wohnsitzen entfernt sind und das Angebot in den Ferien fast auf null reduziert wird.

Ein solches Verständnis, warum sie zahlen mussten, obwohl ein konkreter Nutzen für die Grundschüler eigentlich gar nicht vorstellbar war, war übrigens bei den Eltern von Grundschülerinnen und Grundschülern auch nicht da.

Schließlich - das war der ausschlaggebende Grund - erfolgte dieser Formulierungsvorschlag auch vor dem Hintergrund einer Entscheidung des **OVG Schleswig** vom 17. März 2006 - das können Sie gern nachlesen - im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens. Das Verfahren bezog sich auf die Satzung des Kreises Stormarn und das Gericht hat diese Satzung aus verschiedenen Gründen, die ich hier nicht im Einzelnen vortragen kann, aber die mit dem Streit über die Nutzbarkeit zusammenhängen, für nichtig erklärt.

Also, deswegen haben wir uns für diese Regelung entschlossen, die rechtlich klarer ist, weil die Art der Nutzung im Gesetz außen vor gelassen wird. Im Übrigen gab es bei der Regelung, die Sie jetzt wieder einführen wollen, auch überhaupt keine Begrenzung nach oben. Das ist Ihnen offenbar überhaupt

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

nicht aufgefallen. Uns werfen Sie jetzt vor, dass wir den Begriff der Angemessenheit - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Nein, so können Sie sich jetzt nicht herausreden.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Private Nutzung!
Das ist unredlich!)

- Private Nutzung, ja, aber nicht in der Höhe nach oben begrenzt. Im Prinzip hätten die Kreise für die **private Nutzbarkeit** der **Fahrkarten** einen unbegrenzten Beitrag nach oben erheben können. Es gibt dafür im alten Schulgesetz keine Grenze. Darauf möchte ich Sie hinweisen, Herr Abgeordneter Dr. Klug.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Nein, das ist etwas anderes.

Präsident Martin Kayenburg:

Ich bitte Sie, die Diskussion im Ausschuss oder draußen zu führen.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Sie können mir doch nicht erst eine unklare Regelung vorwerfen und sie jetzt für sich in Anspruch nehmen. Das ist wirklich witzig.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Bei Ihnen gab es keine Begrenzung nach oben. Das stelle ich hier fest. Sie haben den Begriff der Angemessenheit benutzt, den man auch gern bewusst missverstehen kann. Aber ich belasse es jetzt bei den Ausführungen, die hier dazu gemacht worden sind.

Wir gehen also davon aus - das ist hier mehrfach gesagt worden, übrigens auch von den Kreisen selbst; da gibt es allenthalben schon Initiativen, die Elternbeteiligung wieder gänzlich zu streichen oder zu modifizieren -, dass der Regelfall und der politische Wille der ist, dass die Nichtbeteiligung der Eltern in den Kreisen der Regelfall sein wird und dass die Kreise sehr stark prüfen werden, wie sie mit der Vergabe von Zeitkarten oder Netzkarten umgehen werden. Diese Erwartung ist überhaupt nicht unbegründet. Der Ausgleich des Landes für den Wegfall der obligatorischen Elternbeteiligung schafft gerade dafür die Voraussetzungen, dass das Instrument entweder gar nicht oder nur unter besonderen Bedingungen angewendet wird.

Noch ein Wort zur Klage der Landräte beziehungsweise des Landkreistages. Solange ich hier im Landtag bin, habe ich noch nie erlebt, dass der Landkreistag eine finanzielle Regelung des Landes mit den Kommunen als ausreichend und angemessen angesehen hat.

(Werner Kalinka [CDU]: Das ist wohl wahr!)

Fazit: Ich bin sehr optimistisch, dass es zu elternfreundlichen Regelungen in allen Kreisen Schleswig-Holsteins kommen wird. Wie Sie den Eltern erklären wollen, dass Sie hier heute nicht mitstimmen, finde ich ziemlich kompliziert. Ich glaube nicht, dass das für sie nachvollziehbar ist.

Ich bedanke mich bei allen, die letztlich zu dieser Regelung beigetragen und dabei mitgewirkt haben, auf welche Weise auch immer. Zum Schluss möchte ich sagen: Der Worte sind wirklich genug gewechselt, die Eltern wollen jetzt Taten sehen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und lasse über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1715 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Mit der Ausschussempfehlung wird neben der Änderung des Schulgesetzes auch die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes empfohlen. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt - ich sage einmal in Klammern: trotz der eben gemachten Zwischenrufe -, abweichend von § 75 der Geschäftsordnung über den Gesetzentwurf einschließlich des Finanzausgleichsgesetzes in dieser Tagung abschließend zu entscheiden.

Wer also dem Gesetzentwurf Drucksache 16/1715 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf Drucksache 16/1715 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung, Drucksache 16/1800, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der FDP angenommen worden.

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 28 auf:

Aktionsbündnis gegen den Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen

(Präsident Martin Kayenburg)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1726

Das Wort hat die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Frau Dr. Gitta Trauernicht.

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dieser Woche hat das Statistische Bundesamt die Zahlen zum Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen für das Jahr 2006 veröffentlicht. Zwischen den Jahren 2000 und 2006 hat sich die Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die wegen akutem Alkoholmissbrauchs ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten, mehr als verdoppelt. Das ist ein erschreckendes Ergebnis.

Übrigens, meine sehr verehrten Damen und Herren, der häufigste Einweisungsgrund in Krankenhäusern bei Männern ist der Alkoholmissbrauch und seine gesundheitlichen Folgen.

Diese Tatsachen verdeutlichen, dass es richtig ist, dass Schleswig-Holstein entschlossen und geschlossen den Alkoholmissbrauch von Jugendlichen gekämpft.

Gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten und der Bildungsministerin brachten wir das **Aktionsbündnis gegen Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen** auf den Weg, unser Motto: Fun statt Vollrausch - Schleswig-Holstein feiert richtig. Diese Kampagne ist erfolgreich angelaufen. In einer gemeinsamen Vereinbarung mit dem DEHOGA Schleswig-Holstein und dem Bundesverband deutscher Diskotheken und Tanzbetriebe wurde beschlossen: Jugendlichen darf kein Einlass auf Flatrate-Partys gewährt werden; Flatrate-Partys sind in jedem Fall als jugendgefährdende Veranstaltungen einzustufen und der Veranstalter verpflichtet sich, Kindern und Jugendlichen den Zutritt zu verwehren.

Flankierend dazu wandte sich der Wirtschaftsminister an die Kreise und Städte und wies darauf hin, dass Koma- oder Flatrate-Partys und ähnliche Veranstaltungen unzulässig sind. Also gab es eine doppelte Sicherung, die Lage sollte klar sein.

Hatte es in der Vergangenheit insbesondere bei Großveranstaltungen im regionalen Raum bereits immer **Kinder- und Jugendschutzmaßnahmen** gegeben, so scheint die öffentliche Thematisierung und die Aktivierung, auch die klarstellende Position

des Landes, geradezu einen positiven Bewegungsschwung im Land ausgelöst zu haben. Überall haben sich runde Tische, Bündnisse, Netzwerke vor Ort gebildet, in denen Ordnungs- und Jugendämter, Polizei, Räte für Kriminalitätsverhütung, Veranstalter, Suchthilfe und Schulen lokale Ereignisse vorbereiten und - was neu ist - verbindliche Schritte absprechen, damit Großveranstaltungen wirklich in den Griff aller Beteiligten kommen.

Mir liegt zum Beispiel eine 14-seitige Liste **regionaler Aktivitäten** vor, die eine kreative Fantasie belegen und deutlich machen, mit welchem Schwung dieses Thema in Gang gesetzt worden ist. Beispielhaft genannt seien gemeinsame Jugendschutzkontrollen auf der Kieler Woche mit breiter Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld. In Lübeck besteht ein Handlungsprogramm Kinder- und Jugendschutz, in dem Informationen über Verstöße ausgetauscht und regelmäßig das gemeinsame Vorgehen abgestimmt wird. In Lauenburg wird ein ähnliches Verfahren über eine Kooperationsvereinbarung gepflegt und mit viel Geld unterstützt. Nordfriesland hat eine sechsseitige Musterordnungsverfügung für die Durchführung von Feld- und Koppelfesten erarbeitet und ein eigenes Präventionskonzept gestartet. In Kappeln werden Stadt-Ranger eingesetzt, in Schenefeld Abiturpartys nur genehmigt, wenn Eltern anwesend sind, und in Bad Oldesloe nur eine Genehmigung erteilt, wenn eine schriftliche Erklärung zur Einhaltung des Jugendschutzgesetzes abgegeben und auf Flatrate-Partys verzichtet wird. Druckfrisch liegt mir ein Veranstaltungsplaner als Arbeitshilfe für die Durchführung von Feuerwehresten und Großveranstaltungen vor, der sehr ausführlich und sachkundig die unterschiedlichen Aspekte behandelt und die eben beschriebenen Aspekte ideal ergänzt.

Wir haben für den Bereich der **offenen Jugendarbeit** in Jugendfreizeiteinrichtungen begonnen, einen kombinierten Baustein einzusetzen, der außer aus einem informativen und interaktiven Party-Erlebnis-Parcours aus einer Inhouse-Bar besteht.

(Jürgen Weber [SPD]: Was soll das sein?)

- Mal hingehen, das ist das allerbeste. Erleben und Erfahren, das ist das Motto dieses interaktiven Party-Erlebnis-Parcours und dieser Inhouse-Bars. Grundgedanke ist, dass nach dem Durchlaufen des Parcours, Herr Bildungspolitiker, die Veranstaltung in eine alkoholfreie Party übergeht - im Übrigen nachahmenswert -, auf der extra geschulte Barmixer alkoholfreie Cocktails ausschenken. Dieses Angebot ist auch für Abgeordnete nutzbar, wenn Sie das wünschen.

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sollten wir einmal im Landtag machen! Das scheinen ja einige nötig zu haben!)

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Birk, unterlassen Sie solche Bemerkungen bitte!

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Die Barmixer sind auch Ansprechpartner für die Jugendlichen. Für 2008 sind bereits 15 Veranstaltungen geplant. Regelmäßige Abstimmungen an einem runden Tisch mit einer Vielzahl von Mitstreitern - von der Alkoholindustrie über die Schausteller, Volkshochschulverbänden bis hin zu Akteuren des Gesundheitswesens - machen die gesellschaftliche Verantwortung bewusst, die wir für Kinder und Jugendliche tragen.

Besonders vielversprechend gestalten sich unsere Kontakte und Kooperationen mit **Jugendverbänden**, der Landjugend, der Sportjugend, der Jugendfeuerwehr und dem Arbeitersamariterbund, um nur einige zu nennen. Kurzum, ich denke, dass Sie an diesem Bericht sehen werden: Wir haben vieles angestoßen, vieles auf den Weg gebracht. Wir sind auf einem guten Weg, den Alkoholmissbrauch weiter einzudämmen. Wir haben aber auch allen Anlass, nicht aufzuhören und unsere Anstrengungen eher noch zu verstärken.

(Beifall)

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Ministerin, ich danke für den Bericht.

Auf der Tribüne begrüßen wir ganz herzlich Mitglieder des CDU-Kreisverbandes Dithmarschen und vor allen Dingen Mitglieder des Sozialverbandes Dithmarschen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält Frau Abgeordnete Frauke Tengler.

Frauke Tengler [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Flatrate-Partys, Komasaufen und deren Auswirkungen waren die Begründung für den Antrag, der diesem Bericht der Landesregierung zugrunde liegt. Heute debattieren wir diesen Bericht, und zeitgleich

findet in Berlin ein Prozess statt, der sich mit dem Tod eines 16-Jährigen nach 45 Tequila und vier Wochen Koma auseinandersetzen muss.

Die CDU-Fraktion dankt der Landesregierung für den Bericht, vor allem aber für die ganz konkreten Maßnahmen der Kampagne „Fun statt Vollrausch - Schleswig-Holstein feiert richtig!“, auf die ich hier noch eingehen werde.

Bereits im **Kinder- und Jugendgesundheitsbericht für Schleswig-Holstein** im Juni 2007 erfahren wir, dass bier- und weinhaltige Getränke von Jugendlichen in Schleswig-Holstein deutlich weniger konsumiert werden als im Bundesgebiet. Harte Alkoholika - Schnaps - werden hingegen in Schleswig-Holstein von 14- bis 17-jährigen Jugendlichen insgesamt häufiger konsumiert. Da liegt die Gefahr für Leib und Leben. Jugendliche in dem Alter haben noch nicht den Stoff, die Alkoholdehydrogenase, die den Alkohol im Körper umwandelt, sodass er vom Körper ausgeschieden werden kann. Das heißt unter anderem, dass der Körper eines Jugendlichen schneller vergiftet ist als der eines Erwachsenen. Dies bestätigt die gestiegene Anzahl von Notfallaufnahmen im Krankenhaus aufgrund von Alkoholintoxikationen. Es ist laut Bericht der Landesregierung festzustellen, dass auch der Alkoholkonsum bei Jugendlichen in Schleswig-Holstein zu früh, auf zu hohem Niveau und mit gefährlichen Konsummustern stattfindet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion sind in allererster Linie die **Eltern** für den Umgang ihrer Kinder mit Alkohol verantwortlich, das heißt, sind zu Hause Vorbild, sorgen für Aufklärung und tragen Verantwortung für die Vermittlung der **Eigenverantwortung der Kinder und Jugendlichen** für ihr Tun. Allerdings werden nicht nur in diesem Bereich Kinder von Eltern alleingelassen. Aus dem Grund hat sich die Landesregierung wie folgt positioniert. Sie betrachtet die Verringerung des Alkoholkonsums nicht nur als gesundheitspolitische, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie bündelt deshalb alle bestehenden Aktivitäten in einem Aktionsbündnis. Sie gibt Eltern Hilfestellung und Unterstützung, um im familiären Umfeld Verantwortung für dieses Thema zu übernehmen. Sie fordert die strikte Einhaltung von **Jugendschutz- und Gaststättengesetz**. Bei Einhaltung dieser Gesetze, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Komasaufen in öffentlichen Räumen ausgeschlossen. Sie setzt die vom Ministerpräsidenten am 20. Januar 2007 angekündigte Aktion „Schleswig-Holstein feiert richtig“ um. So ist der im Bericht beschriebene „Parcours Klarsicht

(Frauke Tengler)

Schleswig-Holstein“ am 24. Januar 2008 in der Fridtjof-Nansen-Hauptschule in Kiel-Gaarden an den Start gegangen. Der Parcours dauert 90 Minuten, hat circa sieben Stationen und spricht die Suchtbereiche Alkohol, Nikotin und Glücksspiel an. Ein wesentlicher Baustein des Einsatzes ist ein begleitender Elternabend zu dem Thema. Weitere Hinweise zur Elternarbeit empfehle ich Seite 15 des Berichts zu entnehmen.

Dieser Parcours ist für **Schulen** konzipiert und wird 2008 15.000 Schüler der siebten bis zehnten Klassen erreicht haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich empfehle besonders die Station „Drink-Buster“ oder auch „Rauschbrille“ - nüchtern erfahren, wie man betrunken geht. Für Jugendgruppen ist der Mitmach-Erlebnis-Parcours ähnlich wie der Klar-sicht-Parcours zusammen mit der JiMs Bar, „Jugendschutz im Mittelpunkt“ entwickelt worden. Ich konnte das Konzept auf einer Jugendleitertagung des ADAC am Wittensee vor circa 14 Tagen vorstellen; die anwesenden Jugendleiter begrüßten diese Maßnahme außerordentlich und kündigten an, sie bei Großveranstaltungen einzusetzen.

Der lesenswerte Bericht enthält zusätzlich einen Überblick über viele engagierte Maßnahmen von Kreisen und Städten, die das Problem erkannt und es angepackt haben. Unser Dank gilt diesem verantwortungsvollen Handeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schleswig-Holstein ist das erste Bundesland, das mit dem Mitmach-Parcours praktisch und erlebbar Suchtprävention in Schulen und Jugendgruppen startet. Herzlichen Glückwunsch dazu!

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist eine wirklich gute Sache. Diese Maßnahmen werden aus Sicht der CDU-Fraktion wirkungsvoll für Jugend- und Gesundheitsschutz sein.

Der Sozialausschuss wird das Aktionsbündnis gegen Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen weiter begleiten und wir werden mit Sicherheit Punkt sieben des Antrags noch einer besonderen Betrachtung unterziehen. Ich bitte Sie, den Bericht deshalb auch an den Ausschuss zu überweisen.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erhält nun Herr Abgeordneter Peter Eichstädt das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit der Beratung des Landtages über die Problematik des Alkoholmissbrauchs bei Kindern und Jugendlichen hat sich in der Tat viel getan. Der Bericht zeigt, dass umfangreiche **Programme** und **Aktionen** vieler Beteiligter zu einem Umdenken geführt haben - bei Kindern und Jugendlichen, bei den verschiedenen **Erziehungsinstanzen**, aber auch bei denjenigen, die für die Durchführung des **Jugendschutzgesetzes** verantwortlich sind. Es ist ganz offensichtlich gelungen, verschiedene bereits bestehende Aktivitäten zu bündeln, aber auch eine große Zahl von neuen Aktivitäten zu entwickeln. Dass dabei, wie die Landesregierung ihre Grundposition in dem Bericht beschreibt, die Verringerung des Alkoholkonsums bei Kindern und Jugendlichen nicht nur eine gesellschaftspolitische oder gesundheitspolitische, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, ist genau der richtige Leitgedanke.

Es ist etwas in Bewegung gekommen und die vier Säulen, die in der Kampagne bestimmend waren, sind richtig gewählt und haben offensichtlich auch gut zusammengewirkt: Die ordnungsrechtlichen Maßnahmen, der Peer-to-Peer-Ansatz, Familien und der schulische Bereich sowie die **Öffentlichkeitsarbeit**. Ich halte es für positiv, dass ein starkes Augenmerk auf die Beachtung und die Durchsetzung der Jugendschutzbestimmungen gelegt wurde. Aber auch das klarstellende Schreiben des Wirtschaftsministers zum Gaststättenrecht und der Sozialministerin zum Jugendschutz an alle Kreise und Bürgermeister hat ganz offensichtlich Wirkung gezeigt. Beide haben deutlich gemacht, dass insbesondere die problematischen Koma- und Flatrate-Partys nicht nur, wenn sie sich an Jugendliche als Zielgruppe wenden, unzulässig sind.

Die konsequente Anwendung **geltenden Rechts** hat neben der verstärkten öffentlichen Diskussion dazu geführt, dass diese Art von Partys in der Zwischenzeit in Schleswig-Holstein fast vollständig vom Markt verschwunden sind. Eine konsequente Anwendung bestehender Gesetze ist also durchaus geeignet, Wirkung zu erzielen. Deshalb ist ein gesondertes gesetzliches Verbot von Flatrate-Partys, wie es zum Beispiel in Bremen vorbereitet wird, für uns in Schleswig-Holstein kein Thema.

Das **Aktionsbündnis** ist also erfolgreich. Es hat offensichtlich in kurzer Zeit die richtigen Zeichen gesetzt und mobilisiert. Aber es wird nicht allein reichen, auf das schwierige Problem des zunehmenden exzessiven Genusses von Alkohol bei Kindern und

(Peter Eichstädt)

Jugendlichen nur durch Aktionen zu reagieren. Was wir weiter brauchen, ist eine veränderte gesellschaftliche Grundhaltung gegenüber dem Alkoholkonsum besonders bei Kindern und Jugendlichen. Dazu gehört auch eine veränderte Haltung von Erwachsenen. So gibt es zu denken, dass zum Beispiel viele Kinder den ersten gesellschaftlich akzeptierten Kontakt mit Alkohol anlässlich ihrer Konfirmation haben, meist begleitet von elterlichem Augenzwinkern, sogar ein bisschen Stolz auf den nun schon fast erwachsenen Nachwuchs.

Auch im Bereich des Jugendschutzes muss das, was in den letzten Monaten entstanden ist, verstetigt werden: Die Beobachtung und das Drängen auf die Einhaltung von Jugendschutzbestimmungen in Gaststätten und auf Großpartys gehörten ebenso dazu wie eine konsequente Überwachung des Verkaufs von alkoholhaltigen Getränken.

Ich finde in diesem Zusammenhang, dass wir die meiner Meinung nach etwas verunglückte Diskussion über sogenannte **Testkäufe** noch einmal neu führen sollten, wenn der Bericht an den Ausschuss überwiesen wird.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Ich weiß, dass das auch in meiner Fraktion durchaus umstritten ist. Es ist ein schwieriges Thema. Wir müssen prüfen, ob es nicht doch einen sinnvollen und gut zu gestaltenden Weg gibt, Händler, die sich an gesetzliche Bestimmungen konsequent nicht halten, durch periodische Testkäufe an ihre Pflichten zu erinnern. Da gibt es intelligente Wege, um so etwas zu organisieren.

Etwas zu kurz bei der Abarbeitung unseres Berichtsantrages - meine Vorrednerin hat es schon anklingen lassen - kommt auch meiner Meinung nach die notwendige **Sekundärprävention** von solchen Kindern und Jugendlichen, die mit einer Alkoholintoxikation in eine Klinik eingewiesen werden. Da würde ich mir wünschen, dass im Zusammenwirken zwischen Krankenhäusern und Jugendämtern ein lückenloses, dauerhaftes System der Benachrichtigung und des anschließenden Aufsuchens auch der Eltern geschaffen wird.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, trotz der erschreckenden Ereignisse, die dazu geführt haben, dass sich der Landtag mit dem Thema beschäftigt, gilt - das möchte ich betonen, auch um die Gewichte richtig zu setzen -: Die meisten Jugendlichen sind durchaus in der Lage, mit Alkohol angemessen

umzugehen, trinken ihn gelegentlich oder in vertretbarem Maße auf Feiern und Veranstaltungen oder trinken ihn gar nicht, zum Beispiel wenn sie Autofahren müssen. Allerdings steigt auch die im Vergleich dazu geringe Zahl derjenigen, die exzessiv und in sehr jungem Alter trinken, und diesen gilt unsere aktuelle Sorge.

(Beifall)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Dass es auch anders geht und man nicht sofort nach neuen Gesetzen rufen muss, wie es nach dem Berliner Vorfall einmal wieder passiert ist - das war wieder reflexartig -, zeigt Schleswig-Holstein, zeigt der **Bericht** über das **Aktionsbündnis gegen Alkoholmissbrauch**. In Berlin war es ein krimineller Gastwirt, der den 16-Jährigen systematisch abgefüllt hat, während er selber Wasser getrunken hat. Deswegen steht er jetzt zu Recht vor Gericht. Das heißt, die vorhandenen Instrumente reichen aus, wenn man sie konsequent anwendet.

(Vereinzelter Beifall)

Es war richtig, dass die Landesregierung die Bürgermeister und Amtsvorsteher in Schleswig-Holstein auf die vorhandenen **Instrumente** hingewiesen hat, wie Anlage 3 und 5 des Berichtes zu entnehmen ist. Viele **Kommunen** haben darauf nicht nur reagiert, sie handeln bereits seit Jahren genau in dem Sinn. So gibt es neben der **freiwilligen Selbstverpflichtung** von Betreibern von Discotheken, Clubs und Gaststätten bereits runde Tische zwischen Ordnungsbehörden und Discothekenbetreibern oder Jugendschutzstreifen, wie auf der Kieler Woche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines will ich aber auch ganz deutlich sagen: Es sind nicht nur die **Gastwirte** in der Verantwortung, sondern es sind auch die **Eltern** in der Verantwortung.

(Beifall)

Der verantwortungsvolle Umgang mit Alkohol ist und bleibt eine Erziehungsfrage. Wenn in manchen **Familien** das Trinken von Alkohol - der Kollege Eichstädt hat so ein Beispiel genannt - als ein Aufnahme ritual in das Erwachsenenleben zelebriert wird, und zwar unabhängig vom sozialen Status der

(Dr. Heiner Garg)

Familien, und wenn der Jugendliche das Erwachsensein mit einer möglichst hohen Menge an Alkoholkonsum gleichsetzt, dann ist etwas schiefgelaufen. Deshalb muss mehr geschehen als die Bündelung repressiver Maßnahmen, wenn der Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen bekämpft werden soll.

Als die effektiveren Instrumente gegen den Alkoholmissbrauch haben sich letztlich **Prävention und Aufklärung** erwiesen. Der Bericht macht deutlich, dass es in Schleswig-Holstein eine ganze Bandbreite solcher Präventionsangebote gibt. Ob Suchtprävention an Schulen oder speziell für Jugendliche mit Migrationshintergrund - in Schleswig-Holstein werden verschiedene Strategien verfolgt, um diese Jugendlichen, aber auch ihre Eltern zu erreichen.

Der insgesamt - das sollte man dabei nicht vergessen - sinkende Alkoholkonsum bei Jugendlichen in den vergangenen 30 Jahren zeigt, dass diese Instrumente wirken können, allerdings steigt die Zahl derjenigen Jugendlichen immer weiter an, die exzessiv trinken und damit schon in sehr jungem Alter beginnen.

Die **Studie des Robert-Koch-Institutes** zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein bestätigt den Eindruck, dass bei einer Gruppe von 14- bis 17-jährigen insbesondere männlichen Jugendlichen der Alkoholkonsum zu früh und auf viel zu hohem Niveau stattfindet. Genau bei diesen Jugendlichen besteht die Gefahr, dass sie sehr viel schneller alkoholabhängig werden als Erwachsene.

Wie können aber gerade diese Jugendlichen effektiv erreicht werden? Einerseits dadurch, indem die bestehenden Präventionsangebote weiter gebündelt und vernetzt werden, andererseits dadurch, dass die Erkenntnisse aus dem Bundesmodellprojekt „Hart am Limit“ (HaLT), das im Kreis Segeberg bis Ende 2007 durchgeführt worden ist, landesweit in die Präventionsprojekte einfließen. Kollege Eichstädt, da wird im Prinzip genau das getan, was Sie gerade gefordert haben.

Es ist der richtige Ansatz, Jugendliche, die mit Alkoholvergiftung in die Notaufnahme der Krankenhäuser eingeliefert werden, noch während der stationären Behandlung anzusprechen. Neben den behandelnden Ärzten wurden gleichzeitig Jugendämter, Schulen, Erziehungsberatungsstellen, aber auch Polizeidienststellen und Ordnungsämter eingebunden, sodass diesen Jugendlichen maßgeschneiderte Hilfen angeboten werden konnten. Gleichzeitig können über diesen Weg auch die Eltern erreicht werden. Das Ergebnis dieser aufsuchenden Kon-

taktarbeit war ein deutlicher Rückgang der mit Alkoholvergiftung eingelieferten Jugendlichen.

Ob dieser Rückgang unmittelbar mit dem **Modellprojekt „HaLT“** zusammenhängt, kann letztlich nicht nachgewiesen werden, auffällig ist es aber schon. Und auffällig ist, dass diese Notfallarbeit tatsächlich Wirkung gezeigt hat, vor allem dann, wenn im bundesdeutschen Trend im gleichen Zeitraum ein deutlicher Behandlungsanstieg von Jugendlichen mit Alkoholvergiftungen in den Krankenhäusern festgestellt werden muss.

Der Bericht zeigt, dass ein **Aktionsbündnis** dann erfolgreich sein kann, wenn die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Institutionen funktioniert. Ich habe den Eindruck, dass die Zusammenarbeit in Schleswig-Holstein funktioniert. An dieser Zusammenarbeit muss weiter gearbeitet werden. Vielleicht bietet die Beratung über den Bericht im Sozialausschuss dazu weitere Möglichkeiten.

(Beifall)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Zwischenruf vorhin hatte den Hintergrund, dass ich doch sehr erstaunt war, dass der engagierte Bericht der Ministerin gerade von Ihnen, Herr Eichstädt und Herr Weber, mit Belustigung zur Kenntnis genommen wurde, als ob es Sie gar nichts angehe, obwohl Sie doch hinterher in Ihrem ernsthaften Redebeitrag deutlich gemacht haben, wie sehr Sie sich mit dem Thema auseinandergesetzt haben.

Denn den Vorschlag der Ministerin, dass das, was wir Jugendlichen als beispielhaftes Verhalten auf Freizeitbegegnungen, Partys und so weiter empfehlen, für uns Erwachsene natürlich genauso gilt und auch für ein solches Haus wie dieses, finde ich nicht abwegig. Wir sind gut beraten, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Ich fand es zum Beispiel sehr gut, dass wir in den letzten Monaten hier Veranstaltungen durchgeführt haben, wo eine Reihe von Menschen mit Behinderung dieses Haus betreten haben, die hierher sonst noch nie einen Fuß reinsetzen durften. Hier haben wir Türen geöffnet und der Gesellschaft vorge-macht, was Inklusion konkret heißen kann. Genau-

(Angelika Birk)

so könnten wir beim Thema Alkohol mit gutem Beispiel vorangehen. Damit will ich es hier bewenden lassen.

(Zurufe)

Das Thema ist von zwei Seiten zu sehen, zum einen im wahrsten Sinne das halbvollere und das halbleere Glas, aber dieses Mal vielleicht mit umgekehrter Blickrichtung. Wenn wir uns der Thematik der Nüchternheit zuwenden, sehen wir - und das verdient großes Lob -, dass es vielen **Beratungsstellen** gegen die Suchtgefahren, der Landesregierung und den Kommunen gelungen ist, gemeinsam gegen den frühen **Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen** in kurzer Zeit sich nicht nur zu positionieren, sondern konkret etwas auf die Beine zu stellen. Sogar die Gremien des Gaststättenverbandes und viele Gastwirte vor Ort haben mitgemacht. Das verdient wirklich Anerkennung. Auch der Ministerpräsident hat sich diesem Thema durchaus offensiv gestellt. Auch das ist unter dem Stichwort „gutes Beispiel“ wichtig.

Der Bericht zeigt vielfältige Aktivitäten vor Ort und eine klare, auch gesetzlich fundierte Absage an Flakate-Partys. Um hier alle Unklarheiten vor Ort zu beseitigen, sind entsprechende Briefe der Landesregierung verschickt worden. Auch das ist vorbildlich. Ich habe Anfragen aus Hamburg und anderen Bundesländern bekommen, die dies zur Kenntnis genommen und bei uns Material dazu abgefragt haben.

Insofern bin ich sehr froh, dass unser Antrag, den wir damals gestellt hatten, eine solche Berichterstattung zu machen, um Initiativen vor Ort zu unterstützen, von den Koalitionsfraktionen aufgegriffen wurde und nun zu dem vorliegenden Bericht geführt hat. Das zur positiven Bilanz.

Es geht aber nicht nur um eine einmalige Kampagne, es geht um Verstetigung. Die Zahlen, die die Ministerin vorgestellt hat, zeigen, dass wir noch nicht von einem Erfolg sprechen können, auch wenn die **Zahlen** von Jugendlichen mit Alkoholmissbrauch insgesamt zurückgehen. Es gibt die besondere Gruppe mit besonderer Gefährdung schon im Alter von 14 Jahren.

Deswegen geht es jetzt um die nächste Frage: Wie kommen wir zur Verstetigung? - In meiner Heimatstadt **Lübeck** haben sich unter der Federführung der städtischen **Suchtkoordination** alle, die mit diesem Thema zu tun haben, zusammengesetzt. Sie haben einen Verein gegründet und wollen die nächsten Schritte gemeinsam machen. Dies ist aus meiner Sicht ein Schritt nach vorn. Ich hoffe, das dies

auch in anderen Städten nach erfolgreicher punktueller Zusammenarbeit gelingt.

In diesem Zusammenhang muss ich ein bisschen mit Vorsicht auf dieses halbleere beziehungsweise halbvollere Glas schauen. Denn auch in diesem Bereich haben wir zu wenig Geld. Das erfolgreiche **Modellprojekt „HaLT“**, im Kreis Segeberg, dass nämlich Jugendliche beim Erwachen im Krankenhaus irgendjemanden aus der Sozialarbeit an ihrem Bett sitzen haben, um über das zu sprechen, was geschehen ist, und um einen Plan zu machen, damit sich dies nicht wiederholt, ist leider am Ende und läuft ersatzlos aus. Andere, die sich auch darum bemüht haben, haben einen abschlägigen Bescheid bekommen. Wie das so ist: einmal Modellgeld, nie mehr Modellgeld. So geht es allerdings nicht. Wir müssen uns ernsthaft darüber unterhalten, wie wir trotz knapper Mittel auf kommunaler Ebene und auf Landesebene etwas tun können. Hier sind die Kommunen wie die Jugendarbeit insgesamt gefordert.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heindl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich darf mit einem nachdenklichen Hinweis schließen: Wer Jugendzentren wegrationalisiert und in den Jugendämtern spart, braucht sich über stark alkoholisierte Jugendliche auf der Straße nicht zu wundern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Diese Kausalität ist unglaublich!)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich dem Kollegen Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Gründe, warum Jugendliche trinken, sind vielfältig. Eine leichte Verfügbarkeit von Schnaps, Bier und Wein ist das eine. Dazu kommen Gruppendruck und falsche Vorbilder.

Die **Verfügbarkeit** ist vergleichsweise einfach zu regeln. Das zeigten die sogenannten Alcopops, die nach Initiativen des Landtags inzwischen in der Szene kaum noch eine Rolle spielen. Auch ein engmaschiges **Kontrollnetz** im Jugendschutz ist ein wichtiger Baustein einer effektiven **Suchtprävention**. Wenn Jugendliche weder an Tankstellen noch in Discos an Hochprozentiges kommen, können sie es logischerweise auch nicht trinken.

(Lars Harms)

Wir hatten vor einigen Monaten eine Gespensterdebatte, als die Bundesjugendministerin **Testkäufe** von Jugendlichen vorschlug. Es war eine Gespensterdebatte, weil einige Jugendämter schon lange mit dieser Art der Kontrolle gute Erfahrungen gemacht haben. Die Jugendämter setzen hohe Strafen und sorgen so für eine effektive **Abschreckung**. Unsere Kommunalpolitiker - quer durch alle Parteien - unterstützen diese Initiativen.

Ich bin allerdings davon überzeugt, dass nicht nur Jugendamt und Polizei für die Einhaltung des Jugendschutzes zuständig sind. Wenn wir sehen, dass Alkohol an Jugendliche verkauft wird, müssen wir uns einmischen. Dass die Gastwirte sich freiwillig verpflichtet haben, keine Flatrate-Partys mehr zu veranstalten, rechne ich ihnen hoch an. Auch deshalb hatten wir noch keine Todesopfer durch Komatrinken zu beklagen. Ich vermute, dass einige Jugendliche aus purer Neugier an diesen Veranstaltungen teilnehmen. Wenn es sie nicht mehr gibt, werden sie sich auch nicht mehr sinnlos betrinken.

Ich habe anfänglich von drei Faktoren gesprochen und dazu gehört auch der **Gruppendruck**. Vor allem die jungen Frauen, die sich frühzeitig an älteren Jugendlichen orientieren, geraten in eine Alkoholfalle. Sie wollen natürlich mithalten und ihrem älteren Freund beweisen, dass sie auch mit dreizehn oder vierzehn Jahren schon fast reife Erwachsene sind. Wie kann man das in ihren Augen besser beweisen als durch Trinkfestigkeit? - Lehrer und Eltern sind gefordert, kreativ auf diese Situation zu reagieren. Übrigens wollen die Klassenkameraden der Mädchen, die mit Älteren ausgehen, diesen dann ausgerechnet mit exzessivem Alkoholkonsum imponieren. Das ist ein Teufelskreis, der nur aufzubrechen ist, wenn wir ein anderes Verhältnis zum Alkohol entwickeln. Alkohol ist nicht cool, sondern ein Genussmittel, das sehr viel Verantwortung voraussetzt. Dass diese Verantwortung auch bei vielen Erwachsenen fehlt, belegt allein die hohe Zahl alkoholbedingter Unfälle im Straßenverkehr.

Die schleswig-holsteinischen Initiativen sind glücklich und vorbildlich. Ich hoffe, dass andere Bundesländer diese erfolgreiche Politik nachmachen. Dennoch kommen wir meines Erachtens nicht um eine generelle gesellschaftliche Neubewertung des Alkohols herum.

Wir brauchen ein **Werbeverbot** für Alkohol, damit er aus der öffentlichen Wahrnehmung zumindest teilweise verschwindet. Also: kein Rennfahrer mit Bacardi-Cap, keine Jägermeister-Bandenwerbung in der Bundesliga und keine von einer Brauerei gesponserte Sportveranstaltung!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Laufe von 20 Jahren haben sich die Werbeausgaben für alkoholhaltige Getränke von 256 Millionen € in 1987 auf 511 Millionen € in 2006 annähernd verdoppelt. Auf diese Weise ist Alkohol in der **Öffentlichkeit** überall präsent. Verlage und Fernsehsender profitieren davon - und nicht zuletzt auch der Staat durch die gezahlten Steuern. Für Jugendliche ist diese Omnipräsenz ein verheerendes Signal.

Die Alkoholmenge pro Kopf sinkt zwar bereits seit einiger Zeit, dafür ist aber Konzentration auf die Jüngeren zu beobachten. Die Älteren trinken weniger, aber die Jugendlichen immer mehr und immer früher. Inzwischen liegt das Durchschnittsalter für den ersten Vollrausch bei dreizehn Jahren. Wann reden wir über ein Werbeverbot? Reden wir erst darüber, wenn der Suchtbericht den ersten Vollrausch im Grundschulalter vermeldet? Dann, fürchte ich, ist es zu spät.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie sieht es denn in Norwegen aus?)

- Wie bitte?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie sieht es denn in Norwegen aus? Die haben ein Werbeverbot, aber noch schlimmere Rauschpartys als wir!)

- Das ist umso schlimmer, aber wir können damit anfangen und es verhindern, damit die Präsenz des Alkohols in der öffentlichen Wahrnehmung eben nicht mehr stattfindet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, die **Präventionspolitik** der Landesregierung, die in dem Bericht dargestellt wird, ist richtig, wichtig und auch erfolgreich. Allerdings fürchte ich, dass wir der Verwahrlosungstendenz beim Alkohol noch zu wenig entgegenzusetzen haben.

Bereits im letzten Jahr zeigte die Statistik, dass **Straftaten** unter Alkoholeinfluss erheblich zunehmen, besonders bei den Heranwachsenden, also bei den 18- bis 21-Jährigen und bei den Jugendlichen. Setzen wir kein nachhaltiges Stoppzeichen, wird diese Entwicklung weitergehen. Deshalb kommen wir um eine grundlegende Politik gegen den Alkohol nicht herum. Von daher kann ein erster Schritt darin bestehen, dass wir die öffentliche Präsenz einschränken und dass wir weiterhin versuchen, auf die **Eltern** einzuwirken. Denn gerade dieser Weg scheint mit besonders erfolgversprechend zu sein.

(Lars Harms)

Es ist wichtig, dass die Leute nicht ständig der Werbung ausgesetzt werden. Wir haben es schon bei der Zigarettenwerbung gesehen: Es funktioniert und die Leute rauchen weniger. Bei Alkohol wäre es genauso. Es muss nicht sein, dass Jugendliche ständig dieser Werbung ausgesetzt werden. Das müssen wir verhindern.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich nun Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eigentlich nach den Redebeiträgen gehofft, dass wir nicht in diese Debatte einsteigen. Man kann den Menschen nämlich nicht vormachen, dass man durch Verbote Probleme relativ einfach lösen kann. Nun hat Herr Kollege Harms ein **Werbeverbot für Alkohol** angesprochen und propagiert, damit könne man vermeiden, dass Jugendliche ständig mit Alkohol konfrontiert würden. Lieber Kollege Harms, ich bin mitten im Weinberg groß geworden. Ich bin im Markgräfler Land aufgewachsen und aus mir ist trotzdem kein Alkoholiker geworden.

Schauen Sie einmal nach **Skandinavien**. Dort wird mit Alkohol rigoros umgegangen und dort ist er sehr viel teurer. Das bedeutet in Ihrer Lesart, dass er somit auch schwerer zu beschaffen ist. Dort haben die Menschen statistisch betrachtet sehr viel größere Probleme mit dem Alkoholkonsum als in Deutschland oder in Weinbaugebieten.

Ich glaube vielmehr, dass der richtige Ansatz in einer sinnvollen **Präventionsarbeit** besteht und vor allen Dingen geht es um den sinnvollen und verantwortungsvollen Umgang mit diesen Genussmitteln. Dieser muss so früh wie möglich gelernt werden und dabei müssen Eltern und die Gesellschaft eine Vorbildfunktion übernehmen. Mit Werbeverboten erreichen Sie aus meiner Sicht überhaupt nichts. Sie würden lediglich eine **Verbotdiskussion** aufmachen, die ich nicht haben will und auch nicht führen möchte. Was möchten Sie denn aufgrund des letzten Ernährungszustandsberichts der Bundesbürger als Nächstes verbieten: die Werbung für Nahrungsmittel, die Werbung für Süßigkeiten oder die Werbung für Butter oder Fette? - Ich meine, die Politik würde mit einer solchen Diskussion eine Lösung vorgaukeln, die es gar nicht gibt.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung schließe.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/1726, an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Gesunde Ernährung in Kindertagesstätten und Schulen und Grundversorgung von Kindern

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1727

Ich erteile der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Frau Dr. Gitta Trauernicht, das Wort.

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Schleswig-Holsteins Männer sind zu rund“, titelte heute eine große Zeitung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das verbitte ich mir! - Günther Hildebrand [FDP]: Seien Sie vorsichtig hier! - Heiterkeit)

Mit präventiver Gesundheitsförderung kann man nicht früh genug beginnen. So sind wir beim Thema. Dies sollte nicht durch Vorschriften und Verbote geregelt werden.

(Unruhe)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Arp, bitte keine Zwischenrufe!

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Dies sollte nicht durch Vorschriften und Verbote, sondern durch positives Vorleben, durch die Vermittlung von Lust an der Bewegung und an dem Genuss an einem ausgewogenen Essen geregelt werden. Das bedeutet auch, den Kindern Freiräume zu lassen, damit sie ihren natürlichen Bewegungsdrang ausleben können. Wir müssen also bei den **Verhaltensmustern** ansetzen, die zuallererst in den Familien vermittelt werden. Dafür brauchen die Familien natürlich eine breite gesellschaftliche Unterstützung; von den Ärzten bis hin zu den Medien.

Kindertagesstätten und Schulen - dies zeigt der vorgelegte Bericht - unterstützen dies vielfältig. Sie klären auf, sie beugen vor, sie sensibilisieren von Anfang an. Das gehört zu dem Auftrag, den wir ihnen über die Kita-Leitlinien, über das Schulgesetz oder über die Lehrpläne erteilen. Darüber hinaus - und auch dies zeigt der Bericht sehr deutlich - engagieren sie sich weit über das geforderte Maß hinaus mit sehr viel Fantasie und großem Einsatz und mit der Beteiligung Dritter. Das Schulfrühstück ist so ein Beispiel. Dies gibt es fast an allen Grundschulen des Landes, und zwar auf die Initiative von Schulleitungen, Lehrkräften und Eltern hin. Das verdient auch von dieser Stelle aus großen Dank, zumal der Einsatz etwa im Rahmen des Mittagstisches häufig ehrenamtlich erfolgt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir sind ebenfalls dankbar dafür, wie stark sich externe **Partner** einbringen. Hier sind zum Beispiel die Sportjugend, die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung oder der Landfrauenverband zu nennen. Sie alle unterstützen die Initiativen von **Kitas** und **Schulen** für die **Gesundheitsbildung** und sie tragen dazu bei, dass sich diese Initiativen stärker untereinander vernetzen. Sie reagieren auch auf neue Herausforderungen. Ich nenne hier ein ganz aktuelles Beispiel, das wir noch nicht in den Bericht aufnehmen konnten: Die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung startet derzeit gemeinsam mit der Unfallkasse Schleswig-Holstein einen Wettbewerb zur Lärmprävention in Kindertagesstätten. Auch dies gehört zum Thema Gesundheit.

Die Befunde dieses Berichtes zeigen, dass es vielerorts eine hohe Sensibilität gegenüber diesem Thema gibt; übrigens auch, was die Preisgestaltung bei den eigenen Essensangeboten angeht, zumindest soweit dies möglich ist. Da wären wir beim zweiten Thema. Ich hatte in der Oktober-Tagung des Land-

tages mein Konzept zur **Bekämpfung der Kinderarmut** skizziert. Wir wissen, dass frühkindliche Bildungsangebote und Ganztagsbetreuung die Chancen armer Kinder auf gleichberechtigte Teilhabe deutlich verbessern können. Dieser Weg für die armen Kinder darf nicht durch unbezahlbare Beiträge oder durch zu hohe Kosten für das Mittagessen versperrt werden.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klar ist, dass hier strukturelle politische Lösungen gefordert sind. Wir alle haben sie vor Augen. Der vorliegende Bericht zeigt auf, dass schon jetzt in Schleswig-Holstein zahlreiche Wege gegangen werden, um die Grundversorgung von armen Kindern durch ähnliche Aktivitäten an vielen Stellen sicherzustellen. Viele Kommunen, Freie Träger und Einrichtungen haben bereits aus eigener Initiative heraus **Modelle** entwickelt, um bedürftigen Kindern eine Mahlzeit in der Kindertagesstätte zu ermöglichen. Ich beabsichtige im Rahmen der Offensive gegen Kinderarmut, sozial bedürftigen Kindern über die Einrichtung regionaler Kinderhilfsfonds zu helfen. Anlässlich einer Auftaktveranstaltung, die ich in diesem Monat zum ersten **Leitprojekt** dieser Offensive mit dem Titel „Kein Kind ohne Mahlzeit“ gesetzt habe, haben alle Partner - schleswig-holsteinische Wohlfahrtsverbände, kommunale Landesverbände, Deutscher Kinderschutzbund, Landesjugendring, Stiftung Familie in Not und der Sozialverband Schleswig-Holstein - ihre Bereitschaft zur aktiven Unterstützung dieser Offensive zugesagt. Das ist nicht wenig, das ist ein unglaubliches Engagement, was hinter diesem Bündnis steht.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

All diese Verbände haben sich in den letzten Jahren mit dem Thema Kinderarmut beschäftigt. Wir wollen jetzt unsere Kapazitäten, unsere Aktivitäten und unser Engagement bündeln und regionale **Kinderhilfsfonds** einrichten, um dieses Problem flächendeckend, systematisch und netzbildend anzugehen. Wir hatten das Glück, dies sage ich an dieser Stelle ausdrücklich, dass ich als Vorsitzende der Stiftung Familie in Not in der Lage war, eine Stiftungsentscheidung herbeizuführen, die bedeutet, dass wir zur Erreichung dieses Ziels ein Startkapital von immerhin 2 Millionen € zur Verfügung haben. Das ist viel Geld. Damit können wir Tausenden von Kindern helfen.

Die **Stiftung Familie in Not** wird also ein enges Netzwerk mit den Kinderhilfsfonds und den Kin-

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

dergärten bilden, um den betroffenen Kindern möglichst schnell und unbürokratisch zu helfen. Damit ist eine wesentliche Grundlage für den ersten gemeinsamen Schwerpunkt im Rahmen der Offensive gegen Kinderarmut gelegt. Das erste Leitprojekt, „Kein Kind ohne Mahlzeit“, wird kurzfristig - nämlich Montag - im Land starten. Wir werden in kürzester Zeit - im Februar - flächendeckend das System aufgebaut haben. Ich freue mich sehr über diesen Anfang. Ich finde, das ist ein guter Anfang. Wir werden einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Bekämpfung der ganz akuten und aktuellen Kinderarmut vorankommen und damit eines der Leitprojekte der Offensive zügig, aber auch sorgfältig und gemeinsam umsetzen. Damit werden wir eine Basis schaffen, um die Bekämpfung der Kinderarmut in dieser Legislaturperiode zu dem ganz großen politischen Thema zu machen, denn es ist eine Schande, dass Kinder in einem reichen Land wie Schleswig-Holstein hungern müssen.

(Beifall)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich eröffne die Aussprache. - Für die Fraktion der CDU hat Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich sehr herzlich für den Bericht danken, der eigentlich schon in der letzten Landtagstagung gegeben werden sollte, er sollte aber auch in einem sehr kurzen Zeitrahmen gegeben werden. Meines Erachtens ist dieser Bericht sehr gut gelungen.

Der Bericht zeigt sehr deutlich auf, dass das Thema **gesunde Ernährung** in den schleswig-holsteinischen Kindertagesstätten und Schulen sehr ernst genommen wird. Gesundheitsbildung gehört in allen Bildungseinrichtungen zum gesetzlichen Auftrag. In den **Leitlinien zum Bildungsauftrag in Kindertageseinrichtungen** ist eines von insgesamt sechs Themenfeldern der Bereich Körper, Gesundheit und Bewegung. Dazu gehört selbstverständlich auch die Ernährungserziehung, also die Herkunft von Lebensmitteln, die Entstehung, die Beschaffung und die Zubereitung verschiedener Produkte und auch das Angebot von Mahlzeiten. Rund 30.000 Kinder in Kindertageseinrichtungen machen zurzeit von diesem Angebot Gebrauch. Oft werden diese Mahlzeiten in Zusammenarbeit mit Ernährungsberatern sowie Ökotrophologen angeboten.

Der 2004 überarbeitete Lehrplan für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern geht mit seinen Ausbildungsinhalten verstärkt auf die Gesundheitsbildung ein und die Deutsche Gesellschaft für Ernährung bietet regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen und Fachtagungen an.

Für die **allgemeinbildenden Schulen** stellt sich eine ähnlich gute Grundlage dar. Auch hier findet sich die Gesundheitsbildung in Verbindung mit Ernährungs- und Bewegungserziehung als Aufgabenfeld von allgemeiner pädagogischer Bedeutung wieder. Darüber hinaus engagiert sich eine ganze Reihe von Gruppen für die Gesundheitserziehung unserer Kinder. Frau Ministerin, Sie haben dies gerade angesprochen. Ich möchte gern zwei Beispiele anführen. Da sind zum Beispiel die Sportjugend mit der Kampagne „Kinder in Bewegung“ oder der Landfrauenverband mit dem Qualifizierungsangebot zur Fachfrau für Ernährung und dem Ernährungsführerschein für Grundschulen zu nennen.

Das 2002 gegründete **Netzwerk** für Ernährung verbindet unterschiedlichste Anbieter und entwickelt gerade auch für junge Menschen zielgruppenorientierte Programme. Trotz all dieser Maßnahmen wissen wir, dass wir in diesem Bereich noch viel zu tun haben; insbesondere dort, wo es um die Grundversorgung von sozial bedürftigen Kindern geht. Eigentlich sollte die Ernährung von Kindern über die sozialen Sicherungssysteme abgedeckt sein. Dennoch ergeben sich vor Ort Probleme, wenn Eltern beispielsweise die Kosten für ein Mittagessen in der Kindertagesstätte oder der offenen Ganztagschule nicht aufbringen können. Hier müssen individuelle Lösungen gefunden werden. An einigen Orten erfolgt die Unterstützung sozial bedürftiger Kinder bereits unbürokratisch durch die Träger, die über einen Unterstützungsfonds das Mittagessen oder auch Nachhilfe, Ferienfahrten, Sportveranstaltungen und so weiter subventionieren oder sogar voll finanzieren.

Es gibt viele unterschiedliche Projekte, die sich gezielt an Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien richten. Ich finde es begrüßenswert, wenn die Landesregierung auf der Basis der vorliegenden Ergebnisse weitergehende Möglichkeiten zur Verbesserung der **Grundversorgung von Kindern** aufgreifen will. Es gibt in der Tat viele Anknüpfungspunkte, um ein flächendeckendes Netz zur Grundversorgung von sozial bedürftigen Kindern zu knüpfen.

Frau Ministerin, Sie haben es angesprochen, das Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ wird die ersten Schwerpunkte beim Aufbau von Kindertafeln und

(Heike Franzen)

regionaler Kinderhilfsfonds setzen. Die schleswig-holsteinischen **Wohlfahrtsverbände** unterstützen diese Initiative und haben ihre Bereitschaft erklärt, die Koordinierung von 15 regionalen Fonds zu übernehmen und bei der Bereitstellung der finanziellen Mittel zu helfen. Vorgesehen ist die Bündelung der finanziellen und organisatorischen Hilfen, die durch die Wohlfahrtsverbände, die Kommunen und durch die Stiftung Familie in Not in regionalen Kinderhilfsfonds bereitgestellt werden, um gezielte Maßnahmen ergreifen zu können. Grundsätzlich muss man sicherlich alle familienpolitischen Leistungen insgesamt hinterfragen und auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen, um hier zu einem effektiveren Einsatz der Mittel zu gelangen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dabei muss es Ziel sein, die Bedarfe von Kindern altersgemäß und kinderspezifisch festzusetzen. Im Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird derzeit der besondere **Bedarf** von Kindern intensiv geprüft. In diesem Zusammenhang wird auch überlegt, den Kindertagesstätten und Schulen Zuschüsse des Bundes für eine gesunde Ernährung zur Verfügung zu stellen. Grundsätzlich sind wir nach wie vor der Auffassung, dass für eine ausreichende Ernährung der Kinder zuallererst die Eltern verantwortlich sind. Allerdings, meine Damen und Herren, müssen Sie dazu dann auch in die Lage versetzt werden.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich der Frau Abgeordneten Siegrid Tenor-Alschausky das Wort.

Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder, die hungrig in einem Nebenraum warten müssen, während ihre Spielkameraden in Kindertagesstätten ein gemeinsames Essen einnehmen, das ist eine unhaltbare Situation, aber leider im steigenden Maße Realität auch in schleswig-holsteinischen Kindertagesstätten und Schulen. Es gibt zum Glück für die Betroffenen an vielen Orten unseres Landes bereits Initiativen, die das Essen für bedürftige Kinder finanzieren oder zumindest ermäßigen. Auch einzelne Kommunen engagieren sich finanziell. Diese Initiativen sind begrüßenswert und zeigen, dass sich viele zum Wohle benachteiligter Kinder engagieren.

Aber alle Kinder haben ein Recht darauf, dass unsere **Gesellschaft** ihnen unabhängig vom sozialen Status ihrer Eltern gleichberechtigte Chancen für eine gesicherte Lebensgestaltung gibt und ihnen eine frühzeitige und verlässliche Unterstützung in Notlagen gewährt. Kinderarmut in der Bundesrepublik ist traurige Realität. Wir Sozialdemokraten unterstützen die Landesregierung nachhaltig in ihrem Bemühen, bundesweit familienpolitische Leistungen auf den Prüfstand zu stellen, um möglichst rasch eine effektive Unterstützung für Familien mit niedrigem Einkommen oder Transferleistungen zu erreichen. Besonders wichtig ist uns die Überprüfung der Regelsätze für Kinder mit dem Ziel der Entwicklung eines Kinderregelsatzes

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie die Berechnung der Regelsätze in der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit dem Ziel der notwendigen Orientierung an den spezifischen Bedarfen von Kindern und Jugendlichen. Kindern eine angemessene Ernährung und Teilhabe zu gewährleisten, gelingt nicht, indem man ihnen einen niedrigeren prozentualen Anteil am Erwachsenenregelsatz zugesteht und so weder die Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten sicherstellt noch Sonderausgaben für Schulranzen und Schulmaterialien hinreichend berücksichtigt und auch nicht der Tatsache Rechnung trägt, dass Kinder und Jugendliche, eben weil sie heranwachsen, mehr Kleidung und Schuhwerk als Erwachsene benötigen.

Aber die betroffenen Kinder können auf eine Änderung nicht warten. Deshalb sind die Initiativen des Sozialministerium und der Wohlfahrtsverbände zur Einrichtung **regionaler Kinderhilfsfonds** zu begrüßen und zu unterstützen. Mittel der Stiftung „Familie in Not“ werden eingesetzt, um vor Ort, koordiniert durch die Wohlfahrtsverbände, Kindern aus in wirtschaftliche Not geratenen Familien die Möglichkeit zu eröffnen, durch die Übernahme der Kosten an den Mahlzeiten in den Kindertagesstätten teilzuhaben.

(Beifall bei der SPD)

- Ich finde, das hat Beifall verdient. - Diese Unterstützung kann rasch und unbürokratisch erfolgen. Es darf nicht sein, dass Kinder aus Kindertagesstätten abgemeldet werden, weil es zwar eine Sozialstaffel gibt, die bei den Gebühren greift, die Kosten für die Verpflegung aber die finanziellen Möglichkeiten der Familien übersteigen.

(Beifall bei der SPD)

(Siegfried Tenor-Alschausky)

Gesellschaftliche Teilhabe ist ein Recht aller Kinder. Wir alle wissen, dass gute Bildung der Vererbung der Armut von den Eltern auf ihre Kinder entgegenwirkt.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass gesunde Ernährung in Kindertagesstätten und Schulen selbstverständlich sein sollte und dass es zahlreiche Initiativen der Träger gibt, haben wir bereits vielfach diskutiert. Etwa 10.000 Kinder erhalten in schleswig-holsteinischen **Kindertageseinrichtungen** täglich Mahlzeiten und zahlreiche Kindertagesstätten setzen auf einen integrativen Ansatz bei der Versorgung der Kinder mit diesem Essen, häufig in enger Zusammenarbeit mit Ernährungsberaterinnen, und werben dabei gezielt um die Eltern als Partner für eine ausgewogene Ernährung.

In dem uns vorliegenden Bericht werden zahlreiche **Projekte** beschrieben. Eingehen möchte ich auf das Projekt des Landfrauenverbandes. Bereits seit 2001 werden in Kooperation und mit Förderung durch das Sozialministerium Meisterinnen der ländlichen Hauswirtschaft zu Fachfrauen für Ernährung qualifiziert und bieten in vielen Kreisen entsprechende Kurse und Materialien für Kindertagesstätten und Schulen an. Dieser Ansatz ist erfolgreich und befähigt Kinder und auch Eltern, gesunde Ernährung auch in den privaten Alltag zu integrieren.

Mein Fazit: Wir haben zahlreiche Förderprogramme und Maßnahmen, die sich der gesunden Ernährung verschrieben haben. Diese sollten weiter unterstützt und wo notwendig ausgebaut werden. Unsere Anstrengungen müssen wir aber vorrangig darauf konzentrieren, dass alle Kinder eine warme und auch gesunde Mahlzeit erhalten. Wir alle sollten das Sozialministerium und die Wohlfahrtsverbände vor Ort unterstützen, dass das Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ überall in Schleswig-Holstein rasch wirken kann.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der von der Landesregierung vorgelegt Bericht gibt einen ersten Überblick über die vielfältigen **Angebote**, die es für Kinder und Jugendliche im Bereich der **Gesundheitsbildung** gibt. Auch wenn die Verantwortung für eine gesunde Lebensperspektive nicht allein bei Kindertagesstätten und Schulen liegt, können sozial schwache Kinder und ihre Eltern naturgemäß dort am besten erreicht werden. Insofern konzentrieren sich die in dem Bericht dargestellten Angebote überwiegend auch auf diesen Bereich. Deutlich wird: In vielen Kommunen in Schleswig-Holstein werden große Anstrengungen unternommen, die Themen Gesundheit, Ernährung und Bewegung in Kindertagesstätten und Schulen umzusetzen. Dabei sind die vom **Land** vorgegebenen **Rahmenbedingungen** vielfältig und hoch. Sie reichen von Leitlinien zum Bildungsauftrag im Bereich der Kindergärten über bauliche Anforderungen oder Vorgaben zur Qualifizierung der Mitarbeiter bis hin zur Weiterbildung von Lehrkräften und Erziehern.

Aber werden diese Vorgaben auch tatsächlich alle mit Realität ausgefüllt? Hier werden schöne Beispiele aus einzelnen **Kommunen** exemplarisch in dem Bericht aufgeführt. Es ist aber auch erkennbar, dass diese vor allem dann erfolgreich sind, wenn Kindertagesstätten und Schulen durch außerschulische Partner unterstützt werden. Dennoch macht es einen stutzig, wenn es beispielsweise neben der ausführlichen Beschreibung zu verschiedenen Schulsportinitiativen lapidar heißt: „In Schleswig-Holstein ist der Sportunterricht entsprechend den Lehrplänen und der Studententafel zu erteilen.“ Dass die schulische Wirklichkeit ganz anders aussieht, hat beispielsweise der Vorsitzende des Kieler Kreissportverbandes, Robin Kähler, erst kürzlich auf einer Veranstaltung deutlich gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Er hat an wirklich sehr plastischen Beispielen gezeigt, welche **Defizite** es sowohl in den Angeboten im Bereich der Schulen als auch in Bezug auf die Möglichkeiten gibt, die die Sportvereine zur Förderung von Kindern und Jugendlichen haben. Allein die geführte Debatte zum Thema Schulschwimmen hat doch deutlich gemacht, dass zwischen dem Anspruch und der Wirklichkeit doch manchmal gravierende Unterschiede bestehen und diese verkleinert werden.

Umso mehr ist ein zweiter kritischer Blick auf den hier vorgelegten Bericht notwendig, denn mit der

(Dr. Ekkehard Klug)

Ankündigung allein, eine Offensive für ein ganzheitliches und verzahntes **Konzept** starten zu wollen, in dem bildungs-, arbeits- und sozialpolitische Aspekte berücksichtigt werden, ist es nicht getan. Auch wenn dies der richtige Ansatz ist, um die Auswirkungen von Kinderarmut zu bekämpfen, die Offensive muss jetzt auch ganz konkret umgesetzt und verwirklicht werden. Hier sehen wir Liberalen noch einigen Handlungsbedarf, insbesondere wenn es darum geht, die Städte und Gemeinden mit ins Boot zu nehmen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sind ja letztlich die Kommunen, die diese Offensive bezahlen müssen. Das wird an einem konkreten Beispiel im Bericht ganz deutlich. Im ersten Teil werden von der Landesregierung vielfältige Lösungen vorgestellt, die einzelne **Kommunen** gefunden haben, um ein Mittagessen in einem Kindergarten oder in einer Schule für bedürftige Kinder zu ermöglichen, sei es durch die tatkräftige Mithilfe von Eltern, durch Zuschüsse, Spenden und Essenspatenschaften. Einige Kommunen beschreiten sehr kreative Wege, um diesen Kindern ein Schulfrühstück oder eine Mittagmahlzeit zu ermöglichen.

Im zweiten Teil des Berichts werden bei der dort vorgestellten Offensive gegen Kinderarmut ganz konkrete **Projekte der Landesregierung** benannt. Eines dieser Projekte ist es, bedürftigen Kindern ein Mittagessen in der Kindertagesstätte oder Schule zu ermöglichen. Die Vorstellungen der Landesregierung, wie sie dieses Projekt mit Leben erfüllen kann, sehen aber anders aus, als es die Frau Sozialministerin ursprünglich gefordert hat.

Wir wissen alle: Zum **Weltkindertag** am 20. September letzten Jahres hat Frau Ministerin Trauernicht noch dargestellt, dass die Finanzierung dieser Mittagessen in einer - ich zitiere - „Gemeinschaftsaktion von Verbänden und Sozialministerium mit einem Sozialfonds unterstützt werden“ könnte. Jetzt „beabsichtigt“ man lediglich - so heißt es in dem Bericht -, gezielte Hilfen durch die Einrichtung regionaler Kinderhilfsfonds zu ermöglichen. Der Beitrag des Sozialministeriums beschränkt sich dabei auf - Zitat - „umfassende Aktivitäten“ und Gespräche. Das ist nicht viel, Frau Ministerin, wenn man bedenkt, dass im Sommer 2007 das Land Nordrhein-Westfalen einen Landesfonds gegründet hat, mit dessen Hilfe bedürftigen Kindern und Jugendlichen eine Mahlzeit an einer Ganztagschule subventioniert werden soll.

Deutlich wird aus diesem Bericht deshalb nur eines: Es gibt viele gute Ansätze in Schleswig-Holstein, um Kinderarmut zu bekämpfen. Wenn es aber um die konkrete Umsetzung geht, werden die Kommunen zu oft noch alleingelassen. Insofern wäre es sinnvoller gewesen, ein konkretes **Handlungskonzept** vorzulegen, anstatt den gemeinsamen Antrag der Opposition im September durch einen Berichtsantrag der Regierungsfractionen zu ersetzen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass sich in den letzten Monaten viel bewegt hat, auch hier bei uns. Als wir im Herbst als Grüne den Landtagsantrag zur gesunden Ernährung und zu einem Sozialfonds gestellt haben, ist dieser Antrag noch von Ihnen abgelehnt worden, ohne ihn auch nur einer Ausschussberatung für würdig zu halten. Inzwischen sind wir ein ganzes Stück weiter. Das zeigen auch die Debatten. Als ich damals das Argument genannt habe, es sei unwürdig, dass Kinder in Kindertagesstätten in einem Nebenraum warten müssten, weil die Eltern kein Geld für das Essen haben, haben Sie mir hier gesagt, so etwas gäbe es überhaupt nicht, das sei völlig unpädagogisch und komme vor Ort nicht vor.

Frau Tenor-Alschausky, genau mit diesem Beispiel haben Sie heute Ihren Redebeitrag begonnen. Ich freue mich, dass die Debatte dazu geführt hat, dass vielleicht auch unser Wissen über den Handlungsbedarf im Land ein Stück größer geworden ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Der Bericht macht sehr deutlich, dass es Handlungsbedarf gibt. Ich freue mich, Frau Ministerin, dass dies in der Schlussbemerkung Ihres Berichts nicht verklausuliert steht, sondern sehr deutlich gesagt wird, Kinderarmut und ihre lebenslang wirkenden Folgen seien das zentrale Schlüsselthema für die Zukunft unserer Gesellschaft; nach wie vor bestehe großer Handlungsbedarf.

Ich finde, das müssen wir auch hier so benennen. Denn es hilft ja nicht, die Situation schönzureden.

(Monika Heinold)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Richtig ist auch, dass sich viele Träger und Kommunen, Kindertagesstätten, Schulen, Initiativen vor Ort in einer Situation, in der **öffentliche Mittel** für die **Mahlzeiten** nicht zur Verfügung gestellt werden, bemühen, etwas zugunsten der Kinder zu erreichen. Das finde ich sehr gut und man muss sich bei jenen, die das tun, bedanken.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dennoch können wir natürlich die Situation in Schleswig-Holstein nicht daran messen, ob es die eine oder andere gute Initiative gibt. Vielmehr bin ich nach wie vor der Meinung, es muss Ziel unserer **Gesellschaft** sein, dass alle Kinder in allen Kindertagesstätten und in allen Schulen eine gesunde **Mahlzeit** erhalten. Das muss unser Ziel bleiben. Die ersten Initiativen, die vorhanden sind, helfen hierbei, aber es muss ein Teil der **bundesweiten Familienpolitik** sein.

Damit bin ich wieder beim Thema und der Frage, wo die 180 Milliarden € bleiben, die wir in die Familienpolitik investieren. Wenn wir wollen, dass diese Gelder beim Kind ankommen, so kann sich das aus meiner Sicht am besten darin abbilden, dass es eine **Grundversorgung** mit der warmen Mittagsmahlzeit und möglichst auch des Frühstücks gibt.

Meine Damen und Herren, die Sozialministerin ist im Begriff, den **Sozialfonds** zu konzipieren. Ich finde es gut, dass 2 Millionen € aus der Stiftung herausgenommen werden. Dies zu tun, ist richtig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Die Frage, die sich mir dabei gestellt hat und die ich im Rahmen einer Kleinen Anfrage noch beantwortet bekommen werde, lautet, wie lange das Geld reichen soll. Denn 2 Millionen € sind endlich und es handelt sich ja nicht um einen revolverenden Fonds. Wie lange reicht also dieses Geld, wenn die **Kindertagesstätten** vor Ort es jetzt auch abrufen? Das müssen wir sehen. Das erste Jahr wird zeigen, wie viel gebraucht wird. Sie sagen ja auch, dass das Geld nicht in Verwaltungskosten fließen soll. Auch das begrüßen wir. Nun wird es darauf ankommen, wie dies die Träger und Kindertagesstätten vor Ort umsetzen.

Ich finde es richtig, dass es ein einfaches **Verfahren** geben soll und dass die Ministerin im Prinzip

auf das vertrauen, was die Kindertagesstätten melden. Ich glaube, dass sie das auch wissen werden.

Ich appelliere an dieser Stelle noch einmal an die Wirtschaft, aber auch an die Wohlhabenden, an die Reichen in unserer Gesellschaft, an die Erben und an Privatleute, sich vor Ort an diesen Fonds zu beteiligen. Ich glaube, dass es zur **Solidarität** gehört und auch wichtig ist, dass sich Private, aber auch die Wirtschaft beteiligt, wenn wir feststellen, dass eine staatliche Leistung, die eigentlich notwendig wäre, warum auch immer, vielleicht auch aufgrund falscher Prioritätensetzung, nicht geleistet wird. Kinderarmut muss dringend bekämpft werden, weil sie - das wurde mehrfach gesagt - zu Bildungsarmut führt, und Bildungsarmut können wir uns wiederum auch volkswirtschaftlich nicht leisten.

Deshalb freue ich mich, dass in dem Bericht viele konkrete und gute Initiativen genannt sind. Damit haben wir aber unsere Aufgabe noch nicht erledigt. Nicht wir wollten ja wissen, was in dem Bericht steht, sondern CDU und SPD wollten das wissen. Ich bin gespannt, was die Regierungsfaktionen nun damit machen. Ich hoffe, dass der Bericht nicht in die Schublade gelegt wird, sondern dass in der Ausschussberatung aus dem Bericht Schlüsse gezogen werden, sodass wir gemeinsam zu weiteren Schritten und Schlussfolgerungen kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf Seite 16 des vorliegenden Berichts bedauert die Landesregierung, dass für eine **repräsentative Erhebung** zu den Unterstützungsmaßnahmen in Kita und Schule die Zeit zu knapp war. Das bedeutet, dass die Landesregierung derzeit weder weiß, in welchen Schulen oder Kitas genau Mahlzeiten angeboten werden, noch in welchem Umfang dies der Fall ist. Sie stellt lediglich einzelne Projekte vor. Ich bin mir sicher, dass die Antragsteller, nämlich CDU und SPD, einer Fristverlängerung zugestimmt hätten, wenn man hierdurch sichere Daten hätte bekommen können. Denn dies wäre notwendig.

Die Landesregierung war aufgefordert zu berichten, wie die Themen Gesundheit, Ernährung und Bewe-

(Lars Harms)

gung in Kindertagesstätten und Schulen umgesetzt werden. Das hat sie bisher nicht vollständig getan, sondern nur Stichproben nennen können. Die fehlenden **Daten** müssen nun für die Ausschussarbeit nachgeliefert werden. In den nächsten Wochen sollten sie vorliegen und auf dieser Grundlage sollten wir dann im Ausschuss beraten, welche Maßnahmen konkret in Angriff genommen werden müssen. Schließlich will der Landtag wissen, wie genau es mit der **Essensversorgung** für Kinder und Jugendliche bestellt ist, damit wir dann wirklich handeln können. In diesem Jahr stehen wieder Haushaltsberatungen an. Dann werden die ursprünglichen Antragsteller, CDU und SPD, sicherlich irgendetwas mit den Erkenntnissen anfangen wollen. Ohne konkrete Daten ist dies aber nicht möglich.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-
donk [SSW])

In Zeiten wachsender Schlangen vor den Ausgabestellen der Tafeln im Land erscheint es sehr wahrscheinlich, dass nicht alle Kinder ausreichenden Zugang zu gesunden Mahlzeiten haben. Der SSW will wissen: Wie hoch ist die Zahl genau? Das Sozialministerium weiß durchaus, dass Kinder in Schleswig-Holstein ohne warme Mahlzeit bleiben, weil den Eltern die nötigen Mittel fehlen. Zumindest sagt dies das Sozialministerium auf Seite 28. Gespräche, um diesem Missstand abzuhelpfen, sind bereits mit Verbänden und Sponsoren geführt. Dennoch fehlt ein flächendeckender Überblick über die Maßnahmen in den Kindertagesstätten und Schulen. Ohne genaue Kenntnisse der bereits geleisteten Unterstützung könnten **Hilfsangebote** möglicherweise ins Leere laufen, drohen Sponsoren vergrätzt und Ehrenamtliche enttäuscht zu werden. In diesen Fällen erweist man der Sache einen Bären-dienst. Gerade weil in diesem Bereich so viel über bürgerschaftliches Engagement läuft, was der Bericht meines Erachtens richtigerweise lobend hervorhebt, sind wir zu besonderer Sorgfalt verpflichtet.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Der Bericht schätzt, dass 30.000 Kinder Zwischenmahlzeiten und/oder eine warme Mahlzeit in einer Einrichtung einnehmen. Das Ministerium kann sich aber aufgrund der fehlenden Datengrundlage keine Bewertung darüber erlauben, ob das ausreichend ist.

Wenn **Programme** mit „Kein Kind ohne Mahlzeit“ betitelt werden, dann setzt das zwangsläufig eine flächendeckende und nicht zuletzt eine **bedarfs-**

deckende Struktur voraus. Wenn das Ziel wirklich eine umfassende Versorgung ist, reicht die Nennung von einzelnen Projekten nicht mehr aus. Eine willkürliche Auswahl der am leichtesten zugänglichen Quellen hat überhaupt keine Aussagekraft für die Gesamtsituation. Das ist kein Vorwurf, sondern nur eine allgemeine Feststellung. Das Ziel heißt: „Kein Kind ohne Mahlzeit“. Wenn nur einzelne Projekte vorgestellt werden und damit der allgemein verbindliche Ansatz aufgegeben wird, würden wir genau dieses Ziel verfehlen. Das wäre dann allerdings ein Armutszeugnis für unsere staatliche Sozialpolitik. Wenn wir es wirklich ernst meinen, dann brauchen wir ordentliche, landesweit aussagekräftige Daten. Auf deren Grundlage müssen wir dann die Entscheidung treffen, wie und gegebenenfalls mit wie viel Geld wir die Sache angehen wollen. Ziel muss es eigentlich sein, dass wir allen Kindern in den Schulen und Kindergärten eine gesunde Mahlzeit zur Verfügung stellen. Einzelne Initiativen an einzelnen Orten sind gut und lobenswert, aber der Staat muss über kurz oder lang seiner Verpflichtung nachkommen, landesweit eine gesunde Mahlzeit für alle an den Schulen und Kindergärten anzubieten, ohne von Sponsoren abhängig zu sein.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

In diesem Ziel sind wir uns hoffentlich einig. Die ersten Maßnahmen der Landesregierung sind sehr lobenswert. Aber diese sind nur ein erster Schritt und für uns eine Verpflichtung, noch viel mehr zu tun.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1727 federführend dem Sozialausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Amtsordnung

Gesetzesentwurf der Fraktionen von CDU und SPD
[Drucksache 16/1812](#)

(Präsident Martin Kayenburg)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/1812 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Berufung des Verwaltungsrates der Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU und SPD
[Drucksache 16/1795](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren. Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 16/1795 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so - -

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, nein!)

- Entschuldigung. Dann wiederhole ich. Wer dem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Wahlvorschlag gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der übrigen Mitglieder des Hauses angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Wahl eines Mitgliedes der Parlamentarischen Kontrollkommission des Verfassungsschutzes

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
[Drucksache 16/1808](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen offene Abstimmung vor. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist es einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 a auf:

Ersatzwahl für den Richterwahlausschuss

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU und SPD
[Drucksache 16/1828](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage vor, dass offen abgestimmt wird. - Ich sehe keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren. Ich darf noch darauf hinweisen, dass eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist. Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 16/1828 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist es einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Auswirkung des Stillstands der Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel auf den Landeshaushalt

Antrag der Fraktion der FDP
[Drucksache 16/1793 \(neu\)](#)

Das ist ein Berichtsantrag zur 30. Tagung. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen Abstimmung in der Sache vor. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag Drucksache 16/1793 (neu) einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Wirtschaftliche Effekte der Erneuerbaren Energien für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 16/1804](#)

Das ist ein Berichtsantrag zur 31. Tagung. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Abstimmung in der Sache vor. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Drucksache 16/1804 einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Schutz personenbezogener Daten in der europäischen Zusammenarbeit im Bereich Polizei und Justiz

(Präsident Martin Kayenburg)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1805

Das ist ein Berichtsantrag zur 31. Tagung. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen Abstimmung in der Sache vor. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Leseförderung

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1586

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 16/1784

Ich erteile der Frau Berichterstatterin des Bildungsausschusses, Frau Abgeordneter Sylvia Eisenberg, das Wort.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Ich mache es kurz: Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Koalitionsfraktionen für erledigt zu erklären.

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 16/1586 mit Zustimmung der Antragsteller für erledigt zu erklären. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Norddeutsche Nordsee-Hafenkooperation

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1325

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 16/1788

Ich erteile dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp, das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Wirtschaftsausschuss schlägt dem Landtag einstimmig folgende Erklärung vor:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ihre Arbeit für eine verbesserte Kooperation der norddeutschen Nordsee-Häfen fortzusetzen und dem Landtag bis Ende 2008 über den Stand der Zusammenarbeit zu berichten.“

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag Drucksache 16/1325 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen und der Antrag in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung der Drucksache 16/1788 einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Entlastung des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2005

Bericht zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 16/1790

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Günter Neugebauer, das Wort.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach sorgfältiger Prüfung der Einnahmen und Ausgaben und stichprobenhafter Prüfung der Belege durch die Mitglieder der Haushaltsprüfgruppe des Finanzausschusses beim Landesrechnungshof ist dem Finanzausschuss über das Ergebnis der Prüfung berichtet worden. Da sich keine Beanstandungen ergeben haben, darf ich Ihnen im Auftrag des Finanzausschusses gemäß § 101 Landeshaushaltsordnung die Entlastung des Landesrechnungshofes für das Haushaltsjahr 2005 empfehlen. Ich würde mich freuen, wenn Sie der Empfehlung des Finanzausschusses folgten.

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt, dem Landesrechnungshof für das Haushaltsjahr 2005 Entlastung zu erteilen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen?

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Herr Astrup, trotz der Bemerkungen zu den Energiekosten des Landtages ist das einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Transparenz bei EU-Agrarsubventionen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1562

Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses
Drucksache 16/1807

Das Wort erteile ich dem Berichterstatter des Umwelt- und Agrarausschusses, Herrn Abgeordneten Klaus Klinckhamer.

Klaus Klinckhamer [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der federführende Umwelt- und Agrarausschuss hat den Antrag in seiner Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt dem Landtag - im Einvernehmen mit dem beteiligten Europaausschuss - mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages Drucksache 16/1562. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 26 auf:

Kinder- und Jugendgesundheitsbericht für Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1517

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 16/1814

Ich erteile der Berichterstatterin, der Frau Abgeordneten Siegrid Tenor-Alschausky, das Wort.

Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Sozialausschuss hat den Bericht in zwei Sitzungen, zuletzt in seiner Sitzung am 17. Januar 2008, beraten und empfiehlt dem Landtag im Einvernehmen mit den beteiligten Ausschüssen - das waren der Bildungsausschuss und der Innen- und Rechtsausschuss -, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt die Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung, Drucksache 16/1517. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 27 auf:

Schleswig-Holstein soll Vorreiter in der palliativmedizinischen Versorgung werden

Antrag der Fraktionen von FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/357 - Teil A

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 16/1815

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Sozialausschusses, der Frau Siegrid Tenor-Alschausky.

Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Sozialausschuss hat den genann-

(Siegfried Tenor-Alschausky)

ten Bericht in drei Sitzungen beraten. Seine letzte Beratung war ebenfalls am 17. Januar 2008. Er empfiehlt dem Landtag einvernehmlich, den Bericht für erledigt zu erklären.

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den Antrag Drucksache 16/357 - Teil A - mit Zustimmung des Antragstellers für erledigt zu erklären. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen worden.

Wir haben das Ende der 29. Tagung erreicht. Ich darf noch bekanntgeben: Die nächste Tagung, die 30., des Schleswig-Holsteinischen Landtages beginnt am 27. Februar 2008 um 10 Uhr. Ich wünsche allen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:22 Uhr